

XLVI. JAHRGANG, HEFT 6

NOVEMBER/DEZEMBER 2008

## Editorial

*Die sich nach dem Schwinden der Blockkonfrontation und der Auflösung der Bipolarität des Kalten Krieges herausbildenden neuen Gefahren, die auch in die für Europa relevanten, wesentlichen strategischen Konzepte Eingang gefunden haben, verlangten nach einer grundlegenden Neuausrichtung von Streitkräften, wenn der Forderung, mit ihnen ein wirksames Instrument zur strategischen Stabilisierung und zur internationalen Friedenssicherung bereit zu halten, entsprochen werden soll. Tiefgreifende Strukturreformen in den meisten EU-Mitgliedstaaten sind Ausdruck dieser Neuorientierung.*

*Was ist nun der Kernbestand an militärischem Führungsgedanken, was über den Wandel von Bedrohungsformen und Konfliktbildern hinaus gültige Kernfähigkeit - wo ist das Festhalten an bisherigen Prinzipien Voraussetzung, um den neuen Herausforderungen mit einer adaptierten Ausformung von Führungsgrundsätzen zu entsprechen, wo droht das Bewahren überkommener Abläufe Streitkräfte unflexibel und nicht ausreichend reaktionsschnell zu machen?*

*Aus den militärhistorischen Anmerkungen zu Radetzky, wie Eberhard Birk sie in seinem Beitrag darstellt, lassen sich Antworten auf diese Fragen ableiten. Radetzky, der „Doyen der europäischen Feldherren“, der fünf Monarchen gedient und die Militärgeschichte der Habsburgermonarchie geprägt hat, ist ein idealtypisches Beispiel dafür, dass militärisches Führungskönnen auf abstrahierte Prinzipien konzentriert und lageadäquat angepasst dazu befähigt, ungeachtet des vorherrschenden Kriegsbildes und der unterschiedlichen Führungsebene bis hin zur operativ-militärstrategischen Planung und zur Beratung an der Schnittstelle zur politischen Führung zu bestehen.*

*Die Aktualität der auf dem Weg zu Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anstehenden Herausforderungen verleitet in der medialen Berichterstattung allzu leicht zu einer, wenn auch nicht eurozentristischen, so doch eurolastigen Sicht der internationalen Entwicklung. Mit dem Beitrag von Henrique Schneider soll bewusst ein Schwerpunkt auf die Neuausrichtung der chinesischen Sicherheitspolitik gelegt werden. Ausgehend vom pazifischen Engagement der USA wird diese Neuorientierung beispielhaft vor dem Hintergrund des Vorfalls um die beabsichtigte Landung eines US-Flottenverbandes im Hafen von Hongkong untersucht,*

*Verflechtungen von Fraktionen innerhalb der chinesischen Regierung sowie deren Auswirkungen auf die innenpolitische Konstellation analysiert und schließlich auf die wesentlichen Umsetzungskomponenten - Ausbau der Streitkräfte, Verstärkung der Präsenz im Indischen und Pazifischen Ozean, Sicherung der Handelsrouten und Stärkung der regionalen Vormachtstellung - herunter gebrochen. Mit Blick auf die Umsetzung der langfristigen Interessen Chinas werden konfrontative Potenziale identifiziert, die sich sowohl defensiv als auch offensiv einsetzen lassen.*

*Investitionen in Klima- und Umweltschutz stellen die Wirtschaft hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit mit Staaten, die diesem Thema geringeres Augenmerk schenken, vor gravierende Herausforderungen. Naturkatastrophen und durch Umwelteinflüsse ausgelöste Großschadensereignisse erfordern eine adäquate Reaktionsfähigkeit von Einzelstaaten sowie der Staatengemeinschaft. Durch „water stress“ oder asymmetrische Einkommensverteilung generierte Migrationsbewegungen können eine künftige Gefährdung bzw. Bedrohung insbesondere für Europa darstellen. Damit hat dieser Themenbereich unmittelbare Relevanz für die weitere sicherheitspolitische Entwicklung und die Ausrichtung des Fähigkeitsprofils von Streitkräften. Wilhelm Sager stellt in seinem Beitrag die Faktoren Klimawandel, Wasserstress und klima- bzw. armutsbedingte Migration in ihren möglichen Auswirkungen, vor allem aber in ihrem Zusammenhang und ihrer Bedeutung für eine notwendige sicherheitspolitische Antwortfähigkeit der westlichen Staatengemeinschaft dar.*

*Immer deutlicher tritt in Krisenreaktionsoperationen an der Peripherie der EU der Bedarf an Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung im Einsatzraum, der ethnischen, religiösen bzw. ideologischen Hintergründe des Konfliktes und der Motive der Streitparteien zu Tage, was sich stark vereinfacht unter dem Begriff „Cultural Awareness“ erfassen lässt. Ein hervorragendes Beispiel dafür, wie geschichtliche und ethnisch oder religiös bzw. ideologisch motivierte Entwicklungen auch innerhalb der EU noch bis in die jüngere Vergangenheit ein sicherheitsrelevantes Konfliktpotenzial darstellen konnten, zeigt Martin Prieschl mit seiner Analyse des Weges Irlands von 1916 bis zur Gegenwart.*

**Wolfgang Peischel**

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Eberhard Birk</i>		<b>Zur österreichischen Verteidigungspolitik</b>	<b>760</b>
<b>„In deinem Lager ist Österreich. Wir anderen sind einzelne Trümmer“</b>	<b>691</b>	<b>Internationaler Bericht</b>	<b>767</b>
Militärhistorische Anmerkungen zu Radetzky (Teil 1)		<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 15.8.08 - 13.10.08</i>	
<i>Henrique Schneider</i>		<b>Internationale Rundschau</b>	<b>771</b>
<b>Zwischen Macht und Diplomatie</b>	<b>701</b>	UNO	771
Chinas Sicherheitspolitik im Zeichen der Neuausrichtung		NATO	774
<i>Wilhelm Sager</i>		Europäische Union	776
<b>Was habt Ihr Euch dabei gedacht?</b>	<b>711</b>	Europa	778
Europäische Sicherheit im Zeichen von Klimawandel und Wasserstress		Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	795
<i>Martin Prieschl</i>		Türkei	798
<b>Dem Armenhaus Europas entsprang der „Keltische Tiger“</b>	<b>721</b>	Naher und Mittlerer Osten	802
Irlands Weg von 1916 bis zur Gegenwart		Afrika/Sub-Sahara	805
		Ferner Osten	810
		Lateinamerika	815
		USA	816
<hr/>			
<b>200 Jahre ÖMZ</b>			
<b>Österreichs Offiziere in Kunst und Literatur</b>	<b>731</b>		
<hr/>			
<b>Miszellen</b>			
<b>Der Triumph des Todes: Albin Egger- Lienz und seine Kriegsgemälde</b>	<b>740</b>		
<i>Hubert Michael Mader</i>			
<b>CIMIC auf Slowenisch</b>	<b>746</b>		
<i>Bojan Kuntarič</i>			
<b>Den Frieden nachhaltig sichern</b>	<b>752</b>		
<i>Dustin Dehéz</i>			
<b>Die „Wenigen gegen die Vielen“?</b>	<b>756</b>		
<i>Klaus-Jürgen Bremm</i>			
		<b>Buchbesprechungen</b>	<b>824</b>
		<b>Kurzfassungen (english/français)</b>	<b>829</b>
		<small>Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): REUTERS/Amit Gupta, Bundesheer/Heeres- geschichtliches Museum, REUTERS/B Mathur</small>	
		<b>Impressum</b>	
		Seite 832	
		<b>Aus dem Inhalt (english/français)</b>	
		Umschlagseite innen	



# „In deinem Lager ist Österreich. Wir anderen sind einzelne Trümmer“

## Militärhistorische Anmerkungen zu Radetzky (Teil 1)

Eberhard Birk

*„Die Meinungen der Zeit verschlingt die Zeit, was aber alle Zeiten  
groß genannt haben, steht unerschüttert in jedem Wechsel.“<sup>(1)2)</sup>*

Die Jahrhunderte umfassende Militärgeschichte der Habsburgermonarchie wird in keiner Epoche so geprägt wie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die „Ära Radetzky“. Der am 2. November 1766 in Trebnitz (Böhmen) geborene, fünf Monarchen dienende „Doyen der europäischen Feldherren“<sup>(3)</sup> Johann Joseph Wenzel Graf Radetzky von Radetz stand



Joseph Wenzel Graf Radetzky von Radetz (1766 - 1858) war im 19. Jahrhundert einer der bekanntesten Heerführer Österreichs und stand zweimal im Mittelpunkt militärischer Entscheidungsprozesse.

in zwei Europa erschütternden revolutionären Umbruchphasen im Zentrum militärischer Entscheidungsprozesse, die er beide Male umsichtig und energisch zugleich mit Bravour meisterte. Trug er in den „Befreiungskriegen“ als Generalstabschef der alliierten Koalitionsstreitkräfte insbesondere 1813 maßgeblich zur Niederrichtung der napoleonischen Suprematie bei,<sup>(4)</sup> was später von der den preußischen General Gneisenau in den Fokus stellenden „borussischen“

Militärgeschichtsschreibung bestritten wurde,<sup>(5)</sup> so war sein Erfolg als Feldherr seiner „italienischen Armee“ in Lombardo-Venetien evident, der den im Revolutionsjahr 1848/49 in den Grundfesten erschütterten österreichischen Kaiserstaat vor dem Untergang rettete. Der später legendenverklärte „Soldatenvater“ Feldmarschall Graf Radetzky fand nicht nur in der militärischen Traditionsbildung allgemein und in dem bis zum Ende der k.u.k. Monarchie 1918 existierenden Husarenregiment Nr. 5 „Radetzky“, sondern auch in der Grußadresse Grillparzers anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien und dem auch auf den „Revolutionsmarsch“ seines Sohnes reagierenden „Radetzkymarsch“ von Johann Strauß Vater seine menschenmögliche „Unsterblichkeit“, die Kaiser Franz Josef I. nach dem Tode Radetzky's am 5. Januar 1858 darüber hinaus durch eine Bestattung des Feldmarschalls in der Kapuzinergruft politisch „adeln“ wollte.<sup>(6)</sup>

Alle (Militär-)Biografien über höchste militärische Würden- und Entscheidungsträger stehen vor derselben Herausforderung: Es ist zu fragen, ob der Rahmen das Individuum stärker prägte als das Individuum den Rahmen. Die Antwort wird bei einem Alexander, Caesar und Napoleon ungleich mehr zum Individuum neigen. Bei einem Friedrich II., Wallenstein oder Gustav Adolph wird man eine Positionierung zwischen Gestaltern und Getriebenen annehmen dürfen, während ein Prinz Eugen, Moltke oder eben Radetzky herausragende Militärs waren.<sup>(7)</sup> Bei ihnen allen gemeinsam lag jedoch die Bedeutung in der Verschränkung politischer und militärischer Angelegenheiten. Die zuerst genannte Trias hatte weltpolitische Bedeutung, die zweite eine europäische, die dritte eine zunächst eher „nationale“ Dimension, die sich mittelbar zu einer europäischen entwickelte. Sie alle sind aber nicht von den jeweiligen zeitkontextuellen Rahmenbedingungen zu trennen. Dieses Wechselverhältnis von Politik, Staat und Gesellschaft einerseits und Militär als bewaffnete Macht in allen ihren Erscheinungsformen in Krieg und Frieden andererseits macht deutlich, dass eine rein personenzentrierte Militärbioografie, gar eine „Heldenverklärung“, unmöglich ist.

Wenngleich die moderne Militärgeschichte seit Jahren neue Forschungsfelder öffnet,<sup>(8)</sup> nachdem der lange Weg von der Kriegs- über die Wehr- hin zur Militärgeschichte<sup>(9)</sup> mit zahlreichen Hindernissen - „innerer Nutzen“ oder „applikatorische Methode“<sup>(10)</sup> - überwunden wurde, bleibt die an geschichtswissenschaftlichen Axiomen orientierte Betrachtung und Analyse militärischer Führer, ihrer Untergebenen sowie deren Verhalten - natürlich auch resp. insbesondere während des Krieges - weiterhin vornehmliches Aufgabengebiet des Militärhistorikers.<sup>(11)</sup> Militärgeschichte ohne Militär im Kriege scheint schlechterdings - bei aller Legitimation neuer Ansätze<sup>(12)</sup> - nicht möglich. Der lange Weg von einer Kriegsgeschichte als Generalstabsdomäne zu einer Militärgeschichte als

akademischer Teildisziplin der Geschichtswissenschaft ist jedoch unumkehrbar.<sup>13)</sup> Moltkes Verdikt, das in seinem Sinne auch bis ins 20. Jahrhundert für die österreichische Militärgeschichtsschreibung Gültigkeit besaß,<sup>14)</sup> ist heute undenkbar: „(E)s ist eine Pflicht der Pietät und der Vaterlandsliebe, gewisse Prestigen nicht zu zerstören, welche die Siege unserer Armee an bestimmte Persönlichkeiten knüpften.“<sup>15)</sup>

Eine militärische Biografie wird dadurch nicht ausgeschlossen - weder bei einer jahrestagbezogenen historiografischen Wissenschaftskonjunktur noch bei einer wissenschaftlichen Grundsätzen verpflichteten Militärzeitschrift. Sie ist vielmehr, verstanden als unverzichtbarer (militärhistorischer) Anteil einer modernen Elitenforschung, die Selbst- und Fremdbilder, Selbstverständnis und gesellschaftliche Rolle sowie Führungsleistung in Alltags- und Extremsituationen untersucht, integraler Bestandteil der historischen Urteilsvermögen ermöglichenden Geschichtswissenschaft, die nach Kontinuitäten und Brüchen fragt. Dabei kommt besonderes Interesse einem auf gravierende Veränderungen des Umfeldes reagierenden Lernprozess zu. Erst die erfolgreiche Bewährung in fundamentalen Umbruchsszenarien erweist die souveräne Führungsfähigkeit. Hierzu gehört stets die Bereitschaft, evolutionäre und revolutionäre Veränderungen auf den unterschiedlichsten Terrains intellektuell flexibel mitzuverfolgen. Die Einbeziehung weltanschaulicher, (macht-) politischer und militärischer Aspekte ist daher unumgänglich. Für die militärhistoriografische Beurteilung bietet es sich - gerade auch bei Radetzky - an, militärisches Führungsverhalten in den Szenarien zu untersuchen, die unter dem Begriff „militärische Revolution“ firmieren.<sup>16)</sup>

So wie im 17. und 18. Jahrhundert der Wachstumsprozess der Staatsgewalt und die stehenden Armeen eine stetige Verfügungsgewalt der Monarchen über die bewaffnete Macht bedeuteten, was gegenüber dem Zeitalter vor und während des Dreißigjährigen Krieges eine militärische Revolution darstellte und für ein neues Kriegsbild sorgte,<sup>17)</sup> so führte auch die Französische Revolution mit ihren politischen, gesellschaftlichen und militärischen Auswirkungen zu einer Revolutionierung des Kriegswesens, das in Napoleon seinen Meister fand.<sup>18)</sup> In diese Reihe militärischer Revolutionen gehört auch die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts beginnende Industrialisierung, die die Möglichkeiten der Kriegführung in dramatischer Weise veränderte. Diese in ihren Auswirkungen das Kriegswesen revolutionierenden Veränderungsprozesse erfolgten niemals sofort, aber genauso grundlegend, wie es später die nationalistische und technisch-volkswirtschaftliche Totalisierung in ihren Verirrungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>19)</sup> wie auch die Nuklearisierung des Kriegsbildes<sup>20)</sup> in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bewirkten, die nun, spätestens seit der Zeitikone „9/11“, von einem Zeitalter der Ungewissheiten der asymmetrischen „neuen Kriege“<sup>21)</sup> abgelöst wird.<sup>22)</sup>

Radetzky erlebte als Militär, wenngleich bei einem „Sonderfall“ eines statisch-stabilen politischen Systems Österreich, die ersten drei Kriegsbilder. Das erste „seiner“ Kriegsbilder - Absolutismus - sah seine Bewährung als taktisch Führender und seinen individuellen Karriereerfolg, in seinem zweiten Kriegsbild - Nationalisierung des Krieges durch die Französische Revolution - war er maßgeblich als militärstrategisch-operativer Planer an der endgültigen Niederlage Napoleons beteiligt. Seinen größten Erfolg erzielte er im beginnenden dritten Kriegsbild - Industrialisierung -, in dem er als Feldmarschall gleichzeitig eine militärstrategische und operativ-taktische Führungsleistung mit eminent politischen Implikationen erbrachte. Eine militärische Biografie Radetzky's muss deshalb

immer auch - wenngleich hier nur in Grundzügen möglich - in eine politische und wehrgeografische Geschichte des Kaisertums Österreich sowie den sich wandelnden Rahmenbedingungen militärischer Landkriegführung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingebettet werden.

Dennoch bleibt seine individuelle militärische Biografie beeindruckend: Nach seinem Eintritt in das Kürassierregiment Caramelli (Nr. 2) am 1. August 1784 begann eine rasante und abwechslungsreiche Karriere, die - durch einen Wechsel von Truppen- und Stabsverwendungen, die Teilnahme an vielen Kriegen und Feldzügen, zahlreiche Verwundungen und Auszeichnungen aufgrund außergewöhnlicher persönlicher Tapferkeit und couragier-



BUNDESHEER/HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

August Neidhardt von Gneisenau (1760-1831) war ein preußischer General und Heeresreformer. Laut der borussischen Militärgeschichtsschreibung war es nicht Radetzky, sondern Gneisenau, der hauptsächlich für den Niedergang der napoleonischen Armee während der Befreiungskriege verantwortlich war.

ter Führungsleistungen gekennzeichnet - im Jahre 1809 ihren ersten großen Höhepunkt in der Beförderung zum Feldmarschallleutnant und der Ernennung zum Chef des Generalquartiermeisterstabes fand.<sup>23)</sup> Diese Laufbahn ist damit beinahe dem französischen Karrieremuster der Revolutionskriege vergleichbar, in denen das *mérite personnel* für kurze Zeit das konservative Anciennitätsprinzip durchbrach. Nach den „Befreiungskriegen“, die ihn erstmals ins Zentrum weit reichender Planungs- und Entscheidungsverfahren stellte, wurde er zwar in der Restaurationsepoche nach dem Wiener Kongress de jure weiterhin mit funktional höherwertigen Aufgaben betraut - Divisionär in Ödenburg und später in Ofen 1816 bis 1829 sowie Festungskommandant in Olmütz von 1829 bis 1831 -, die de facto jedoch einen seinen Fähigkeiten diametral entgegengesetzten „Karriereknick“ bedeuteten. Im Jahre 1831 wurde er - fast 65-jährig

- Generalkommandant der österreichischen Armee im lombardo-venezianischen Königreich, in dem er seine zuvor gesammelten militärischen Erfahrungen in die Ausbildung seiner „italienischen Armee“ einfließen ließ. Nach seiner und der Armee Bewährung im oberitalienischen Kriegs- und Revolutionsjahr 1848/49, insbesondere nach den Siegen von Custoza 1848 und Novara 1849, wurde er Generalgouverneur, bevor der mit 46 europäischen Orden ausgezeichnete Feldmarschall am 28. Februar 1857 nach 72 Dienstjahren vom letzten seiner fünf Kaiser - Franz Josef I. - in den Ruhestand versetzt wurde, den er bis zu seinem Tod am 5. Januar 1858 in der Villa Reale in Mailand verbrachte.<sup>24)</sup>

Indes - Lebensstationen und Daten bekommen ihren Sinn erst durch ihre Einbindung in die reale Geschichte, die ihrerseits durch neue Fragestellungen und Interpretationen zu neuen, aktuellen und zukunftssträchtigen Dimensionen leiten kann.<sup>25)</sup> Die Schwerpunkte der Darstellung liegen, beginnend mit seiner strategischen Planungsarbeit gegen Napoleon, seinem politischen Weltbild und militärischen Denken sowie seinen konzeptionellen Gedanken zur Einübung permanenter Kriegstüchtigkeit in der gesamten „Zwischenkriegszeit“ von 1815-1848,<sup>26)</sup> den politischen und militärischen Rahmenbedingungen der neuen Zeit sowie der Führung seiner „italienischen Armee“ in den Jahren 1848/49,<sup>27)</sup> die seinen militärischen Ruf so viel nachhaltiger prägte als sein Beitrag zur Niederrückung des 1809 von ihm als „Schreckensmann unserer Zeiten“<sup>28)</sup> bezeichneten Napoleon. Dies ist umso erstaunlicher, als es durchaus eine Verbindung gibt: *„Custoza may have been to revolutionary rule what Leipsic was to the Empire (...) Radetzky's victories in Italy heralded the triumph of the counter-revolution, not only in the Habsburg Empire but in Europe as a whole.“*<sup>29)</sup>

## Generalstabschef gegen Napoleon

Die Französische Revolution leitete im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert politische, gesellschaftliche und militärische Umwälzungen von bis dahin ungeahnten Dimensionen ein. Mit Napoleon I., dem General und Bändiger der Revolution, wurden im Zuge der kriegerischen Expansion die Ideale der Revolution wie auch deren Machtanspruch auf den europäischen Kontinent ausgedehnt. Die politische Landkarte Europas erfuhr im Zuge von Säkularisation und Mediatisierung sowie der Etablierung von französischen Satellitenstaaten viele territoriale Flurveränderungen, von denen der Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation am 6. August 1806 den offensichtlichen Systembruch mit „Alteuropa“ darstellte. Der französische Kaiser und Feldherr war bis zu seinem gescheiterten Feldzug nach Moskau 1812 „second to none“ in Europa.

Seinen überwältigenden Erfolg verdankte er insbesondere der tiefgehenden Umwälzung des Kriegswesens, die mit der Revolution zwangsläufig einherging: Aufstellung von Massenheeren, patriotisches und missionarisches Sendungsbewusstsein seiner Truppen, Neuorganisation der Führungsebenen, Korps- und Divisionssystem, Einführung der stoßkräftigen Kolonnenaktik und flexiblen Tirailleur-Gefechtsführung, Aufwertung der Artillerie und, bedingt durch die Vielzahl neuer Dienstposten und hohe Kriegsverluste bei seinen Offizieren, die Perspektive zum individuellen, Klassenschränken übergreifenden Aufstieg - seit der Revolution hatte jeder „den Marschallstab im Tornister“. Die Möglichkeit der Gefechtsführung mit verbundenen Waffen und mit selbstständigen Großverbänden sowie der Menge der durch Wehrpflicht bzw. erzwungenen Bündnis-konstellationen zur Verfügung stehenden Soldaten schuf ein im absolutistischen Kriegswesen nicht denkbare Bestreben, durch

deren beinahe beliebige Verfügbarkeit und die nationale Aufladung der Kriegführung den Schritt zur Entscheidungs- resp. Vernichtungsschlacht zu wagen bzw. durchzuführen.

Die wesentlichen Grundprinzipien der napoleonischen Kriegführung waren Sicherung, strategische und taktische Initiative, Beweglichkeit, Konzentration und Überraschung. Diese Elemente der Kriegführung ließen Napoleons Militärstrategie in seiner Zeit zu einem Ausbund an Modernität werden, dem seine Gegner über lange Jahre hinaus aus unterschiedlichen Gründen nichts Adäquates entgegenzusetzen hatten.<sup>30)</sup> Österreich, Russland und Preußen erfuhr in den Jahren 1805-1809 schmerzhaft die Überlegenheit des „Weltgeistes zu Pferde“<sup>31)</sup> erst sein gescheiterter Russlandfeldzug von 1812 brachte die mehr erhoffte als erwartbare Wende.

Über die Konvention von Taugoggen am 30. Dezember 1812,<sup>32)</sup> das preußisch-russische Abkommen von Kalisch im März 1813 und den Geheimvertrag von Reichenbach vom 27. Juni 1813 zwischen Preußen, Russland und Österreich bis zum 11. August 1813, als Österreichs Kriegserklärung der anti-napoleonischen Allianz - neben der unverzichtbaren britischen Finanz- und Seemacht - das notwendige kontinentale Gravitationszentrum gab, zog sich der Prozess der finalen Gegenmachtbildung hin. Bereits am 9. Mai 1813 wurde Radetzky vom Kaiser zum Chef des Generalquartiermeisterstabes der Armee Schwarzenbergs ernannt. Zunächst war nur geplant, eine Observationsarmee in Böhmen aufzustellen. Dies war jedoch schwierig - der Friede von Schönbrunn 1809 begrenzte das Heer auf 150.000 Soldaten, die Gewehrfabriken waren stillgelegt und die Rechnungen aus dem Jahr 1812 von der Hofkammer noch nicht beglichen.<sup>33)</sup> Eine persönliche Inspektion ergab ein vernichtendes Urteil: *„Geld war keines vorhanden und niemand glaubte an die Möglichkeit, die Armee in kurzer Zeit auf den notwendigen Stand der Mobilität zu bringen. Die Armee war vor dem Kriege in einem zu vernachlässigten Zustand (...) Die Armee war damals eine reine militärische Unschuld und die Soldaten nur verkleidete Bauern.“*<sup>34)</sup> Die Herstellung einer starken feldeinsatztauglichen Streitmacht war demnach mit organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten verbunden und sie benötigte Zeit - für das Jahresende hoffte man jedoch, von ca. 550.000 Mann ausgehen zu dürfen.<sup>35)</sup>

Nachdem Fürst Schwarzenberg für den Posten des alliierten Oberbefehlshabers vorgesehen war, bedeutete dies für Radetzky eine Doppelfunktion als De-facto-Generalstabschef der Allianz und des österreichischen Kontingents. Die Verantwortung und Herausforderung in dieser Position waren immens. Nicht nur, dass Radetzky für die territoriale Integrität der Donaumonarchie an den Außengrenzen in Böhmen und gegenüber Italien Sorge zu tragen hatte; das gesamte „Kriegstheater“ war von der Ostsee bis Oberitalien geradezu zentraleuropäischen Zuschnitts - und als Gegner stand mit Napoleon der kriegerische Genius per se einer politischen und militärischen Wendezeit gegenüber, über dessen Schritte sich die Generale der Alliierten, trotz aller „Lernerfolge“ der vergangenen Jahre, niemals sicher sein konnten. Trotz des katastrophalen Ausgangs seines Russland-Feldzuges war es ihm gelungen, in kürzester Zeit eine neue, ca. 300.000-400.000 Mann starke und vorwiegend national-französische Truppe quasi aus dem Boden zu stampfen *„und sie mit dem Siegeslorbeer von Lützen und Bautzen zu schmücken“*.<sup>36)</sup>

Die Planungs- und Führungsarbeit für ein Koalitionsheer mit unterschiedlichen, auch auseinanderstrebenden nationalen Zielsetzungen für die Zeit nach dem Krieg, was nicht ohne Auswirkungen auf die Planungsarbeit und den Operationsverlauf bleiben konnte, sowie das Operieren Napoleons auf der inneren Linie, was die alli-



BUNDESHEER/HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

Durch eine gediegene Vorbereitung gelang es dem alliierten Generalstabschef Radetzky, in der vom 16. bis 18. Oktober 1813 geführten Völkerschlacht von Leipzig (Bild) den französischen Schlachtenkaiser Napoleon zum Rückzug zu zwingen.

ierten Heere auf die äußere Linie zwang - ohne moderne Kommunikations- und Transportmöglichkeiten<sup>37)</sup> -, machte die Konzentration auf das Wesentliche schwierig.

Dabei war das strategische Ziel sehr ambitioniert: Napoleon sollte über den Rhein zurückgeworfen werden.<sup>38)</sup> Napoleons verbleibender strategischer Radius wäre damit empfindlich eingengt geworden, in der Folge wäre ihm der Zugriff auf die militärischen Ressourcen des Rheinbundes verwehrt worden. Dem Ziel standen indes auch politische und militärische Herausforderungen entgegen: Russland hatte „seinen“ Krieg bereits im Winter 1812/13 gewonnen, Schwedens militärische Potenz war trotz der militärischen Erfahrung seines Kronprinzen, des vormaligen französischen Marschalls Bernadotte, schwach und die preußische Schlesische Armee unter dem „Marschall Vorwärts“ Blücher vor dem Hintergrund der dem kompletten Zusammenbruch des altpreußischen Militärstaates 1806 nach der vorangegangenen Niederlage bei „Jena und Auerstedt“ folgenden herausragenden Heeresreform<sup>39)</sup> nach den beiden Niederlagen bei Großgörschen und Bautzen noch weit von einer Vergleichbarkeit mit der militärischen Kraft Österreichs, das mit ca. 300.000 Mann das größte Kontingent der Alliierten stellte,<sup>40)</sup> entfernt.

Ein zu frühzeitiges Aufeinandertreffen mit der französischen Armee sowie einen Stoß Napoleons gegen Österreich - verbunden mit einer möglichen frühen Niederlage - galt es zu verhindern; der Faktor Zeit sollte für die Alliierten arbeiten. Sämtliche politische und militärische Rahmenbedingungen galt es aus Radetzky's Sicht konzipiert aufeinander abzustimmen. Insbesondere das Hineinwirken des russischen Zaren persönlich und die nicht immer ernst zu nehmenden Einwürfe seines Generalstabschefs von Toll ließen Radetzky des Öfteren am erfolgreichen Ausgang „seiner“ geplanten Kampagne zweifeln.

Deren Zielsetzung, die als Grundlage des nicht schriftlich niedergelegten „Trachenberger-Reichenbacher Operationsplanes“ in die Militärgeschichte einging, formulierte Radetzky am 7. Juli 1813: „*In allen, wie immer angenommenen, Wechselfällen bleibt es bei dem gegenwärtigen Stand der Armee stets die erste und wesentlichste Hauptbeobachtung, dass keine Armee einzeln und auf keine Weise sich gegen eine ihr überlegene Macht in ein Hauptgefecht einlasse, um den Hauptzweck in den gemeinschaftlichen Operationen nicht zu verfehlen, nämlich: den Hauptschlag mit Sicherheit zu führen (...) den Kaiser Napoleon von seinen Stützpunkten an der Elbe abzudrängen, sodann möglichst nahe zu umstellen, jede teilweise Niederlage zu vermeiden und am Ende in einer Entscheidungsschlacht vollends zu vernichten, was Hunger und Krankheiten, überhaupt das Ungemach des Feldzuges von dessen Heer noch übrig gelassen haben würden.*“<sup>41)</sup>

Radetzky wollte damit dem napoleonischen Vorteil von innerer Linie und Führungseinheit entgegentreten und diesem, seiner Zentralstellung wegen, die Option zur operativen Isolierung einzelner Armeen und deren Ausschaltung im Gefecht nehmen. Dieses Ziel sollte durch ein elastisches Ausweichen der drei weit getrennt stehenden Armeen vor der Hauptmacht Napoleons bei gleichzeitigem Schlagen der Nebenarmeen seiner Marschälle erreicht werden. Bereits am 3. Oktober ergab sich nach dem Elbübergang der Schlesischen Armee kurzzeitig die Gelegenheit, „den Hauptschlag mit Sicherheit zu führen“, als ein für Napoleon vollkommen unerwarteter Marsch der Armee, unter Preisgabe der eigenen Verbindungen, deren Zusammenschluss mit dem Heer Schwarzenbergs im Rücken Napoleons dessen Einkesselung, womit dieser von seiner rückwärtigen Verbindung nach Frankreich abgeschlossen war, bedeutete; allein die Einmischung des russischen Zaren vereitelte eine frühere, vielleicht entscheidende Niederlage Napoleons.<sup>42)</sup>

Gleichwohl: Über die „Ermattung“ zur „Niederwerfung“<sup>43)</sup> wurde die Voraussetzung für die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16.-18. Oktober 1813 geschaffen: „Die alliierte Strategie zahlte sich mithin aus: Napoleon bot sich keine Gelegenheit, einen großen Schlag zu führen; er sah sich wie ein Stier in der Arena hin und her gehetzt, und seine ständig marschierenden Truppen fielen vor Müdigkeit fast um.“<sup>44)</sup> Eine Serie von Niederlagen seiner nachgeordneten Truppenführer - Katzbach, Kulm, Dennewitz, Groß-Beeren und Hagelsberg - brachte den „Schlachtenkaiser“ schließlich dazu, bei Leipzig, seinem Prä-Waterloo, die von den Alliierten angebotene Entscheidungsschlacht anzunehmen.

So wie Radetzky die Grundlagen für die Völkerschlacht bei Leipzig schuf, war es später Gneisenau, der mit seiner Entscheidung, nach der Niederlage bei Ligny am 16. Juni 1815 über Wavre nach Waterloo zu marschieren, die Voraussetzung für die Napoleons Schicksal besiegelnde finale Schlacht am 18. Juni 1815 schuf<sup>45)</sup> - auch dieses genauso unorthodoxe Manöver traf Napoleon unvorbereitet. Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke,<sup>46)</sup> selbst der Feldherr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sah deshalb auch in Blüchers Generalstabschef Gneisenau den größten Feldherrn, da dieser „die geschlagene Armee zum Sieg geführt“<sup>47)</sup> hatte.

Letztlich waren die beiden Generalstabschefs Radetzky und Gneisenau nicht nur ein kongeniales Generalstabsduo, das sich gegenseitig schätzte<sup>48)</sup> - beide waren zudem die Verkörperung eines langen und erfolgreichen Lernprozesses. Sie hatten über Jahre „ihren“ Napoleon studiert und ihn - allerdings in der Agonie seines Suprematieanspruches - mit den eigenen Prinzipien und Waffen geschlagen, wie dieser bestätigte: „Ces animaux ont appris quelque chose.“<sup>49)</sup>

## Radetzky als konzeptioneller Denker im Kontext der militärpolitischen Lage Österreichs

### Rahmenbedingungen

Den politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Französischen Revolution von 1789 wurde nach dem endgültigen Sieg der alten Mächte gegen das imperiale Frankreich in den anti-napoleonischen Kriegen durch das „System Metternich“ im Zuge des Wiener Kongresses politisch-institutionell begegnet.<sup>50)</sup> Dem Sieg gegen Napoleon sollte nach zwei Jahrzehnten Krieg eine Friedensperiode folgen. Dies geschah vorwiegend durch eine repressive Innenpolitik im neu errichteten Deutschen Bund wie auch im Kaiserreich Österreich durch die Prinzipien Restauration und Legitimität. In außenpolitischer Hinsicht wurde dies mit der „Heiligen Allianz“ erreicht, einer durch die preußisch-protestantischen, russisch-orthodoxen und österreichisch-katholischen christlichen Kronen abgesicherten „Solidarität“, die 1848/49 ihre Einlösung durch das Eingreifen russischer Kräfte zur Niederschlagung der Revolution in Ungarn erfuhr.<sup>51)</sup>

Die Heilige Allianz, die mentale und finanzielle Kriegerschöpfung, die im Zeitalter des Absolutismus noch für unmöglich gehaltenen Verluste an Menschenleben und Material, aber auch die Erschütterung der alten „gottgewollten“ Ordnung und das Bewusstsein in den europäischen Hauptstädten, noch einmal davongekommen zu sein, ließen die Garantie der wiederhergestellten inneren Ordnung zum Schwerpunkt staatlicher Politik werden. Die Streitkräfte wurden deshalb in großem Rahmen demobilisiert. Nach dem siegreichen Kriegs- und Felddienst nahm die Armee nunmehr „die Funktion einer Schildwache des Metternichschen Systems“ ein;

es genügte, „dass sie bei Paraden und Revuemanövern als scheinbar reibungslos funktionierender Mechanismus ein ansprechendes Spektakel bot.“<sup>52)</sup> Damit unterschied sich die k.k. Armee kaum von den anderen Heeren der Biedermeierzeit.

Die Gefahr des großen Krieges schien durch die „internationale Solidarität“ auf absehbare Zeit gebannt, weshalb das operative Denken trotz gegenteiliger Erfahrungen in den Revolutionskriegen - verstärkt durch den Glauben „vom letztlich alles bestimmenden Wert des Geländes“<sup>53)</sup> - in der österreichischen Armee mehr und mehr einen statisch-defensiven Charakter annahm. Das neue Kriegsbild wurde mit dem siegreich beendeten anti-napoleonischen Krieg ad acta gelegt; eine Weiterentwicklung fand in der k.k. Armee nicht statt, wie Radetzky beklagte: „So müssen wir uns leider gestehen, dass dieser Staat in Ausbildung und Vervollkommnung seines Kriegswesens keine Fortschritte macht, auch die in andern Staaten vorgenommenen Verbesserungen wenig beachtet und so gegen diese überall zurückbleibt.“<sup>54)</sup>

### Militärpolitische Betrachtungen

Für Radetzky waren dies verhängnisvolle Entwicklungen. Zwar war er durchaus auch der Auffassung, dass es zu den Aufgaben des Militärs im Kaiserstaat gehöre, für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung präsent zu sein. Dennoch war für ihn die zweite Säule der Existenzberechtigung von Streitkräften die Dominanz seines militärpolitischen Denkens: der mögliche äußere Feind: „Jeder auswärtige Staat ist ein möglicher Feind, jeder angrenzende ein wahrscheinlicher. Die Vertheidigungskräfte eines Staates bestehen in der Geldmacht, in der Kriegsmacht und in der Macht seiner Bündnisse.“<sup>55)</sup> Hier sah er in der Organisation der obersten Militärbehörden - er sprach von der „gänzlich fehlerhaften Einrichtung der obersten Kriegsstelle“<sup>56)</sup> - und den unzureichenden finanziellen Zuteilungen die größten Versäumnisse, die dann katastrophale Auswirkungen haben konnten, wenn das internationale System in Bewegung geriet. Denn die friedenssichernde „Heilige Allianz“ würde wie jedes „Bündnis“ nur so lange existieren, wie die Großmächte darin ihre Interessen gewahrt sehen. Gerade bei den „dynamischen“ Mächten Frankreich, Russland und Preußen konnten, im Gegensatz zu der auf Erhalt des Besitzstandes gerichteten Politik Österreichs, zukünftige Bestrebungen zur Veränderung nicht ausgeschlossen werden.

Bereits kurz nach seiner Ernennung zum Chef des Generalquartiermeisterstabes hatte Radetzky in einer Denkschrift vom 1. Dezember 1809 eine schonungslos offene Betrachtung über das österreichische Heerwesen angestellt: „Wenn man die Kriege, welche Österreich geführt hat, durchschaut (...) so bemerkt man ein auffallendes Immerwiederkehren der nämlichen Ereignisse, der nämlichen Ursachen, des nämlichen Verlangens nach Verbesserung und einer gleich großen Abneigung die Mittel dazu anzuwenden (...) Man bemerkt bei jedem Anfang eines Krieges ein Missverhältnis der Mittel zum Zweck; die Armeen, welche in's Feld rücken, sind entweder nicht stark genug oder nicht hinlänglich ausgerüstet oder ihrem Heerführer fremd (...) Nach jeder Schlacht, welche die Tapferkeit der Truppen gewinnt, ist die Armee zu schwach, die Früchte des Sieges zu ergreifen und sie festzuhalten (...) Österreich hatte sein System im Inneren nie auf den Krieg, immer nur auf den Frieden berechnet, jeder Ausbruch eines Krieges scheint alle Zweige der Staatsverwaltung in ihren Grundlagen zu erschüttern, zu bedrohen, weil sie eben (...) nur den Frieden zu genießen, nicht ihn zu erhalten, geschaffen zu sein scheinen (...), kein Wunder, dass gerade die würdigsten Feldherren das meiste Gegenstreben bei allen Zweigen der Staatsverwaltung,

*selbst im Hofrathe gefunden haben; kein Wunder, dass beim Anfang eines jeden Krieges jedes Mal die Mittel mit dem Zweck im Missverhältnis gewesen sind (...) Nie wird ein Feldherr des Erfolges seiner Unternehmungen sicher sein, wenn er nicht mit Gewissheit auf alle dazu nöthigen Mittel rechnen kann, und diese werden ihm bald mehr; bald weniger gewiss fehlen, so oft der Feldherr nur Werkzeug und nicht ein geehrtes, mit vollem Vertrauen begabtes Mitglied der Staatsverwaltung ist (...) Wo diese Wahrheit nicht anerkannt, die Verwaltung des Staates nicht auf ihr gegründet werden will, da ist auch ein immerwährendes Sträuben der Friedensverwaltung gegen die Bedürfnisse des Krieges unvermeidlich, die Sicherheit des Staates ist nicht in ihm selbst begründet, ihre Dauer, oder wenn sie bedeckt ist, ihre Wiederaufrichtung kann nur von glücklichen Zufällen gehofft, nicht - unabhängig von den äußeren Verhältnissen - durch innere Kraft herbeigeführt werden.“<sup>57)</sup>*

Damit verknüpfte er schmerzhaft erlebte militärische Erfahrungen mit politischen Forderungen, von deren Erfolg er nicht überzeugt war: „Ich kann es aber nicht verhehlen, dass alles dies viel leichter anzurathen als auszuführen ist.“<sup>58)</sup> Eine Veränderung wurde damit nicht erreicht; sein „Schicksal“ mit der italienischen Armee war das nämliche. Die aus Sicht eines Berufsmilitärs niedergelegten Postulate mögen zwar „klassisch“ sein - für Radetzky war der österreichische Kaiserstaat, „wenn man es eine Despotie zu nennen beliebt, eine Civil-, keine Militärdespotie.“<sup>59)</sup> Indes: Das „Primat der Politik“ galt in der von Radetzky durchlebten Donaumonarchie und darüber hinaus bis in die Gegenwart. Die genuin militärische Diagnose erhielt aus der Perspektive von Radetzky die falsche (militär-)politische Therapie.

Im militärischen Raum hingegen konnte er agieren. Vom 11. Februar 1811 datiert seine große Denkschrift „Über die bessere Einrichtung des Generalquartiermeisterstabes“,<sup>60)</sup> in der er seine damals modernen und noch heute geläufigen Gedanken zu Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise der Institution niederlegte: Bei den Korps und Divisionen sollte ein „Chef des Generalstabes“ eingerichtet werden, der „alle Befehle bloß im Namen“ des Truppenführers auszustellen hatte; dessen Freiheit in der operativen und taktischen Führung entsprach auch, dass für den unterstellten Bereich die Befehlstaktik durch ein Führen mit Auftrag ersetzt werden sollte. Die Beratungs- und Unterstützungsfunktion der Führergehilfen sollte den Truppenführer von „der Sorge für das Detail befreien und seine ganzen Kräfte der Hauptsache zu widmen gestatten“. Eine einheitliche militärische Führung werde „durch erhöhte Verantwortlichkeit, ausgedehnten Wirkungsbereich und Vermehrung der Gehilfen (...) keineswegs verletzt, sondern durch vielseitige Unterstützung noch mehr befördert“. Die Adjutanten sollten nicht zuletzt deshalb auch „aus Schreibern zu Offizieren vom Generalstab“ verändert werden. Zu deren Unterrichtung eröffnete Radetzky am 7. November 1811 einen „Lehrkurs über die Hauptzweige des Generalquartiermeisterstabes für die (in Wien) anwesenden Herren Hauptleute und Oberleutnants (...) zum steigenden Ruhm des Korps“,<sup>61)</sup> der als Vorläufer der 1852 errichteten Kriegsschule gilt.

So wie er die politischen Rahmenbedingungen des österreichischen Heerwesens kritisierte und in der militärischen Spitzenorganisation eine Reorganisation anmahnte,<sup>62)</sup> so sehr sah er - auch vor dem Hintergrund der bereits angelaufenen preußischen Heeresreform<sup>63)</sup> - im „Gebrechen der Conscription“ eine verfehlte Wehrform, da „die Armee in ihren unteren Classen gar bald nur aus hilflosen, folglich aus vaterlandslosen Leuten bestehen, die Soldaten werden in ihrem Vaterlande, das sie verteidigen sollen, als

*Fremdlinge betrachtet werden“.*<sup>64)</sup> Noch im Jahre 1828 sah es Radetzky in seiner „Militärischen Betrachtung der Lage Österreichs“ als eine logische Entwicklung an, dass das System der stehenden Heere sukzessive einer zweckmäßig ausgebildeten Landwehr weichen werde<sup>65)</sup> - hierbei ließ er sich wohl noch immer von der von ihm konzeptionell bewunderten preußischen Heeresreform leiten. Nach der Juli-Revolution 1830 in Frankreich indes nahm er von dieser Ansicht Abstand.<sup>66)</sup> Im Jahre 1834 sprach er sich zudem gegen eine rein landsmannschaftliche Aufstellung der Streitkräfte Österreichs aus, da er in der Aufstellung nationaler Kader einen gefährlichen „Spaltpilz“ für die Armee und die Gesamtmonarchie erblickte.<sup>67)</sup>

### Politisches Weltbild

Vor dem Hintergrund der Revolution von 1848/49 und der Bedeutung Radetzky nicht nur im italienischen Krieg scheint es angebracht, auch sein politisches Weltbild zu betrachten. Die später erfolgte Frontenbildung zwischen Radetzky-Apologeten und dessen Kritiker ließen, wie auch bei Windischgrätz und anderen hohen militärischen Führern, ein publizistisch-pejoratives „Gesamturteil“ entstehen, das über die Begriffe „Retter der Monarchie“, „Kamarilla“ und „Werkzeug der Reaktion“ eine Art erzkonservative Sippenhaft konstruierte. Damit wurde jedoch weitgehend undifferenziert das Verhalten von in Kontexten handelnden Personen auf einen Teilaspekt verkürzt. Bei Radetzky indes fließen Erfahrungen, über eine Jahrzehnte eingeübte Wertesozialisation und - möglicherweise altersbedingte - aktuelle Betrachtungen während des Radikalisierungsprozesses der Revolution ineinander.

Sein politisches Weltbild war eingeflochten in die in der Zeit vor der Revolution von 1848 diskutierten Ordnungsvorstellungen über den politischen Organisationsrahmen der Habsburgermonarchie. Abseits der sich zunehmend verstärkenden Bestrebungen, die Nation als staatskonstituierendes Merkmal ins Zentrum zu stellen, existierten noch die Optionen eines multinationalen Österreichertums, das eine politische Gleichberechtigung resp. politische Autonomie sämtlicher in der Donaumonarchie vertretenen Völkerschaften innerhalb des Gesamtstaates vorsah, und ein supra-ethnisches Österreichertum, das den Reichsgedanken mit kultureller und sprachlicher Gleichberechtigung resp. Gleichstellung ohne politische Selbstbestimmung unter einer weiterhin die politische Souveränität verkörpernde, die Richtlinien der Politik dominierenden Kaiserkrone präferierte.<sup>68)</sup>

Radetzky, der dem nationalen und liberalen Gedanken zunächst durchaus mit sehr viel Verständnis und Sympathie begegnete und ihn nicht vorsätzlich ablehnte, sah in ihm jedoch jenen Sprengsatz, der die politische und territoriale Integrität des Kaisertums zu zerstören drohte. Gleichwohl sah er im Prozess zunehmender Konstitutionalisierung Europas außen- und sicherheitspolitisch - selbst wenn er ihn für Österreich nicht einforderte - eine Chance für eine friedlichere Zukunft.<sup>69)</sup> Eine klare Absage erteilte er der nationalen Radikalisierung - er erkannte in ihr einen „üblen Geist“<sup>70)</sup> - wie auch den kommunistischen Umtrieben, die er als „traurige Sache“<sup>71)</sup> kategorisierte. Erst die zunehmende Radikalisierung der Revolution im Laufe des Jahres 1848, die vielfach Erinnerungen an die Terror- und Schreckensherrschaft des Maximilien de Robespierre wieder aufflackern ließ, machte aus einem liberalen und nationalen Gedanken nicht verschlossenen Radetzky einen „Reaktionär“, der das Neue nicht um jeden Preis als zukunftstauglich ansah - die Kunst, Veränderungsprozesse in evolutionäre Bahnen zu lenken, schien ihm sinnvoller, als „traditionelle“ politische und gesellschaftliche Strukturen mit brachialer Gewalt überstürzt zu beseitigen.



Auch deshalb rangierte bei dem im vor-nationalen Bezugsrahmen sozialisierten und denkenden Radetzky sein sich mit dem Kaisertum identifizierender monarchisch-dynastischer Reichspatriotismus stets über einem die Nation ins Zentrum politischer Erwägung stellenden, für ihn die alt-ehrwürdigen Strukturen und damit den Bestand der Donaumonarchie sprengenden Nationalgefühl. Dies bekräftigte er auch kurz vor Beginn der Revolution, als er in einem Brief an seine Tochter sein Verhalten bei einem Zuspitzen der Situation bekannte: „Indessen wir Soldaten werden (...) für unseren Monarchen (...) die allgemeinen Interessen zu vertheidigen nie vergessen.“<sup>72)</sup>

Persönliche dynastische Loyalitäten waren die identitätsstiftende Grundlage für den Korpsgeist der wichtigsten Säule der Habsburgermonarchie. Ein emotionaler Bezugspunkt wie die Nation war nicht vorhanden, ein Wahlrecht für Soldaten<sup>73)</sup> abgelehnt, eine Orientierung an etwaigen „anarchischen“, die Fiktion des Gottesgnadentums negierenden liberalen und sozialistischen Bestrebungen undenkbar. Auch für die k.k. Armee galt, was der spätere preußische Kriegsminister von Roon im Angesicht der beginnenden Revolution von 1848 in Form eines programmatischen Credo resp. als summarische Bilanz sagte: „Das Heer; das ist unser Vaterland.“<sup>74)</sup> So war für das k.k. Offizierskorps und die Soldaten des Konskriptionsheeres „die Armee ihr Vaterland und das Regiment ihre Heimat“.<sup>75)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Radetzky bekräftigte in einer Stellungnahme 1839, dass der Unterhalt einer eigenen Eisenbahnlinie für den raschen Transport von Soldaten und Versorgungsgütern unabdingbar sei. Die Baumaßnahmen der Eisenbahnverbindung Venedig-Mailand konnten bis 1848 jedoch nicht abgeschlossen werden (im Bild: die 1846 eröffnete Lagunenbrücke in Venedig).

Die vorgegebenen und akzeptierten Grenzen des politischen Weltbildes wurden kontrastiert von seiner, im Gegensatz zur überwiegenden Anzahl seiner adeligen Standesgenossen stehenden Auffassung, es sei „klüger, sich mit dem geistigen Fortschritt zu verbinden, als denselben zu bekriegen, denn nur dieser Fortschritt ist es, welcher den Menschen von Zeit zu Zeit bessere Zwecke einhaucht und für ihre Zwecke neue Mittel ersinnt“.<sup>76)</sup> Dies galt auch für militärisch nutzbare technische Entwicklungen.<sup>77)</sup>

### Militärische Revolution

Wie aufgeschlossen ein im dynastischen Bezugsrahmen sozialisierter Offizier gegenüber neuen technischen Entwicklungen war, wird in einer Stellungnahme Radetzky's aus dem Jahre 1839 deutlich, in der er über die militärische Bedeutung eines Planes zum Bau einer Eisenbahnverbindung Venedig-Mailand ausführte:

„Vor allem anderen muß ich anmerken, dass (...) alle kleinlichen und einer ängstlichen Festhaltung von Begriffen über Landesverteidigung entlehnten Rücksichten entschwinden müssen, die einer solchen Unternehmungen nur engherzige Fesseln anlegen würden (...) ich habe nie eine Eisenbahn gesehen (...) glaube jedoch, dass eine Eisenbahn, in deren Besitz wir uns befinden, militärischen Zwecken nur förderlich sein kann, weil sie uns die Möglichkeit gewährt, große Transportmittel mit unglaublicher Schnelligkeit in Bewegung zusetzen.“<sup>78)</sup>

Truppen, Kriegsmaterial und Nachschub waren so innerhalb kürzester Zeit - gegebenenfalls mit „tödlicher“ Präzision planbar - an jeden, durch die Eisenbahnlinien definierbaren Punkt zu bringen. Zeit- und Logistikvorsprung konnten bei überlegener Führung durch flexible Konzentration der Kräfte den militärischen Sieg auf dem Schlachtfeld „garantieren“. Eine unterlassene und falsche Planungsarbeit, ein dilatorischer Aufbau von Eisenbahnlinien hingegen konnten in die Katastrophe führen.

Grundsätzlich wurden hierdurch Besitz, systematischer Ausbau und Unterhalt eines Eisenbahnnetzes ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zum militärstrategischen Rückgrat jeglicher militärischen Planung.<sup>79)</sup> Damit wurde jedoch die militärische Schlagkraft eines Staates von seiner industriellen Leistungsfähigkeit stärker abhängig

als von der bloßen Zahl seiner aufgestellten Truppen. Der militärische Erfolg schien nach der militärischen Revolution in der Folge der Französischen Revolution durch ihre vermeintlich irrationale, nicht messbare nationale Aufladung des Kriegswesens erneut „wissenschaftlich“ berechenbar, die neo-absolutistische Kriegskunst war in gewisser Hinsicht wieder im Zeitalter des Absolutismus angekommen, für das Feldmarschall Daun bereits 1752 seine Maxime dekretierte: „Generals und Officiers müssen begreiflich gemacht werden, daß die Kriegskunst kein zumftmäßiges Handwerk, sondern eine weit reichende Wissenschaft seye.“<sup>80)</sup>

Dennoch war der Eisenbahnbau nach militärstrategischen Gesichtspunkten für eine längere Übergangszeit zunächst nur als Ergänzung zu den klassischen Wassertransportkapazitäten und dem Nachschubwesen auf einem Straßenwegenetz zu sehen - wie dies 1848 in einer kritischen Phase des Feldzuges in Oberitalien deutlich wurde. Als militärstrategische

Achse für den weiteren Besitz des Königreiches Lombardo-Venetien indes war genau jene Strecke Venedig-Mailand für die Zukunft von kaum zu unterschätzendem Wert, wie Radetzky 1845 ausführte: „Von welchem großem Einfluß es auf unser Vertheidigungs-System in Italien sein würde, wenn unsere wichtigsten Punkte, Mantua, Verona und Venedig durch Eisenbahnen zusammenhängen (...) ist so einfach und einleuchtend, dass es (...) keiner weiteren Auseinandersetzung bedarf“, weshalb aus militärstrategischer Notwendigkeit „für die völlige Sicherung des Dreh- und Angelpunktes dieses Eisenbahn-Netzes kleine Geldopfer nicht zu scheuen“ seien.<sup>81)</sup> Dieses Eisenbahnnetz war indes bis 1848 nicht fertig - es existierte lediglich die Linie Venedig-Mestre-Padua-Vicenza in Venetien sowie die kurze Strecke Treviglio-Mailand in der Lombardei.<sup>82)</sup> Als Element operativer und logistischer Führung waren diese Linien noch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Dies lag einerseits an der kurzen

Zeit bis 1848 und andererseits an der Bereitschaft zum Aufbringen eben jener kleinen „Geldopfer“. Aber dies wusste Radetzky bereits seit seiner Denkschrift von 1809 - und er musste es auch Jahr um Jahr während seiner Zeit in Italien erfahren.

### Radetzky und seine italienische Armee

Im Jahre 1831 wurde Radetzky zum Kommandierenden General im Königreich Lombardo-Venetien ernannt. In seinen unterstellten Generalen sah er bekanntlich „(a)lte Faulpelze, die nicht wollen, dass man sie aus ihrem behaglichen Schlaf wecken soll“.<sup>83)</sup> Dies aber war vor dem Hintergrund der Julirevolution 1830 aus politischen und militärischen Erwägungen notwendig. Kaiser Franz nannte Radetzky schonungslos offen seinen „Auftrag“: „Ich hatte ehevor ein Lager bei Münchendorf, wo sich meine Truppen so schlecht und unbeweglich zeigten, so dass die Preußen laut ihr Missfallen aussprachen und daher sogleich mit England Louis Philipp als König von Frankreich anerkannten; isoliert konnte ich den Krieg nicht unternehmen, deshalb trage ich Ihnen auf, die Armee in Italien aufzuwecken und solche mir für den Krieg vorzubereiten.“<sup>84)</sup>

Resolut, tatkräftig und energisch ging Radetzky an seine „Transformation“ der Italienarmee, die ebenfalls „fast 15 Jahre auf den Exerzierplätzen der Biedermeierzeit verbracht“<sup>85)</sup> hatte - sein Ziel: Umsetzung der von ihm als unabdingbar betrachteten Herstellung und Steigerung der Kriegstauglichkeit. Ab 1833 wurden jährliche freilaufende Manöver mit Großverbänden in Oberitalien durchgeführt.<sup>86)</sup> Bis 1835 hatte Radetzky mit seinem Generalquartiermeister Freiherr von Heß, der ihm wieder ab Mitte Mai 1848 als Generalstabschef zur Seite stand und bereits 1811 unter seinen ersten „Schülern“ war,<sup>87)</sup> bis dato in ihrer schriftlichen Präzision unerreichte Feld- und Manöverinstruktionen ausgearbeitet:<sup>88)</sup> „Der praktische Unterricht im Felde“ und die „Feldinstruktion für eine oder mehrere in Divisionen und Korps zusammengestellte Kavalleriereservebrigaden“ (beide 1831); „Feldinstruktion für die k.k. Infanterie, Kavallerie, Artillerie“ - sie erreichte mehrere Auflagen und Übersetzungen - sowie die „Manöverinstruktion der Infanterie in größeren Körpern samt der ihr zugeteilten Artillerie“ (beide 1833), denen 1839 die „Anleitungen für die taktischen Übungen in großen Verbänden“ folgten.<sup>89)</sup> Diese Instruktionen ersetzten indes keine gültigen Vorschriften der Armee, „sie galten nur durch die Machtvollkommenheit ihres Verfassers für die Armee in Italien“.<sup>90)</sup> Für diese allerdings dienten sie als Ausbildungsgrundlage. Diese neue Gefechtslehre sollten die Generale mit ihren Regimentskommandanten „mit Geist und Tätigkeit“ studieren und umsetzen, um damit „die Schläfrigkeit im Denken in ihrer untergebenen Truppe auszuwetten“.<sup>91)</sup> Letztlich sollten dadurch die Beweglichkeit und Manövrierfähigkeit von Infanterie und Kavallerie sowie die Feuerkraft der Artillerie in ihrem Zusammenwirken verbessert werden.

Hierfür wurden alle Jahreszeiten genutzt. Der Winter diente mit seinen „Winterspielen“ dazu, taktische Zusammenhänge auf unteren Führungsebenen an Geländemodellen einzustudieren. Der „Sandkasten“ als theoretische Taktikhilfe begann unter Radetzky seinen „Siegeszug“. Sodann galt es, die erlernten taktischen Erkenntnisse im praktischen Felddienst, in denen der Feind von „intelligenten Staboffizieren“<sup>92)</sup> geführt wurde, um eine reale, sich wandelnde Feindlage zu erhalten, durchzuführen. Diese von Radetzky bei seiner Armee eingeführten Manöver erstreckten sich - im Gegensatz zu den im Zeitalter des Absolutismus mit ihren choreographische Züge tragenden, exakt einstudierten „Revue“ in den Herbstmanövern - von Mai bis Mitte Oktober. Dabei waren die den Charakter permanenter

Kriegseinübung tragenden Manöver methodisch und didaktisch so aufgebaut, dass, beginnend vom einzelnen Soldaten aufwärts über die Unteroffiziere, Offiziere, Staboffiziere und Generale sämtliche militärischen Führungsebenen von den kleinsten Teileinheiten über Bataillone und Brigaden bis hinauf zu den Divisionen und Korps ihr Zusammenwirken erproben konnten.<sup>93)</sup>

Den Abschluss bildeten in der Regel einwöchige, freilaufende Übungen in einer Stärke von ca. 60.000 Mann. Diese Großmanöver erfreuten sich bald einer großen europäischen militärischen Öffentlichkeit - Manöverbeobachter aus Preußen, Russland, England und Frankreich, aber auch aus Sardinien, erhielten so einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems und der Feld-einsatztauglichkeit der Armee Radetzky's, der so zum „Schulmeister Europas“ wurde.<sup>94)</sup> Theorie und Praxis gingen so nach dem Grundsatz „Fördern durch fordern“ Hand in Hand. Seine Schaffenskraft blieb jedoch nicht nur auf seine Armee beschränkt. Nach und nach versuchte er auch seit den 1840er-Jahren mit seinen Ansichten in die gesamte k.k. Armee hineinzuwirken - Feldmarschall Fürst Windischgrätz übernahm viele seiner Reglements.<sup>95)</sup> Selbst wenn er sich jedoch mit seinem notwendigen, unbeirrten Einfordern seiner Erkenntnis für die gesamten Streitkräfte der Habsburgermonarchie - die konservativen Beharrungskräfte und der althergebrachte „Schlendrian“ einer auf das diplomatische Geschick der politischen Führung setzenden Friedensarmee sprachen dagegen - mit allen seinen modernen Ansätzen nicht durchsetzen konnte, so „avancierte in den Jahren nach 1831 die als Besatzungsarmee in Lombardo-Venetien stationierte und sich seitdem unter dem Befehl des als Heeresorganisator und Feldherr gleichermaßen begabten Grafen Radetzky stehende Italienarmee zur Mustertruppe“.<sup>96)</sup> Daraus den Schluss zu ziehen, die „italienische“ Armee sei ein elitärer Großverband gewesen, der mühelos allen Lagen gewachsen wäre, ist trotz aller Leistungen seines „Ausbildungs- und Erziehungssystems“ unzutreffend. Ihre Bewährung sollte der von Radetzky in 17 Jahren nach seinen Vorstellungen ausgebildeten und geformten Armee in den oberitalienischen Revolutions- und Kriegsjahren 1848/49 bevorstehen. ■

#### ANMERKUNGEN:

1) Das in der Überschrift wiedergegebene bekannte „literarische Urteil“ - aus Franz Grillparzer: Feldmarschall Radetzky, Radetzky-Lieder. In: Sämtliche Werke, München 1960, S.14 - erfasst in seiner Prägnanz die historisch-politische und militärische Bedeutung Radetzky's in ihrer Relevanz nach Ansicht des Verfassers am besten. Die Literaturlage ist insbesondere für das 19. Jahrhundert bereits fast unüberschaubar; damals wie auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur gelegentlich zu pathetisch. Dennoch hat die österreichische Militärgeschichte mit Prinz Eugen im 18. Jahrhundert und Radetzky im 19. Jahrhundert ohne Frage zu Recht ihre „Ikonen“, deren militärische Viten resp. Leistungen noch immer zum militärhistorischen Bildungskanon gehören (sollten). Mit dem vorliegenden Beitrag wird in keiner Weise der Anspruch auf neue Forschungsergebnisse erhoben. Vielmehr soll es darum gehen, ein bekanntes militärisches Leben mit den Rahmenbedingungen der Zeit zu verknüpfen und erneut in Erinnerung zu rufen. Der Bibliothek der Offizierschule der Luftwaffe danke ich für die Unterstützung bei der Literaturrecherche. Gewidmet ist der Artikel meiner Ehefrau Ann-Katrin und unseren Kindern Timon, Nils, Kristin und Finn.

2) „Die Meinungen...“ Grillparzer im Ehrenbürgerdiplom der Stadt Wien für Radetzky, zit. nach Friedrich Heller von Hellwald: Der k.k. österreichische Feldmarschall Graf Radetzky, eine biographische Skizze von einem österreichischen Veteranen, Stuttgart-Augsburg 1858, S.388.

3) Friedrich Fritz: Radetzky. Persönlichkeit und Bedeutung. In: ÖMZ 1/1967, S.30-35, hier S.34.

4) Vgl. Anton Wagner: Radetzky als Chef des Generalstabes der Heere der Verbündeten im Herbstfeldzug 1813. In: ÖMZ 6/1963, S.352-358.

5) Für einen kurzen Überblick vgl. Michael Salewski: Zur preußischen Militärgeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert. In: MGFA (Hrsg.), Militärgeschichte in Deutschland und Österreich vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Herford 1985

- (=Vorträge zur Militärgeschichte, Band 6), S.47-69. Der erste moderne Militärhistoriker Deutschlands, Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Viertes Teil: Neuzeit, Berlin 1920, S.526f., rückte diese vor dem Hintergrund des preußisch-österreichischen Dualismus seine Erklärung findende Abwertung Radetzky zurecht: „Radetzky genialer Plan“ sei „bis in unsere Tage auf die gröblichste Weise mißverstanden und entstellt worden (...), als ob [sein] Sinn gewesen sei, nicht sowohl das französische Heer zu vernichten, als es ohne Schlacht im Sinne der alten Strategie durch Manöver zum Rückzug zu bewegen.“
- 6) Bekanntlich liegt Radetzky's Ruhestätte auf dem „Heldenberg“ bei Wetzdorf. Er vermachte seinen Leichnam aus Dankbarkeit dem Armeelieferanten Joseph Gottfried Pargfrieder, der ihm des Öfteren großzügig bei seinen steten finanziellen Unpässlichkeiten aushalf; vgl. Oskar Wolf-Schneider von Arno: Der Feldherr Radetzky, Wien 1933, S.136.
- 7) Vgl. für Radetzky insbesondere die Darstellungen von Friedrich Heller von Hellwald: Der k.k. österreichische Feldmarschall Graf Radetzky, eine biographische Skizze von einem österreichischen Veteranen, Stuttgart-Augsburg 1858 und Oskar Regele: Feldmarschall Radetzky, Wien 1957. Die Biografie von Regele ist ihres Perspektiven- und Quellenreichtums wegen für eine Beschäftigung mit Radetzky nach wie vor unverzichtbar.
- 8) Aus der zunehmend unüberschaubaren Literatur sei an dieser Stelle hingewiesen auf das mit zahlreichen weiterführenden Literaturangaben versehene, von Thomas Kühne und Benjamin Ziemann herausgegebene Werk: Was ist Militärgeschichte?, Paderborn 2000.
- 9) Vgl. Rainer Wohlfeil: Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen H. 1 (1967), S.21-29; ders.: Militärgeschichte. Zu Geschichte und Problemen einer Disziplin der Geschichtswissenschaft, (1952-1967). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 52/2 (1993), S.323-344 und Gerhard Oestreich, Vom Wesen der Wehrgeschichte. In: Historische Zeitschrift 162 (1940), S.231-257.
- 10) Die hierüber geführte Diskussion wurde auszugsweise wiedergegeben in: Militärgeschichte. Probleme - Thesen - Wege, im Auftrag des MGFA ausgewählt und zusammengestellt von Manfred Messerschmidt, Klaus A. Maier, Werner Rahn und Bruno Thoß, Stuttgart 1982, S.17-59.
- 11) Vgl. Söhnke Neitzel: Militärgeschichte ohne Krieg? Eine Standortbestimmung der deutschen Militärgeschichtsschreibung über das Zeitalter der Weltkriege. In: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S.287-308 (= Historische Zeitschrift Beiheft 44).
- 12) Vgl. Ralf Pröve: Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, München 2006, S.73-91 (=Enzyklopädie Deutscher Geschichte Band 77).
- 13) Vgl. Jutta Nowosadtko: Krieg, Gewalt und Ordnung. Einführung in die Militärgeschichte, Tübingen 2002.
- 14) Vgl. hierzu grundsätzlich Peter Broucek/Kurt Peball: Geschichte der österreichischen Militärhistoriografie, Wien 2000. Im Anhang bei Regele, a.a.O., befinden sich auf den S.493-504 unzählige Zitate (ohne Anmerkungen), die „Radetzky im Urteil eines Jahrhunderts“ in dem o.a. Sinne widerspiegeln.
- 15) Helmuth Graf von Moltke: Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870-71, nebst einem Aufsatz „Über den angeblichen Kriegsrath in den Kriegen König Wilhelms I.“ (=Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Band 3), Berlin 1891, S.X. Diese Position war jedoch nur für die Öffentlichkeit bestimmt; die interne Auswertung der Kriege sollte eben die Versäumnisse militärischer Führung aufdecken.
- 16) Der Autor bereitet zu dieser Thematik - sie ist nicht zu verwechseln mit dem Begriff „Revolutions in Military Affairs“ (RMA) - eine Studie vor. Vgl. zum Thema den Sammelband von MacGregor Knox und Murray Williamson (Hrsg.): The dynamics of Military Revolutions 1300-2050, Cambridge University Press 2001.
- 17) Vgl. Wolfgang Reinhard: Humanismus und Militarismus. In: F.J. Worstbrock (Hrsg.): Krieg und Frieden im Horizont des Renaissancehumanismus, Weinheim 1986, S.185-204; Johannes Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg, Frankfurt/M. 1992 und Geoffrey Parker: Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800, Frankfurt/Main 1990 sowie der auf die ideengeschichtlichen Wurzeln eingehende Werner Hahlweg: Die Heeresreform der Oranier und die Antike, Berlin 1941.
- 18) Vgl. für den Überblick hierzu Siegfried Fiedler: Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Revolutionskriege, Koblenz 1988 und mit Bezug zum Topos „militärische Revolution“ als Beispiel der militärischen Auswirkungen der Französischen Revolution auf die Operationsführung statt vieler. Stuart McCarthy: Capitalising on Military Revolution: Lessons from the Grande Armée's Victory at Jena-Auerstedt. In: Australian defence force journal (2003), 158, S.37-52.
- 19) Vgl. Stig Förster (Hrsg.): An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte um den Krieg der Zukunft, Paderborn 2002 (=Krieg in der Geschichte Band 13).
- 20) Vgl. Michael Salewski (Hrsg.): Das Zeitalter der Bombe, München 1995, Bernard Brodie: The absolute Weapon. Atomic Power and World Order (1946) und Henry A. Kissinger, Kernwaffen und Auswärtige Politik, München 1959.
- 21) Vgl. statt vieler Herfried Münkler: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002.
- 22) Zu den Auswirkungen der militärischen Revolutionen auf das Anforderungsprofil des Offiziers vgl. Eberhard Birk: Abschied vom Bild des Offiziers?. In: Gneisenau Blätter 6 (2007), S.62-70; digital abrufbar unter [www.gneisenau-gesellschaft.de](http://www.gneisenau-gesellschaft.de).
- 23) Kaiser Franz I. soll Radetzky am 21. August 1809 als Chef des Generalquartiermeisterstabes mit der folgenden Aussage eingesetzt haben: „Das Sie nicht mit Absicht Dummheiten leisten werden, bürgt mir Ihr Charakter. Und machen Sie gewöhnliche Dummheiten, so bin ich die schon gewohnt.“ Vgl. Mitteilungen des k.k. Kriegsarchivs, Neue Folge, Bd. I, 1887, S.69.
- 24) Vgl. zu weiterführenden und detaillierteren Stationen insbesondere die Biografie von Regele und auszugsweise den Überblick bei Fritz, a.a.O., S.30-32.
- 25) Selbst wenn Radetzky ein „Kind seiner Zeit“ war - alles andere wäre unredlich und ahistorisch -, so hinterließ er durchaus Gedankengänge, die für die Zeit des Kalten Krieges geradezu „prophetisch“ waren, wenn er in seinen Schriften über den kompletten Verlust der Kolonien Großbritanniens schrieb oder über den Einfluss der USA in Europa, eine machtvolle Schiedsrichterposition Russlands über vier Erdteile und die Notwendigkeit zur Bildung einer Union Europas reflektierte; vgl. hierzu den indes ohne wissenschaftlichen Anmerkungsapparat versehenen historisch-journalistischen Überblick von Franz Herre: Radetzky. Eine Biografie, Köln 1981, S.120f. Diese Gedanken sollen hier jedoch genauso wenig wie Radetzky's Rolle als Gouverneur in Lombardo-Venetien im Zentrum stehen; vgl. dazu Regele, a.a.O., S.320-356 und Antonio Schmidt-Brentano: Die Armee in Österreich. Militär, Staat und Gesellschaft 1848-1867, Boppard am Rhein 1975 (=Militärgeschichtliche Studien Band 20), S.335-344.
- 26) Für einen kursorischen Überblick über die Vielzahl der von ihm erstellten Denkschriften und angemahnten Veränderungen im Heereswesen vgl. Regele, a.a.O., S.393-433.
- 27) Große Teile der Darstellung des italienischen Krieges von 1848/49 basieren in der militärhistorischen Literatur auf der früh erschienenen Publikation von C. v. Schönhals: Erinnerungen eines österreichischen Veteranen aus dem italienischen Krieg der Jahre 1848 und 1849. Zwei Bände, Stuttgart-Tübingen 1852.
- 28) So im Memoire Radetzky's, das Heereswesen Österreichs beleuchtend, aus dem Jahre 1809 (=Mitteilungen k.k. Kriegsarchiv 1884), S.361-370, hier S.367.
- 29) Alan Sked: The Survival of the Habsburg Empire: Radetzky, the Imperial Army and Class War, London 1979, S.X.
- 30) Vgl. Eberhard Birk: „Von Frankreich lernen, heißt siegen lernen.“ Gneisenau als Heeresreformer. In: Gneisenau Blätter 4 (2006), S.25-31 und ders.: Napoleon und Gneisenau. Anmerkungen zu ihrer Aktualität vor dem Hintergrund des Irakkonfliktes. In: ÖMZ 1/2006, S.59-62 sowie Wolfgang von Groote und Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Napoleon I. und das Militärwesen seiner Zeit, Freiburg 1968.
- 31) So G.W.F. Hegel in einem Brief an F.I. Niethammer unmittelbar vor Vollendung seiner „Phänomenologie des Geistes“ (Werke 3) am Vorabend der Schlacht bei „Jena und Auerstedt“, zit. nach Johannes Hoffmeister (Hrsg.): Briefe von und an Hegel; Band 1, Hamburg 1952, S.120.
- 32) Vgl. Eberhard Birk: Die Konvention von Tauroggen am 30. Dezember 1812. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung 3/2003, S.14-17.
- 33) Vgl. Regele, Radetzky, S.114.
- 34) Mitteilungen des k.k. Kriegsarchivs, Neue Folge, 1887, I. Bd., S.73.
- 35) Vgl. Adolf von Horsetzky: Kriegsgeschichtliche Übersicht der wichtigsten Feldzüge seit 1792, Wien 1913, S.233.
- 36) Wagner, Herbstfeldzug, S.357.
- 37) Vgl. Regling, a.a.O., S.295.
- 38) Vgl. Wagner, Herbstfeldzug, S.357.
- 39) Vgl. Heinz G. Nitschke: Die preußischen Militärreformen 1807-1813. Die Tätigkeit der Militärreorganisationskommission und ihre Auswirkungen auf die preußische Armee, Berlin 1983.
- 40) Zu den von Radetzky als Grundlage für seine Planungen angenommenen Stärkeverhältnissen der französischen und alliierten Truppen incl. ihrer jeweiligen Aufteilung vgl. Wagner, Herbstfeldzug, S.356.
- 41) Zit. nach Heller von Hellwald, Radetzky, S.161f. und 167.
- 42) Vgl. Delbrück, a.a.O., S.526f.
- 43) Zu diesem grundsätzlichen und leidigen, die souveräne Nutzung der Optionenvielfalt durch fähige Heerführer einem starren System unterordnen wollenden Strategiestreit in der Zeit des deutschen Kaiserreiches, der sich an der Kriegführung Friedrichs des Großen entzündete, vgl. Sven Lange: Hans Delbrück und der „Strategiestreit“. Kriegführung und Kriegsgeschichte in der Kontroverse 1879-1914, Freiburg 1995 (=Einzelschriften zur Militärgeschichte, Band 40).
- 44) So David G. Chandler: The Campaigns of Napoleon, New York 1966, zit. nach Regling, a.a.O., S.298.
- 45) Vgl. Othmar Hackl: Die Schlachten von Ligny und Waterloo am 16. und 18. Juni 1815. Operative Führungsprobleme der preußischen „Armee vom Niederrhein“ im Feldzug gegen Frankreich. In: Truppenpraxis 5/1981, S.364-370 und 6/1981, S.447-451.

- 46) Vgl. Roland G. Foerster (Hrsg.): *Generalfeldmarschall Moltke. Bedeutung und Wirkung*, München 1991 (=Beiträge zur Militärgeschichte, Band 33).
- 47) Zit. nach Gerhard Papke: *Helmuth von Moltke*. In: Werner Hahlweg (Hrsg.): *Klassiker der Kriegskunst*, Darmstadt 1960, S.304-318, hier S.307.
- 48) Vgl. hierzu etwa ihren Briefwechsel zwischen Ende 1813 bis zur Einnahme von Paris 1814, auszugsweise wiedergegeben bei Eugen Schmah: *Radetzky. Österreichs Ruhm - Deutschlands Ehre*, Berlin 1938, S.236-257.
- 49) Zit. nach Delbrück, a.a.O. Dieses „Schicksal“ von Napoleon erinnert auch an jenes von Hannibal, vgl. Eberhard Birk: *Hannibal und sein strategisches Scheitern*. Vom brillanten Eröffnungszug zum konzeptlosen Ende. In: *ÖMZ* 6/2006, S.675-684, hier S.683f., der in seinen lernenden Gegenspieler Fabius und Scipio d.J. seine Überwinder fand.
- 50) Vgl. u.a. Henry A. Kissinger: *Das Gleichgewicht der Großmächte*. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812-1822, 2. Aufl. Zürich 1990 (=Manesse Bibliothek der Weltgeschichte) und Peter Burg: *Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem*, München 1984 (=Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, Band 1).
- 51) Vgl. für den Zeitraum grundsätzlich den Überblick von Dieter Langewiesche: *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849*, 4. Aufl. München 2004 (=Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Band 13).
- 52) Allmayer, *Menschenführung*, S.66.
- 53) Vgl. Manfred Rauchensteiner: *Zum operativen Denken in Österreich 1814-1914*. Erzherzog Karl und die „Binnenklassiker“. In: *ÖMZ* 2/1974, S.121-127, hier S.125 sowie ders.: *Zum operativen Denken in Österreich 1814-1914*. Der Vormärz. In: *ÖMZ* 3/1974, S.207-211.
- 54) Zit. nach Heller von Hellwald: *Denkschriften militärisch-politischen Inhalts aus dem handschriftlichen Nachlaß des k.-k. österr. Feldmarschalls Grafen Radetzky*, Stuttgart-Augsburg 1858, S.453.
- 55) Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.404.
- 56) Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.544.
- 57) So im Memoire Radetzky, das Heerwesen Österreichs beleuchtend, aus dem Jahre 1809 (=Mitteilungen k.k. Kriegsarchiv 1884, S.361-370), Zitate auf S.362-365.
- 58) Ebenda, S.367.
- 59) Zit. nach Allmayer-Beck, *Habsburgermonarchie*, S.10.
- 60) *Feldmarschalleutnant Graf Radetzky von Radetz, Über die bessere Einrichtung des Generalquartiermeisterstabes*, Wien, 1811, S.50. In: *ö.KA, Memoires, Abt 11/96* (Feldmarschalleutnant Graf Radetzky von Radetz, Generalquartiermeisterstab); auszugsweise abgedruckt in Othmar Hackl: *Die Vorgeschichte, Gründung und frühe Entwicklung der Generalstäbe Österreichs, Bayerns und Preußens*. Ein Überblick, Osnabrück 1997, S.249-263.
- 61) Zit. nach Regele, a.a.O., S.400. Zu den Lehrinhalten vgl. Hackl, a.a.O., S.30.
- 62) Vgl. hierzu nun die Gesamtdarstellung von Hubert Zeinar: *Geschichte des österreichischen Generalstabes*, Wien u.a. 2006, insbesondere S.261-296.
- 63) Ein Auszug aus der Wortwahl von Radetzky in seinem Memoire von 1809 und folgenden Schriften macht deutlich, wie sehr er an der Diktion Schamhorsts und insbesondere Gneisenau war: „Vervollkommnung des Geistes“, „Hebung der moralischen Kräfte“, „Erweckung freier Volkskräfte“, „Entfesselung sittlicher Ideen“; vgl. zudem Zainar, a.a.O., S.286.
- 64) *Memoire 1809*, S.364 und 366.
- 65) Vgl. Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.384ff. und 398ff.
- 66) Vgl. Allmayer-Beck, *Habsburgermonarchie*, S.9f.
- 67) Vgl. Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.537.
- 68) Vgl. Swantje Wittstock: *Jelacic, Radetzky, Windischgrätz. Die drei österreichischen Feldherren als Exponenten der Gegenrevolution von 1848*, Kiel 2001 (unv. Magisterarbeit, Universität Kiel), S.27f.
- 69) Vgl. Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.437.
- 70) So in einem Brief an seine Tochter Friederike vom 11. Januar 1848, abgedruckt in: B. Duhr (Hrsg.): *Briefe des Feldmarschalls Radetzky an seine Tochter Friederike 1847-1857*. Aus dem Archiv der freiherrlichen Familie Walterskirchen, Wien 1892, S.68.
- 71) Brief an Tochter Friederike vom 27. Februar 1848. In: ebenda, S.73. Kurios ist deshalb auch die Einschätzung Radetzky durch die brit. Regierung unter Lord Palmerston. Er beschwerte sich auf diplomatischem Wege gegen Radetzky's „kommunistische Aufwiegelung der unteren Schichten gegen ihre Herren“ (zit. nach Mommsen, a.a.O., S.249). Tatsächlich ließ er die Güter der revolutionären Führer einziehen, belegte den Adel mit hohen Entschädigungssummen und schuf eine große Anzahl von Steuererleichterungen für die Bevölkerung. Mit dieser Maßnahme versuchte Radetzky indes, die sozialen Unterschichten gegen die lombardische Aristokratie auszuspielen, um so die „Ruhe“ im Königreich wiederherzustellen - ein klassisches Beispiel von *divide et impera*. Es erscheint deshalb äußerst gewagt, ihm in einer Monografie einen Abschnitt mit der Überschrift „Radetzky als kommunist“ zu widmen; vgl. Sked, a.a.O., S.163-205.
- 72) Brief an Tochter Friederike vom 12. November 1847. In: ebenda, S.62.
- 73) Zu den Hintergründen vgl. Schmidt-Brentano, a.a.O., S.297.
- 74) Zit. nach Manfred Messerschmidt: *Grundzüge der Geschichte des preußisch-deutschen Militärs*. In: ders.: *Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates*, Düsseldorf 1988, S.13-46, hier S.22.
- 75) Fiedler, *Einigungskriege*, S.42.
- 76) So bereits 1827. In: Heller von Hellwald, *Denkschriften*, S.408.
- 77) Vgl. hierzu auch die bei Allmayer-Beck, *Habsburgermonarchie*, S.27 angeführten technischen Neuerungen, die als Kuriosa zunächst ohne durchschlagende taktische Relevanz blieben.
- 78) Zit. nach Theodor Fuchs: *Geschichte des europäischen Kriegswesens* (Teil III: Von den Qualitätsheeren der Wehrpflicht bis zu den Massen-, Berufs- und Volksheeren am Ende des Zweiten Weltkrieges), München 1977, S.36.
- 79) Vgl. für Österreich und Preußen: Burkhard Köster: *Militär und Eisenbahn in der Habsburgermonarchie 1825-1859*, München 1999 (=Militärgeschichtliche Studien, Band 37) und Klaus-Jürgen Bremm: *Von der Chaussee zur Schiene. Militärstrategie und Eisenbahnen in Preußen von 1833 bis zum Feldzug von 1866*, München 2005 (=Militärgeschichtliche Studien, Band 40).
- 80) Zit. nach Johannes Kunisch: *Das Mirakel des Hauses Brandenburg*, Studien zum Verhältnis von Kabinettpolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München, Wien 1978, S.55.
- 81) Zit. nach Köster, a.a.O., S.89.
- 82) Vgl. hierzu die Abbildung bei Köster, a.a.O., S.121.
- 83) Zit. nach Manfred Rauchensteiner: *Zum operativen Denken in Österreich 1814-1914*. Der Vormärz. In: *ÖMZ* 3/1974, S.207-211, hier S.208.
- 84) J. v. Radetzky: *Aus meinem Leben 1814-1848*. In: *Österreichische Rundschau XIV* (1908), S.172-179, hier S.178.
- 85) Wolf-Schneider von Arno, a.a.O., S.47.
- 86) Vgl. Jürgen Angelow: *Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht 1815-1866*, München 1996, S.69 (=Beiträge zur Militärgeschichte, Band 52).
- 87) In der österreichischen Militärgeschichte gab es lange einen Disput darüber, ob Heß mehr militärische Planungs- und Führungskompetenz als Radetzky selbst zukam. Wolf-Schneider von Arno, a.a.O., S.95ff. löste den Gegensatz Radetzky vs. Heß in der Synthese Radetzky und Heß auf. Möglicherweise geht die Kontroverse auf das ausdrückliche Lob Radetzky über Heß und seinen Generaladjutanten Schönhals zurück. Über ihre „Rangfolge“ indes ist das Urteil klar - als Heß im Krieg von 1859 selbst die militärische Gesamtverantwortung trug, wie eben Radetzky 1848/49, wurde der Feldzug, wenngleich unter ganz anderen Rahmenbedingungen, verloren; vgl. hierzu Johann-Christoph Allmayer-Beck: *Politik und Kriegführung am Vorabend des Feldzuges von 1859*. In: *Einzelprobleme politischer und militärischer Führung* (=Vorträge zur Militärgeschichte Band 1), Herford 1981, S.53-67.
- 88) Vgl. Angelow, a.a.O., S.69.
- 89) Vgl. Fritz a.a.O., S.32f.
- 90) Regele, a.a.O., S.224.
- 91) *Feldinstruktion*, zit. nach Regele, a.a.O., S.417.
- 92) Heller von Hellwald, *Radetzky*, S.297.
- 93) Vgl. Heller von Hellwald, *Radetzky*, S.296f.
- 94) Vgl. Fritz, a.a.O., S.33.
- 95) Vgl. Wittstock, a.a.O., S.55.
- 96) Angelow, a.a.O., S.69.

## Dr. Eberhard Birk

Geb. 1967; Oberstleutnant d.R.; 1987-1993 Soldat auf Zeit; 1993-1997 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg; Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-1999; 1999 Promotion zum Dr. phil.; seit 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Veröffentlichungen zu den Themen: Deutsche Militärgeschichte, Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik. Monographien zuletzt: *Militärgeschichtliche Skizzen zur Frühen Neuzeit*, Hamburg 2005, *Militärische Tradition*, Hamburg 2006; Herausgeber der *Gneisenau Blätter* seit 2004 (Themen-Bände: *Aspekte einer europäischen Identität, Militärische Tradition, Transformation, Erziehung und Streitkräfte, Einsatzarmee und Innere Führung*; sie sind digital abrufbar unter [www.gneisenau-gesellschaft.de](http://www.gneisenau-gesellschaft.de)); zur Zeit Vorbereitung eines Bandes zum Thema: *Militärisches Selbstverständnis*.

# Zwischen Macht und Diplomatie

## Chinas Sicherheitspolitik im Zeichen der Neuausrichtung

Henrique Schneider

Der US-Flugzeugträger *Kitty Hawk* ist ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges. Die *Strike group* ist seit 48 Jahren unterwegs, wird noch konventionell betrieben, diente schon im Vietnamkrieg und wird Ende 2008 aus dem Verkehr gezogen. Als sie im November 2007 in Hongkong einlaufen sollte, wollte die Besatzung nichts anderes, als ihre Familien sehen und feiern. Und dann kam die Posse: Der *Kitty Hawk* wurde die Landeerlaubnis gewährt, zurückgezogen und dann wieder gewährt. Sechs Monate später, im Mai 2008, durfte sie also doch und ohne Probleme einlaufen.

Bild nur im  
Heft verfügbar

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Behörden Chinas sorgen immer wieder für internationales Aufsehen. Dies beweist auch der Fall eines amerikanischen Flugzeugträgers, dem man die Landeerlaubnis in Hongkong verweigerte (im Bild: die *Kitty Hawk* im Hafen vor Hongkong).

Der Vorfall rund um die *Kitty Hawk* ist nur einer der diversen kleinen Zwischenfälle zwischen den USA und China. Nicht uninteressant ist, dass die erste sicherheitspolitische Krise der ersten Amtsperiode von US-Präsident George W. Bush nicht 9/11 war, sondern dass die chinesische Luftwaffe einen amerikanischen Jet zum Landen brachte und ihn nicht mehr freigeben wollte. Es ist nicht auszuschließen, dass China den neuen Präsidenten in ähnlicher Weise testen wird. Trotzdem ist die *Kitty Hawk* ein repräsentatives Zwischenereignis. Um den Vorfall *Kitty Hawk* werden diverse Facetten der chinesischen Sicherheitspolitik und militärischen Strategien klar. Es wird v.a. deutlich, dass sich das Reich der Mitte im Umbruch befindet und noch nicht richtig abschätzen kann, wie viel Macht es zeigen will und wie viel Diplomatie es nötig hat.

Im Folgenden soll jenes Beispiel als Ausgangspunkt einer Untersuchung zur Neuausrichtung der chinesischen Sicherheitspolitik

dienen. Im Wesentlichen betrifft die Neuausrichtung folgende Themata:

- Ausbau der Armee, v.a. der Marine,
- Verstärkung der Präsenz im Indischen und Pazifischen Ozean,
- Sicherung der Handelsrouten,
- Ausbau der regionalen Vormachtstellung.

Diese Neuausrichtung bildet mit den diplomatischen Aktivitäten, die neuerlich ebenfalls Aufwind haben, ein Spannungsverhältnis. Das versteht sich nicht nur ideologisch, sondern auch politisch. D.h., es gibt konkrete Fraktionen innerhalb der

Regierung und der Kommunistischen Partei Chinas (KP), die sich gegenseitig austesten. Auf der einen Seite die eher isolationistisch gesinnte militärische Fraktion, auf der anderen die reformistische Gruppe, organisiert um das Außen- und Wirtschaftsministerium.

Im Folgenden soll zuerst die Beispielhaftigkeit des Vorfalles mit der *Kitty Hawk* vorgestellt, dann auf die Neuausrichtung der Strategie eingegangen werden. In einem dritten Kapitel werden letzte Rüstungsanschaffungen erläutert und in einem vierten die treibenden Kräfte der Modernisierung der Armee angesprochen.

### Kitty Hawk

#### Der Fall

Im November 2007 wollte die *Kitty Hawk-Strikegroup* im Hafen von Hongkong landen, um den Matrosen und der Besatzung eine „Rest and Recreation Liberty Visit“ zu Thanksgiving zu ermöglichen. Als der Flugzeugträger und seine Begleitschiffe sich nun dem Hafen annähern wollten, wurde die Landungserlaubnis

seitens der chinesischen Hafenbehörde wieder zurückgezogen. Die *Kitty Hawk* hat daraufhin Kurs Richtung Japan, Heimathafen, genommen, und als sie die Straße von Taiwan durchquerte, bekam sie die Nachricht, dass sie nun doch landen dürfe. Das Kommando entschied aber den Kurs Richtung Japan zu behalten und nicht mehr zurückzukehren. Im April-Mai 2008 konnte die *Kitty Hawk* problemlos in Hongkong einlaufen.

In diesem Zusammenhang stellen sich viele Fragen: Warum ist die Landeerlaubnis gewährt und zurückgezogen worden? Warum ist sie dann nachträglich doch wieder gewährt worden? Welche Behörde gab welche Information? Welche Behörde bewilligte die Landung, welche verbot sie? In welchem Umfeld fand dieser Vorfall statt? Wofür steht die *Kitty Hawk*? Wofür stehen die chinesischen Reaktionen? Diese Fragen haben keine singuläre Bedeutung für den konkreten Fall, denn die Antworten zeigen das

komplexe Feld der Erwägungen und Gedanken der chinesischen Sicherheitspolitik auf. Selbstredend sind die Quellen zu diesem eher heiklen Kapitel nicht öffentlich. Außer den Meldungen in den Nachrichten gibt es wenige offene Quellen und nur einige gut informierte Personen. Allein die Tatsache, dass es wenige Informationen gibt, ist schon eine Information. Auf der einen Seite versucht China, den Fall herunterzuspielen, doch auf der anderen Seite möchten die USA die anfänglichen Versuche interpazifischer Annäherung nicht aufs Spiel setzen.

## Bild nur im Heft verfügbar

China will seine Vormachtstellung in Asien weiter behaupten. Durch den Ausbau der Armee und der Weiterentwicklung der U-Boot-Flotte (Bild) sollen die Landesgrenzen und Handelsrouten vermehrt überwacht und gesichert werden.

Die sino-amerikanische Kooperation im militärischen Bereich ist jung. Das Verhältnis ist auf beiden Seiten von Vorsicht und Misstrauen geprägt, und beide Seiten wollten diesen Vorfall nicht als Vorwand für Aktionen jeglicher Art gebrauchen. Erst kurz vor dem Landeverbot für die *Kitty Hawk* haben beide Länder einen „heißen“ Draht zwischen den Verteidigungsministerien eingerichtet. Neben diesem Erfolg auf der Plusseite ist eine erste gemeinsame Großübung im Jahr 2005 zu erwähnen. Aber es sind ebenso Negativpunkte in der beidseitigen Beziehung anzumerken. Auf der Minusseite haben die USA und einige Länder der EU den Dalai Lama geehrt; die USA haben Taiwan Waffen verkauft und einen hochrangigen Vertreter Taiwans diplomatisch empfangen. China hingegen hat eine Woche vor dem *Kitty Hawk*-Vorfall zwei US-Minensuchern (*USS Guardian* und *USS Patriot*), die sich vor einem aufkommenden Sturm schützen wollten, die Landeerlaubnis verweigert. Weiterhin auf der Minusseite: Im Jahr 2006 hat die *Kitty Hawk* ein chinesisches U-Boot etwa fünf Meilen von ihr entfernt entdeckt und zum Kurswechsel gezwungen. Doch nicht nur die Vorgeschichte, sondern auch die Nachgeschichte ist eher durchzogen.

Was geschah nach dem peinlichen Vorfall in Hongkong? Einen Tag danach entschuldigte sich der chinesische Außenminister in einem Gespräch mit Präsident Bush bei den Familien der Matrosen; er gab zu Protokoll, es handelte sich um ein Missverständnis. Zwei Tage später kommunizierte sein Pressesprecher offiziell, es habe kein Missverständnis gegeben, womit er seinem direkten Vorgesetzten widersprach.

Es ist von außen beinahe unmöglich zu urteilen, was wirklich geschah und wieso die Informationen so widersprüchlich sind. Rear Admiral (retired) McWadden, heute am Asia Pacific Institute tätig und ein Befürworter der sino-amerikanischen Kooperationspolitik, hat in einem persönlichen Gespräch seine Sicht der Dinge dargelegt. Diese Sicht ist durch Insiderinformation beider Seiten gedeckt.

Auf der einen Seite wollte China Machtansprüche artikulieren, auf der anderen handelte es sich um unkoordinierte Aktionen zweier Behörden. Das Außenministerium, das einige Jahre zuvor die Volksbefreiungsarmee (im Folgenden: *People's Liberation Army*, PLA) dazu brachte, mit der US-Marine eine Übung durchzuführen, hat der *Kitty Hawk* die Landeerlaubnis gewährt. Die PLA ihrerseits hat die Landung der *Kitty Hawk* verboten. Damit aber wurde die *Kitty Hawk* zum Kurswechsel gezwungen, d.h. sie bewegte sich im Südchinesischen Meer und an Taiwan vorbei nach Japan.

Damit betonte die *Kitty Hawk* einmal wieder - und diesmal mit voller Pressedeckung -, dass die USA das Chinesische Meer und die Straße von Taiwan als internationale Gewässer ansehen, was wiederum der chinesischen Auslegung, beide Meere seien nationale Gewässer, widerspricht. Es sei auch wahrscheinlich, dass die *Kitty Hawk* in der Nähe von Taiwan ein nicht angekündigtes und vertrauliches Manöver der chinesischen Marine aufspürte, was der PLA peinlich war. Admiral McWadden ist der Meinung, dass sich China retrospektiv wünscht, diese ungeplante und im Grunde genommen kontraproduktive Machtdemonstration nicht durchgeführt zu haben. Und dennoch passt sie ins größere Bild.

### Das größere Bild

Seit dem Beschluss des Volkskongresses von 2006 ist die chinesische Sicherheitspolitik viel bestimmter, assertorischer, geworden. Der Ausbau der Armee, v.a. der Marine, wird vorangetrieben, China möchte v.a. die U-Boot-Flotte modernisieren, denn es geht auf der einen Seite darum, die maritimen Grenzlinien zu sichern und einen allfälligen Erstschnellangriff gegen Taiwan so zu führen, dass die USA nicht mehr intervenieren müssen (können oder sollen).

Doch Taiwan ist nicht die einzige Komponente des militärischen Ausbaus der Volksrepublik. Auch wenn sich China um einen versöhnlichen Ton bemüht, hat es mit fast jedem Nachbarn eingefrorene Grenzstreitigkeiten. Das Südchinesische Meer ist ein Dauerthema der Außenbeziehung, aber auch ein Grund für den Machtausbau. Der Indische Ozean und das Südchinesische Meer sind primäre Handelsrouten Chinas; diese möchte man am liebsten unter einheimischem Schutz sehen. Daneben will sich China als führende Nation in Asien (gegen Japan, v.a. gegen Indien) etablieren. Dazu braucht die Volksrepublik eine bestimmt agierende Armee.

Auf der anderen Seite versucht das Außenministerium eine verantwortungsvolle Diplomatie aufzubauen. Beispielsweise werden Waffenlieferungen nach Afrika eingestellt, der Sudan wird öffentlich

gemahnt, die Rolle der EUFOR und der anderen afrikanischen Nationen ernst zu nehmen, oder die Sechsländergespräche mit Nordkorea werden organisiert und durchgeführt. In diesen letzten liegt sogar ein Wille zur strategischen Partnerschaft mit Amerika und dem Westen („the odor of strategic partnership“ in den Worten des Admirals). Zuletzt, der Wille mit den USA auf ökonomischer, aber auch auf militärischer Ebene zu kooperieren, ist bereits verschiedentlich signalisiert worden. Die Frage bleibt, wie stark das Spannungsverhältnis zwischen beiden Lagern ist.

Fraktionskämpfe innerhalb der KP und Politik sind nichts Neues. Es hat sie vor, während und nach Mao gegeben. Doch sie betrafen zuvor nur das Land an sich. Heute ist China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, hat das zweitgrößte Sicherheitsbudget und ist ein ernstzunehmender Partner auf diplomatischem Parkett. Die Fraktionskämpfe in China wirken auf die Sicherheits- und Außenpolitik und damit auf die Welt. China schwankt zwischen Diplomatie und Macht; und genau diese wurde letztlich neu definiert.

### Chinas Sicherheitspolitik

„Observe calmly; secure our position; cope with affairs calmly; hide our capacities and bide our time; be good at maintaining a low profile; and never claim leadership.“  
Deng Xiaopings Worte sind nicht mehr die Leitlinie der militärischen Strategie Chinas. Heute gibt China, wie alle anderen Länder, seine Prioritäten bekannt. Die Neuausrichtung der chinesischen Sicherheitspolitik und die Bedrohungsszenarien sind nicht die einzigen treibenden Kräfte für Chinas Aktivität, dennoch sind sie wichtig, um die Anspannung der Politik zu verstehen.

#### Neuausrichtung

Der chinesische Volkskongress hat 2006 drei sicherheitspolitische Ziele verabschiedet: erstens den Schutz von Chinas Einheit, Stabilität und Entwicklung; zweitens die Wahrung von Frieden und Sicherheit in den Grenzregionen; und drittens die Förderung des internationalen Sicherheitsdialogs und der Sicherheitskooperation.

In der Sprache des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Nationalen Volkskongress, Wang Yingfan, sind jene Ziele von drei wichtigen Entwicklungen geprägt. Zum einen stellt die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans aus chinesischer Sicht eine ernsthafte Herausforderung für die Wahrung der Souveränität und territorialer Unversehrtheit dar. Taiwan hält nach wie vor an der „Unabhängigkeit Taiwans“ fest, treibt „Korrekturen“, „Verfassungsänderungen“ und den „Gang aufs Festland“ voran, beschleunigt die „rechtsbasierte Unabhängigkeit Taiwans“ und provoziert das Festland damit fortwährend. Taiwan selber rüstet militärisch auf und versucht auf internationaler Ebene die Sicht „Zwei Chinas“ bzw. „Ein China, ein Taiwan“ zu etablieren.

Zum anderen existieren um China herum einige Unsicherheitsfaktoren. In der nordostasiatischen Sicherheitslage ist noch keine wirkliche Verbesserung eingetreten; mit einem Teil der umgebenden Staaten bestehen weiterhin territoriale oder maritime Dispute. Die Lage in Zentralasien ist verzwickte; die „drei Kräfte“ des Terrorismus,

Separatismus und Extremismus stellen nach wie vor eine Bedrohung für die Stabilität von Chinas westlichen Grenzregionen dar.

Zuletzt bestehen nach chinesischer Sichtweise in der internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung ungerechte und irrationale Inhalte fort. Permanent existieren lokale, durch ethnische und religiöse sowie territoriale Widersprüche hervorgerufene Konflikte. Infektionskrankheiten, Umweltverschlechterung, Drogenschmuggel, illegale Migration, grenzüberschreitende Kriminalität und andere nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohungen stören und schädigen nach wie vor Chinas nationale Sicherheit. Daneben nehmen internationale terroristische Aktivitäten zu, und die internationale Wirtschaftsentwicklung verläuft ungleich, was die Sicherheit der Volksrepublik gefährden könnte. So weit die Sicht des Volkskongresses.

Bild nur im  
Heft verfügbar

Die Regierung Chinas beschäftigt sich intensiv mit Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie mit dem wirtschaftlichen Aufstieg. Aufgrund dieses Umstands kommt die Lösung der immer dringlicher werdenden Umweltprobleme zu kurz.

#### Bedrohungsszenarien und Konfliktfelder

Auf der anderen Seite lässt sich getrost die Frage stellen, welche oben angesprochenen sicherheitspolitischen Herausforderungen derzeit für China konkret bestehen. Wird die chinesische Grenze durchwandert, werden viele potenzielle Konflikte klar:

- Die Nippo-Russische Auseinandersetzung um die Sachalin-Inseln (im Norden von Japan) haben eine weitere Komponente: China hat ebenfalls Ansprüche;

- Nordkorea mit dem atomaren Knowhow und der Bereitschaft, entsprechende Waffen einzusetzen, sowie die Mühe der USA und Südkoreas, das Regime aufzuweichen;

- die Straße von Taiwan wird als nationales Gewässer interpretiert; international aber wird sie als internationales Gewässer eingestuft;

- Taiwan und seine Rolle in der „Ein-China-Politik“;

- Ansprüche im Südchinesischen Meer;

- zwischen Indien und China gibt es noch offene Punkte betreffend den genauen Verlauf der Grenze am Himalaja;

- Tibet und andere Minderheiten (z.B. Uiguren);

- Spill-Over aus Pakistan und Afghanistan und die *Al Qaida*-Aktivitäten.

Zu diesen unmittelbar im Grenzgebiet situierten potenziellen Konfliktfeldern kommen noch weitere dazu:

- Chinas Handel mit Afrika,
- Piraterie im Indischen Ozean und im Südchinesischen Meer,
- sich aufbauende Konflikte in Zentralasien,
- internationale Kooperation.

Zuletzt bestehen im Inland weitere Herausforderungen:

- Ordnungsauftrag der Armee (in China auch im Inland),
- humanitäre Einsätze im Inland,
- Katastrophenhilfe im Inland,
- Minderheiten, Aufständische, separatistische Tendenzen,
- unerlaubte Volksbewegungen (Studenten für Demokratie, Proteste wegen Inflation, religiöse Gruppen usw.).

In diesem Spannungs- und Interessensfeld ist die Zusammenarbeit mit der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) intensiviert worden; die Organisation selber wird laufend erweitert. Zum einen soll die Organisation Ruhe und Frieden um China fördern, zum anderen, so das Kalkül, wenn es um das Land herum ruhig ist, lassen sich potenzielle Probleme im Inneren mit der guten Zusammenarbeit von KP, Polizei und PLA lösen.

In der SCO hat China sowohl einen Führungs- wie auch einen Befriedigungsanspruch, und genau deswegen befindet sich das Reich der Mitte in der Zwickmühle. Um dem Führungsanspruch gerecht zu werden, muss es bestimmt agieren und eine forsche Sicherheitspolitik wagen. Es muss den anderen Mitgliedstaaten klar machen, dass, so wie etwa die USA die NATO anführen, China die SCO-Länder anführt. Doch auch wenn der jetzige russische Premierminister anlässlich einer gemeinsamen SCO-Übung im August 2007 (damals noch als Präsident) die SCO als „zweiten Warschauer Pakt“ lobte, bleibt die Frage, ob der einstige Feind und jetzige Freund sich der chinesischen Führung unterordnen will. Für viele Mitgliedsländer selbst ist die SCO v.a. eine ebenfalls wirtschaftlich ausgerichtete Organisation, die Frieden, Stabilität und Entwicklung in Zentralasien fördert und in der der Aufbau militärischer Stärke kombiniert mit dem Importhunger und den anderen Ansprüchen Chinas Misstrauen wecken kann. Mit dem Wachstum Chinas und

dem damit einhergehenden bedeutenderen Führungsanspruch wirkt China destabilisierend und den Frieden gefährdend.

Wie oben erwähnt: Nach wie vor bestehen territoriale Konflikte zwischen China und den Nachbarstaaten. Dies trifft für Japan im Ostchinesischen Meer, für Indien und für verschiedene Staaten im Südchinesischen Meer zu. Trotz friedfertiger Verlautbarungen hält China an seinen territorialen Forderungen fest. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu Rohstoffen und Märkten. Durch die Straße von Malakka (die wiederum weder chinesisches Hoheitsgebiet noch ausreichend vor Piraterie und Terrorismus geschützt ist) erfolgen 80% des Rohölimportes von China. Aus diesem Grunde sind die chinesischen Führer bestrebt, das Pipelinesystem aus Zentralasien auszubauen. Dort greift die Volksrepublik in zum Teil noch ungelöste Konflikte ein, was wiederum dem Mandat der SCO widerspricht. Des Weiteren bemühen sich die Chinesen um eine Diversifikation der Energieimporte. Deshalb hat China langfristige Abkommen mit Angola, Tschad, Ägypten, Indonesien, dem Iran, Nigeria, Oman, Russland, Saudi-Arabien, Sudan und Venezuela abgeschlossen.

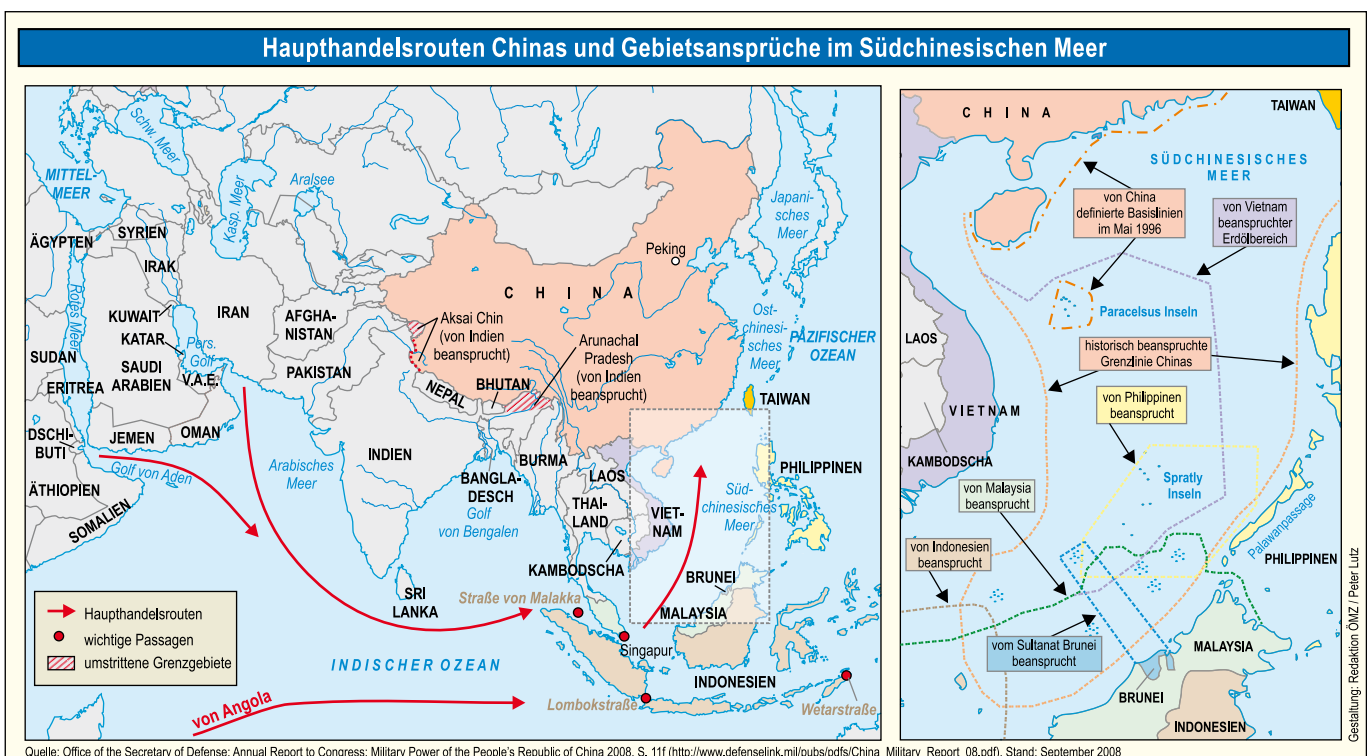
Diese Partner sind zum einen selbst nicht unbedingt zuverlässig und stabil, zum anderen größtenteils nicht SCO-Länder, ja sogar ihre Konkurrenten. Es ist interessant anzumerken, dass China die sicherheitspolitischen Querelen ausnahmslos mit seinen größten Handelspartnern hat.

Kurz gefasst also, China will - in eigenem Interesse - stabilisierend und friedensfördernd wirken, doch je stärker das Land aufrüstet, desto abschreckender wirkt es. Auf der anderen Seite, wenn es nicht stark genug ist, um den eigenen Führungsanspruch zu untermauern, verliert es an Gewicht und an Partnern.

Falls es zur Auseinandersetzung käme, was hat China militärisch aufzustellen? Oder anders gefragt: Welche militärischen Kräfte hat die PLA, um abschreckend genug zu sein?

### Militärausgaben und Ausrüstung

Informationen zu den militärischen Ausgaben Chinas sind viel transparenter geworden. Mittlerweile gibt die Volksrepublik bekannt, wie viel sie ausgibt. Sie ist aber immer noch zurückhaltend



Quelle: Office of the Secretary of Defense: Annual Report to Congress: Military Power of the People's Republic of China 2008, S. 11f ([http://www.defenselink.mil/pubs/pdfs/China\\_Military\\_Report\\_08.pdf](http://www.defenselink.mil/pubs/pdfs/China_Military_Report_08.pdf)), Stand: September 2008



betreffend konkrete Angaben zum Verwendungszweck sowie zum Anteil der militärischen Ausgaben am Staatshaushalt. Wenn China Rüstung kauft und militärische Ausgaben tätigt, gibt es immer verschiedene Arten, jene zu interpretieren, eine meistens US-amerikanisch geprägte westliche, und eine chinesische.

### Die westliche Sicht

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas stiegen auch seine Verteidigungsausgaben. Im Jahr 2007 stiegen sie um 17,8%, und machten bereits 45 Mrd. USD aus, so die offiziellen Quellen der Volksrepublik (inoffizielle Quellen und der amerikanische Nachrichtendienst schätzen die Ausgaben auf 85 bis 120 Mrd. USD). Chinas Modernisierung hat von Anfang an auch die Modernisierung von Verteidigung und Armee vorgesehen, was nicht nur logisch, sondern auch üblich ist. Die chinesische Regierung und das chinesische Militär haben noch einmal bekräftigt, dass China eine nicht-revisionistische, defensive Verteidigungspolitik verfolge. Die Modernisierung von Chinas Militär erfolge allein zum Zweck der so genannten Aufrechterhaltung von nationalem Frieden und Einheit und soll gewährleisten, dass im eigenen Land die Anstrengungen zum umfassenden Aufbau einer Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands reibungslos vonstatten gehen könnten. Falls sich jedoch die Provokation einer „Unabhängigkeit Taiwans“ einstellen sollte, wird die chinesische Regierung dies unter keinen Umständen hinnehmen. China rüstet sich nicht spezifisch für einen Krieg um Taiwan aus, aber das Land wird nicht zögern, die Insel anzugreifen, falls es einen solchen Schritt als notwendig ansieht.

Hinsichtlich der Militärtechnologie und des Niveaus der Modernisierung der Armee bestehen zwischen China und den USA sowie den europäischen Industriestaaten noch große Unterschiede. Manche US-Amerikaner sagen, dass China den USA 20 bis 30 Jahre hinterherbliebe, doch mit der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik gelinge die militärische Transformation. In der derzeitigen internationalen Situation wird China selbstverständlich den Abstand zu den anderen Ländern verringern und sich den Trends der neuen militärischen Entwicklungen in der Welt anpassen. Auch wenn China in rasantem Tempo aufrüstet und die gute Nummer zwei unter den Armeen auf der Welt ausmacht, ist die Nummer zwei noch weit hinter dem amerikanischen Entwicklungsstand. Außerdem ist der amerikanische Verteidigungshaushalt größer als der chinesische.

Mit den neuen Grundsätzen der Sicherheitspolitik hat auch die PLA einen Modernisierungsplan erhalten. Darin sind Ziele der Modernisierung der Streitkräfte verankert, die drei Entwicklungsschritte der PLA vorsehen: So soll bis 2010 die erste Ausbaustufe erreicht werden; bis 2020 sind weitere Entwicklungen geplant; und Mitte des 21. Jahrhunderts will China über digitalisierte Streitkräfte verfügen und Informationskriege gewinnen können.

Was das bedeuten könnte, präzisiert der vom US-Verteidigungsministerium erstellte Bericht „Quadrennial Defense Review“ (QDR) vom 6. Februar 2006 des ehemaligen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld an den US-Kongress. Ähnliche Aussagen sind in einem Report des *Congressional Research Service* vom 22. Jänner 2007 zu finden.

Gemäß dem Bericht befinden sich die chinesischen Streitkräfte im oben erwähnten Transformationsprozess. Dazu gehören Professionalisierung, verbesserte Ausbildung, realistische Übungen und die beschleunigte Beschaffung moderner Waffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wollen die chinesischen Führer Taiwan nur dazu zwingen, auf die Ausrufung der Unabhängigkeit zu verzichten. Offensichtlich

will China asymmetrische Strategien einsetzen. Seit der Analyse der Operation *Desert Storm* von 1991 versucht das Reich der Mitte kombinierte Übungen durchzuführen. Auch die chinesische Führung setzt auf integrierte Netzwerke mit C4ISR-Systemen. Aber in ihren Übungen sind immer noch gravierende Schwächen bezüglich kombinierter Operationen mit verschiedenen Teilstreitkräften feststellbar. Dass China den Einsatz seiner Streitkräfte mit Schwergewicht gegen Taiwan plant, ist eigentlich seit der Gründung der Volksrepublik eine Binsenwahrheit, doch die entsprechende operative Ausgestaltung verändert sich. Heute plane man eine nach vorne verlegte Stationierung chinesischer Kriegsschiffe in Kriegszeiten. Bis jetzt verlief die Linie dieser Stationierung beginnend von Japan aus, östlich von Taiwan bis in das Südchinesische Meer. Neu soll diese Linie beginnend südlich von Japan aus östlich von Guam bis nach Neu-Guinea verlaufen. Für das Erreichen einer solchen Einsatzfähigkeit müsste China aber mit seiner Kriegsmarine durch den Bau moderner Kriegsschiffe und der Einführung neuer Führungssysteme einen regelrechten weiten Sprung machen, von dem es aber immer noch sehr weit entfernt ist. Zumindest, wenn die offizielle Budgetzahl stimmt.

Die Waffen und Waffensysteme werden ebenfalls modernisiert. Dazu gehören ballistische Lenkwaffen, Luft-Boden-Lenkwaffen, Lenkwaffen gegen Kriegsschiffe, Lenkwaffen zur Radarbekämpfung, Präzisionsmunition der Artillerie, Raketensysteme und eventuell ein nationales Raketenabwehrsystem. Der größte Teil dieser Modernisierung geschieht mit der russischen Waffentechnologie. Dies trifft auch für das Aufklärungs- und Einsatzführungsflugzeug *IL-78/MIDAS* zu. Bis jetzt - und vermutlich auch in absehbarer Zeit - sind die *20 DF-5A (CSS-4 Mod 2)* die Basis des nuklearstrategischen Abschreckungspotenzials Chinas. Mit diesen können die Chinesen Ziele in den USA treffen. Im amerikanischen Bericht werden auch die *DF-31 (A)* und die neue U-Boot-gestützte ballistische Lenkwaffe *JL-2* erwähnt. Während über die Einsatzfähigkeit der Lenkwaffen *DF-31* in verschiedenen Berichten seit Jahren spekuliert wird, gibt es die *JL-2* als funktionsfähiges System noch nicht. Deshalb will die Volksrepublik dem riesigen nuklearstrategischen Potenzial der USA nicht nur ihre *20 DF-5A* gegenüberstellen, sondern, wenn möglich, die USA durch großzügige Abrüstungsangebote innenpolitisch unter Druck setzen. Interessant ist im Bericht die Diskussion über die Einsatzdoktrin des strategischen Nuklearpotenzials Chinas. Es ist durchaus denkbar, dass China aufgrund der Schwäche seiner konventionellen Abwehrfähigkeit gegenüber einer Macht wie den USA für sein Nuklearpotenzial eine Doktrin der *Counter attack in self defense* plant. Dies würde auch der gegenwärtigen russischen Doktrin des Einsatzes der Nuklearwaffen entsprechen. Man könnte dies auch als Doktrin des Präemptivschlags in Notwehr umschreiben. Die chinesische Erklärung des nuklearen „no first use“ kann in diesem Fall als Propaganda bezeichnet werden. Weitere Rüstungsanstrengungen unternimmt China in den Bereichen Aufklärung, Navigation - dazu dienen die chinesischen Investitionen in das russische System *Glonass* und in das System *Galileo* der EU -, der bemannten Raumfahrt, Kommunikation, der Satellitenbekämpfung (ASAT, Anti Satellite) und der *Information Warfare*. Offenbar ist China durch die Operation *Iraqi Freedom* beeindruckt worden. Des Weiteren soll sich die PLA für Angriffe auf Computer interessieren. Der wichtigste Aspekt für China ist sicher der geopolitische Wert von Taiwan beim Streben nach dem Status einer Groß- und einer Seemacht, v.a. im Südchinesischen Meer. Hierzu zitiert der amerikanische Bericht sicher zu Recht die chinesische Militärwissenschaft: „*If Taiwan should be alienated from the mainland, not only [would]*

*our natural maritime defense system lose its depth, opening a sea gateway to outside forces, but also a large area of water territory and rich resources of ocean resources would fall into the hands of others. ... [Our] line of foreign trade and transportation which is vital to China's opening up and economic development will be exposed to the surveillance and threats of separatists and enemy forces, and China will forever be locked to the west of the first chain of islands in the West Pacific.* “Die offiziellen Angaben über die Ausgaben für die chinesische Verteidigung werden bis heute in Frage gestellt. Peking gab am 4. März 2007 bekannt, dass das Verteidigungsbudget für 2007 ungefähr 45 Mrd. USD betragen würde. Der Nachrichtendienst der US-Streitkräfte, die *Defense Intelligence Agency* (DIA), schätzt das chinesische Verteidigungsbudget für 2007 auf 85 bis 125 Mrd. USD.

### Die chinesische Sicht

Auf der anderen Seite klingen die chinesischen Stellungnahmen viel versöhnlicher, doch auch sie bestätigen Zielsetzungen und Entwicklung. Die chinesischen Botschaften in Berlin und Bern ließen im August 2007 eine Erklärung zur „Maßvollen Modernisierung der chinesischen Armee“ veröffentlichen.

Der Bericht bestätigt das Ziel der Modernisierung, die er als notwendig tituliert. Ziel ist, bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die chinesische Armee zu einer informationstechnisch gut ausgestatteten Armee aufzubauen. China hat in den 2000er-Jahren die Ausgaben für die Landesverteidigung allmählich erhöht. Nach dem chinesischen Bericht dient dies sowohl als Subvention für den Aufbau der Landesverteidigung als auch für die finanzielle Unterstützung der Modernisierung des Aufbaus und der Struktur der Armee. Der chinesische

Bericht gibt zu, dass die steigenden Militärausgaben besonders in der jüngsten Vergangenheit vom Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Von 1990 bis 2005 seien die militärischen Ausgaben des Landes jährlich durchschnittlich um 9,64% gestiegen, sagte der Wissenschaftsrat der strategischen Forschungsabteilung der Akademie der Militärwissenschaft der PLA, Chen Zhou. Dieses Wachstum sei lediglich eine unterstützende Erhöhung gewesen. Verglichen mit den Militärausgaben anderer Länder seien Chinas Ausgaben eher niedrig. Im Jahre 2006 hätten die Militärausgaben Chinas zirka 36 Mrd. USD betragen. Dies seien lediglich 7,9% der Rüstungsausgaben der USA im gleichen Zeitraum. China fördere derzeit mit allen Mitteln eine Modernisierung der Struktur der Armee, sagte der Wissenschaftsrat der Forschungsabteilung für den Armeeaufbau von der Akademie der Militärwissenschaft der PLA, Yu Chuanxin. Die PLA müsse zukünftig in der Lage sein, im Kriegsfall auch in der Informationstechnik gewinnen zu können. Das heißt konkret, in einem Erststreich die gegnerischen Informatik- und elektronischen Systeme zu infiltrieren, Informationsflüsse lahm zu legen und im Idealfall Datenflussprogramme zu zerstören.

*„Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter der Informationstechnik. Es ist das Ziel unserer Armee, im Kriegsfall auch in der Informationstechnik gewinnen zu können. Es ist ein Ziel, das auch andere Länder anstreben. Ohne eine informationstechnisch hochwertig ausgestattete Armee kann dieses Ziel nicht realisiert werden. Zurzeit besteht zwischen unserer Armee und den Armeen der entwickelten Länder in der militärischen Technik bereits eine Kluft“,* so Yu. Zur Modernisierung des Aufbaus und der Struktur der Armee gehörten u.a. die Entwicklung moderner militärischer Technik, eine Erneuerung von Waffen und Ausstattung sowie die Erneuerung der militärischen Ausrichtung, betonte der Wissenschaftler. Insbesondere sei der Aufbau informationstechnischer Infrastruktur nötig. Derartige Maßnahmen würden die Qualität der Armee erhöhen, und die Sollstärke der Armee könnte den veränderten Anforderungen angepasst werden.

## Bild nur im Heft verfügbar

Bis zum Jahr 2050 wollen sich die chinesischen Streitkräfte im Bereich der Informationstechnologie entscheidende Vorteile gegenüber anderen Armeen verschaffen (im Bild: Soldaten der Fernmeldetruppe führen Erprobungen eines neuen Satelliten durch).

Chinas Bemühungen um den Aufbau einer modernen Armee bedeuten jedoch nicht, dass China wie einige Großmächte nach Außen expandieren wolle, sagte der Wissenschaftsrat Chen Zhou: *„Ob ein Land nach Außen expandieren oder sogar einen Krieg entfesseln will, erkennt man einerseits an seiner Stärke, insbesondere seiner militärischen Stärke. Andererseits zeigen die Innen- und Außenpolitik eines Landes, insbesondere natürlich die Verteidigungspolitik, die Expansionsabsichten eines Landes sehr deutlich. Zurzeit ist China nur ein Entwicklungsland. Es ist nicht in der Lage und beabsichtigt auch nicht, einen größeren Anteil seiner begrenzten Finanzressourcen für militärische Ausrüstung bereitzustellen oder einen Rüstungswettlauf mit anderen Ländern zu beginnen. China strebt weder regionale noch globale Hegemonie aufgrund seiner Militärstärke an. Auch wenn China eines Tages stark und dazu fähig sein wird, China wird es auch dann nicht wollen oder tun.“*

China verfolge eine defensive Verteidigungspolitik, so Chen Zhou weiter. Das heißt, die chinesische Verteidigung und damit auch die Militärausgaben bezögen sich auf eine eventuell notwendige Verteidigung des chinesischen Territoriums und keinesfalls auf eine

Expansion nach Außen. China mache sich von keiner Großmacht abhängig und schließe auch kein Bündnis mit irgendeiner Großmacht. China werde seine Armee dem Bedarf der Staatssicherheit entsprechend entwickeln und die finanziellen Möglichkeiten des Landes keinesfalls überfordern.

Unabhängig von den Divergenzen beider Sichtweisen stimmt der Trend Modernisierung und Ausbau. Der weiter oben zitierte Admiral McWadden fasst diese Diskussion zusammen: „*Hegemonic or not hegemonic: today, China has a blue water navy and the second largest army in the world.*“ Es gibt Bedrohungsszenarien, die, wie oben geschildert, den Ausbau und die Modernisierung der PLA rechtfertigen. Doch gibt es auch andere Kräfte, die jene Entwicklungen stark vorantreiben?

## Handel, Energie und Sicherheitspolitik

Trotz aller Friedensbekundungen: Was will China mit der Marine und der Armee? Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Streitkräfte auf einen Krieg vorbereiten, es ist aber sehr wohl im Interesse Chinas eine abschreckende Macht aufzubauen. Sie soll zum einen Chinas wirtschaftliche Position auf dem Weltparkett sicherheitspolitisch und strategisch unterstreichen; sie soll zum anderen den chinesischen Handel schützen.

Sicherheitspolitik folgt der Handelspolitik. Der immer größer werdende Energieimport aus Zentralasien macht es auch notwendig, jene Länder sicherheitspolitisch abzudecken, was mit dem Shanghaier Abkommen und der *Shanghai Cooperation Organisation* gut gelungen ist. Schwieriger sind die Ansprüche in Afrika. China hat weder Grenzen mit Afrika, noch verfügt das Reich der Mitte über direkte Seewege. Der Handel mit Afrika hat zwei ernstzunehmende Hürden: zum einen das Südchinesische Meer, zum anderen den Indischen Ozean. Im Folgenden sollen wirtschaftliche Treiber für die militärische Expansion Chinas diskutiert werden. Hier werden Afrika, der Indische Ozean und Zentralasien erläutert.

### Afrika

Welche Bedeutung hat Afrika für China? Anders als die gängige Meinung ist der schwarze Kontinent ein wichtiger Rohstofflieferant und ein potenzieller Kunde Chinas. Es geht nicht nur um „Scheckbuchdiplomatie“, es geht darum, sich nach dem US-Beispiel in Lateinamerika, sowohl Beschaffungs- wie auch künftige Absatzmärkte zu sichern. In einem zweiten Schritt geht es auch um eine solide Unterstützung chinesischer Interessen in der UNO-Vollversammlung und den diversen Kommissionen. Die afrikanischen Staaten werden auch in die sicherheitspolitischen Erwägungen des Reichs der Mitte einbezogen.

Um die Wichtigkeit dieses Kontinents deutlich zu machen, führe man sich nur die letzte Reise Hu Jintaos vor Augen. Die Ergebnisse der Afrikareise Hus lassen sich für die einzelnen Länder (in der Reihenfolge des Reiseablaufs) in folgenden Punkten zusammenfassen:<sup>1)</sup>

Kamerun: Das wirtschaftliche Interesse Chinas konzentriert sich v.a. auf den Agrarsektor und auf die mineralischen Ressourcen dieses Landes. Bilaterale Abkommen wurden über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit und Bildung getroffen. Hu Jintao sicherte Kamerun einen Kredit in Höhe von 45 Mio. USD für Telekommunikationsprojekte zu.

Liberia: Mit Liberia wurden sieben Abkommen unterzeichnet, die u.a. eine Ausweitung der Exporte nach China und die Bereitstellung technischer und wirtschaftlicher Hilfe umfassen. China versprach die Unterstützung der liberianischen Radioanstalten, den

Bau von drei gebührenfreien Schulen und Hilfe beim Ausbau des Straßennetzes. Auch Liberia wurde ein Teil der Schulden erlassen, und zwar 10% der Gesamtschulden gegenüber China, die rd. 50 Mio. USD betragen sollen.

Sudan: Mit dem Sudan verbindet China eine enge Kooperation im Bereich des Energiesektors. Sieben bilaterale Abkommen wurden mit dem Sudan ausgehandelt, die den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit fördern sollen. Zwei Kredite, und zwar ein zinsfreier Kredit über 12,8 Mio. USD sowie ein Kredit in Höhe von 5,1 Mio. USD, erhält der Sudan für verschiedene Entwicklungsprojekte. Zwar konzentrierten sich auch im Sudan die Gespräche auf wirtschaftliche Aspekte, doch Hu forderte die sudanische Regierung ebenfalls auf, der UNO neben der Afrikanischen Union eine wichtigere Rolle bei der Lösung der Darfur-Krise einzuräumen.

Sambia: Mit Sambia, das reiche Kupfervorkommen besitzt, schloss China ebenfalls acht Kooperationsabkommen ab. Als drittgrößter Investor ist China schon in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation, Infrastruktur, Bergbau und Finanzsektor engagiert. Von den neuen Investitionen in Höhe von rd. 800 Mio. USD sind 396 Mio. USD für die Modernisierung eines großen Elektrizitätswerkes und der ländlichen Telekommunikationsinfrastruktur bestimmt. Während des Besuches ging es auch um den Aufbau der ersten von drei bis fünf Freihandelszonen.

Namibia: Das Land ist wegen seiner reichen Gasreserven und Uranvorkommen attraktiv für China; von den 15 Explorationslizenzen hat ein chinesisches Unternehmen vor kurzem eine erwerben können. Während des Staatsbesuches unterzeichnete Hu Jintao sechs Verträge über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit, Ausbildung von Fachkräften, Bildung und Tourismus. Namibia wurde ein Konzessionskredit über 139,4 Mio. USD mit einer Laufzeit bis 2010 eingeräumt und ein Kreditrahmen in Höhe von 100 Mio. USD für den Kauf chinesischer Produkte, Ausrüstungen und Dienstleistungen angeboten.

Südafrika: Während des Staatsbesuches wurden sieben Abkommen getroffen, die sich auf die Ausweitung des bilateralen Außenhandels, auf die Zusammenarbeit im Rohstoff- und Energiesektor sowie auf die allgemeine wirtschaftliche und technische Kooperation beziehen. Im Rahmen der *Accelerated and Shared Growth Initiative for South Africa* (ASGISA) wird China ein Zentrum für Agrartechnologie und ein Berufsausbildungszentrum aufbauen.

Seychellen: Auf der letzten Station seines Afrikabesuches schloss Hu mit dem Staatsoberhaupt der Seychellen fünf bilaterale Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie zu Bildung, Investitionen, Tourismus, Fischerei und Ausbildung ab. Hu sprach sich für mehr chinesische Investitionen in der Infrastruktur, der Telekommunikation, im Hotelgewerbe und Entrepot-Handel aus.

Anhand der Ergebnisse dieser Reise ist es ebenfalls interessant anzumerken, wie die Gleichung „Waffen für Öl“ nicht aufgeht. Hu hat keine Waffenverkäufe vorangetrieben, einige sogar zurückgenommen und wenige Öl fördernde Länder besucht. China ist in keinem Ölstaat aufgrund seiner Energieinteressen zum bedeutendsten Waffenlieferanten geworden.

### Der Indische Ozean und das Südchinesische Meer

So stark diese Interessen sind, es fehlt an einem zuverlässigen Handelsweg zwischen Afrika und China. Die derzeitige Handelsroute führt über den Indischen Ozean und über die Straße von Malakka in das Südchinesische Meer. Das Problem dieser Route ist, dass es sich um die zwei wichtigsten Schauplätze der Hochseepiraterie

weltweit handelt. Südostasien führte die weltweite Statistik 2007 an: über 80, davon 15 Chittagong in Bangladesch und 13 in Dumai. Das Horn von Afrika ist an zweiter Stelle platziert mit über 53 Überfällen, elf davon in Daresalam. (Der Golf von Guinea kommt mit ebenfalls 53 Überfällen an dritter Stelle - 25 alleine in Lagos - und Südamerika an die vierte mit 17 Vorkommnissen, Guyana und Callao als die gefährlichsten Häfen mit je fünf Überfällen.)

Das Südchinesische Meer ist bis dato Einflussgebiet und unter der Hoheit der ASEAN-Länder, doch als wichtigste Handelsstraße nach Asien, als geografische Ausrichtung Taiwans und als Becken der mutmaßlich viertgrößten Ölreserve der Welt hat es genug Potenzial, chinesische Interessen auf das einstige Einflussgebiet zu fokussieren.

## Bild nur im Heft verfügbar

Immer wieder demonstrieren Indien und China bei Militärparaden ihre militärische Macht. Die indische Armee steht dabei seinem Nachbarn um nichts nach und verfügt seit 1974 inoffiziell über Nuklearwaffen (im Bild: Mittelstreckenraketen vom Typ *Akash*, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden können).

Chinas Ansprüche im Südchinesischen Meer kollidieren mit vielen anderen Interessen. Nach den Angaben des „CIA World Factbook“ ist die Volksrepublik die treibende Kraft im langen Streit um die dort situierten Inseln und damit einhergehend um die Meeresgebiete und Wegrechte. Die umkämpften Inseln sind zum einen die Spratly-Gruppe etwa in der Mitte des Südchinesischen Meeres, mit weniger als fünf Quadratkilometer Land und sehr dünn besiedelt, und die Paracelsus-Inseln, sehr nahe an Taiwan, mit einer Küstenlänge von 518 km.

China baut auf beiden Inselgruppen die Militärpräsenz aus. Auf den Paracelen, um den Druck auf Taiwan zu erhöhen; auf den Spratlys, um den Druck auf die anderen Länder zu halten. Es sind vier Gründe, die Chinas Interessen im Südchinesischen Meer vorantreiben. Zum einen die Fischbestände als Nahrungsmittelressource (die aber abnehmend sind), zum anderen sind diese Inseln wichtige Knotenpunkte und Passagen für den internationalen Schiffsverkehr; und zum dritten geht es um vermutete Ölfelder, die das weltweit viertgrößte Vorkommen an Erdöl und Erdgas beherbergen, und zuletzt geht es um die Vormachtstellung Chinas in Asien.

Für Taiwan sind die Inseln militärstrategisch und energietechnisch bedeutend. Die Republik China (Taiwan) unterhält eine

militärische Basis auf der Insel Taiping (Spartly) und hat auch bereits Gefechte um die Vorherrschaft auf den Inseln geführt und gewonnen. Neben Taiwan ist Vietnam der andere Antagonist Chinas in der Frage der Inseln. Die Philippinen erheben ebenfalls Anspruch v.a. auf die Spratly-Inseln. Ihre Gründe sind neben der Energie der Tourismus. Malaysia und Brunei beanspruchen ebenso einige Spratly-Inseln.

Das Reich der Mitte leitet die Ansprüche auf das südchinesische Meer aus der eigenen Geschichte ab. In der langjährigen Historie des Kaiserreiches ist dieses Seegebiet tatsächlich Hoheitsgebiet Chinas gewesen. Doch nach der kommunistischen Revolution und in den Verhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Volksrepublik weder Anspruch angemeldet noch etwas gegen vietnamesische

Ansprüche getan. Die Bewegung der letzten Jahre ist zumindest für die Dauer der Volksrepublik neu. China rechnet sich gute Chancen im südchinesischen Meer aus, weil dort keine andere strategisch entscheidende Macht ist; die Lage im Indischen Ozean ist doch anders.

Die Ausdehnung nach Afrika und im Indischen Ozean, wo China bereits Handelshäfen in Pakistan einrichtet (die auch militärische Schiffe beherbergen können), ruft die andere regionale Macht zur Wachsamkeit. Indien selbst hat bereits angefangen, die Marine auszubauen und in Afrika neue Kontakte zu knüpfen. Indien und Afrika haben noch aus der britischen Zeit enge Beziehungen, auch nachher sind von Neu-Delhi aus schon viele afrikanische Staaten unterstützt worden. Beide haben dieselben Feinde, nämlich Armut und Unterentwicklung, was wiederum auch ein Potenzial für Kooperation ist. Afrika ist als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Indiens auf Kaufkraftschwache ausgerichtete Produkte

interessant. Der Handel zwischen Indien und Afrika beträgt heute (Mai 2008) 25 Mrd. USD, fünfmal mehr als vor fünf Jahren, aber immer noch die Hälfte des sino-afrikanischen Volumens.

Beunruhigender ist der militärische Sachverhalt. Zum einen sind China und Indien weder alliiert noch befreundet. Ruhende Grenzkonflikte, die indische Unterstützung des Dalai Lamas, der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen beiden, indische Ambitionen und Interessen in Zentralasien und die neu entdeckte Freundschaft zwischen Indien und den USA treiben beide regionale Mächte auseinander. Die indische Armee ist zwar kleiner und weniger modern als die chinesische, dennoch verfügt auch sie über nukleare Macht. Indiens Armee ist insofern aggressionserprobter als die PLA, als sie schon öfters und erfolgreich in kämpferischen Handlungen eingesetzt wurde.

Die indische Marine beobachtet sehr exakt, wie sich die chinesische im Indischen Ozean bewegt, wie Handelshäfen in Pakistan und Bangladesch eventuell zu militärischen Stützpunkten ausgebaut werden und wie U-Boote und andere Schiffe entwickelt werden. Indien hat ebenfalls ein Marinerrüstungsprogramm gestartet und erhofft sich, bis zum Jahre 2020 etwa so stark wie die chinesische Marine zu werden.

Auf diplomatischer Ebene lenkt Indien, ebenso wie der große Konkurrent, seinen neuen Schwerpunkt auf Zentralasien.

### Russland, Iran und Pipelines

Ohne Frage ist Zentralasien für China ein wichtiges ökonomisches und strategisches Feld. Auf der einen Seite hat sich China mit dem SCO-Kooperationsabkommen eine nachhaltig gute Lage in der Region gesichert, doch auf der anderen Seite ist der Wettbewerb um Einfluss größer als in der Pazifikregion. Im pazifischen Raum ist China klar hinter den USA die zweite, aber in Asien die erste Macht, in Zentralasien ist die Stellung der einzelnen Länder unklar. Russland, Indien und China bemühen sich etwa gleich intensiv um Präsenz, Partnerschaft und Führung. Der Iran hat ebenfalls eindeutige Ansprüche. Selbst Kasachstan will sich als Leader etablieren.

Auf diplomatischer Ebene sichern sich diese Länder Freundschaft zu, arbeiten in bestimmten wirtschaftlichen Sachthemen zusammen und haben umfangreiche Handelsabkommen. Zentralasien hat für China eine doppelte Bedeutung. Zum einen kann diese Region die Volksrepublik besser mit natürlichen Ressourcen versorgen als Afrika und Lateinamerika, da sie näher ist, keine logistischen Umladungsvorgänge (Pipeline-Schiff-Pipeline) erfordert und mit einem noch zu bauenden Pipelinesystem direkt an das Reich der Mitte liefern könnte. Gleichzeitig sind stabile zentralasiatische Länder für die innere Ruhe Chinas von Bedeutung. Das heißt: keine terroristischen „Spin-Offs“ zu befürchten und keine Unterstützung für „widerspenstige“ Minderheiten, jedoch eine bessere Grenzkontrolle, die wiederum den Waffenschmuggel eindämmt.

Die Grenzsicherung und der Schutz vor terroristischen Aktivitäten bilden ebenfalls das nahe liegende militärische Interesse der Volksrepublik. Wie im Laufe dieses Kapitels bereits dargelegt, hat die PLA auch den Auftrag, die Ressourcenwege zu sichern. Je wichtiger Zentralasien als Ressourcen- und Energielieferant wird, desto stärker rückt die Region in den Fokus der PLA. Auf der anderen Seite ist die militärische Präsenz Chinas ein Faktor mehr für die Aufrüstung der anderen Länder. Von den vorher erwähnten Nationen sind drei Nuklearmächte, und zwei (Iran und Kasachstan) verfügen bald oder de facto ebenfalls über nukleare Technologie und Sprengköpfe.

Nicht von ungefähr werden chinesische Raketenstandorte immer weiter nach Westen in die Mitte des Landes verschoben. Von dort aus könnten Raketen sowohl den heute als Primärraum geltenden Pazifik erreichen, aber ebenso gut Indien, Russland oder Iran. China erwägt laut Angaben des Volkskongresses ebenfalls die Installation eines Raketenabwehrsystems in den nächsten Jahren. Natürlich wäre die primäre Ausrichtung der Pazifik, doch sollte die Abwehr ebenso nach Westen hin ausgerichtet werden.

Für die PLA zeichnen sich zwei weitere bedenkliche Entwicklungen ab. Indien unterstützt die tibetische „Exilregierung“ aktiv. Das ist insofern bekannt, als diverse militärische und diplomatische Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden. Doch der Iran hat in den letzten Jahren angefangen, die moslemischen Uiguren in China zu unterstützen. Für diese Sunniten ist die Wallfahrt nach Mekka besonders schwierig. Iranische Behörden unterstützen die Pilger auf ihrem Weg und versorgen sie mit Informationen. Die Hadschis gewordenen Uiguren kehren heim, verbreiten die religiös-politische Botschaft und erzeugen somit weitere potenzielle Instabilität in China.

Zuletzt ist unklar, wie lange die chinesisch-russische Freundschaft dauern wird. Beide Länder haben einen ähnlich orientierten Führungsanspruch und wollen auf der gleichen vergangenen

Größe aufbauen. Russland reagiert ähnlich unzufrieden, wenn zentralasiatische Länder bilateral mit China Verträge abschließen, wie wenn Länder im Kaukasus sich Europa nähern. Der russischen Staatsführung ist ebenso klar, dass ihre asiatischen Bevölkerungsteile stark China-orientiert sind und von der Wirtschaft der Volksrepublik mehr profitieren als vom Öl der Föderation. Auch wenn sich Russland wegen des internationalen Ölmarktes erstarkt fühlt, ist seine Wirtschaft der chinesischen weit unterlegen: Sie ist weder groß noch wachsend, international wenig bedeutend und schafft es nicht, nachhaltige Impulse zu liefern. So gut die Wirtschaft der Volksrepublik dasteht, bekundet China Mühe mit den russischen Aspirationen in den nordischen Gewässern rund um den Nordpol und im Norden von Japan. Die Kooperationen des nördlichen Nachbarn mit ASEAN-Ländern wie Malaysia und Indonesien sind für China ähnliche Herausforderungen wie jene der Volksrepublik in Zentralasien.

Interessanterweise behält die Diplomatie die Oberhand im sino-russischen Verhältnis. Die PLA hat den nördlichen Gegenpart noch nicht getestet und verhält sich sehr bedeckt in diesem Verhältnis. Über die Gründe dafür gibt es nur Mutmaßungen. Ma Xuewen, Professor an der Universität Peking, konnte sie nur mit einem Bonmot andeuten. Wenn man nicht wisse, wie groß und stark der Gegner ist, verhandelt man lieber mit ihm (bis man die notwendigen Informationen hat). D.h., die beiden Armeen, die relativ intransparent Informationen über ihre Stärke und Modernität geben, halten das Gleichgewicht der Desinformation.

Es sind viele Faktoren, die die militärische Modernisierung und Expansion Chinas vorantreiben. In diesem Kapitel sind einige v.a. wirtschaftlich bedingte Erklärungen gegeben worden. Gleichwohl ist die militärische Erstarkung Chinas immer Hand in Hand mit den diplomatischen Bemühungen des Landes zu sehen. Es bleibt die letzte Frage: Halten beide die Balance?

### Statt einer Folgerung: Alternativen

Es scheint nun angebracht zu fragen, welche Alternativen für die Zukunft von Chinas militärischer Politik bestehen.

Die Akteure, einige davon Alliierte, andere Gegenspieler, noch andere mit unklaren Positionen sind das Reich der Mitte selber, die SCO, die ASEAN-Länder, aber auch die USA mit ihrer strategischen Präsenz und Indien und Japan, die nicht nur ihre diplomatischen Bemühungen intensivieren, sondern auch ihre Armeen modernisieren und vergrößern. Dagegen stehen die übergreifenden Interessen der Volksrepublik:

- a) Pax Sinica: Führungsmacht und Gestalter im Pazifik, in Zentralasien und Afrika;
- b) Sicherheit: Souveränität und Machtprojektion durch militärische Abschreckung;
- c) Wirtschaft: Modernisierung und Integration des Weltmarktes.

Diese Interessen kollidieren zuweilen mit anderen Faktoren, so der Reduktion des Einflusses externer Großmächte durch Dominanz in der bilateralen Kooperation oder der Durchsetzung des Status des Südchinesischen Meeres als Binnenmeer und Sicherung der Südgrenze im Kontrast zu den Ambitionen diverser ASEAN-Länder. Hier dürfte es sich auch um die Sicherung des Handels und die Gewinnung natürlicher Ressourcen handeln. Stärker militärisch ausgerichtet ist die Kontrolle der angrenzenden Seewege und Machtprojektion Richtung Malakka-Straße und damit einhergehend die Durchsetzung der „Ein-China“-Politik und Unterbindung von Aufmarschmöglichkeiten in Taiwan. Auch hier sind möglicher-

weise wieder ASEAN-Länder nicht einverstanden; Taiwan bleibt ein enger Freund Singapurs, des regionalen Finanzzentrums und einer unmittelbar an der Straße von Malakka präsenten Macht und ein Alliiertes der USA.

Welche Handlungsalternativen, Optionen, hat die Volksrepublik? Sie hat sowohl diplomatische wie auch militärische. Diplomatisch könnte sie eine taktische Kooperation mit den USA eingehen. Sie könnte ebenfalls eine Partnerschaft mit den USA-Kritikern eingehen, das ist der Weg, den China in den letzten Monaten mit dem SCO und Russland gegangen ist. Denkbar wäre auch, statt sich mit oder gegen die USA aufzustellen, eine mittlere Position einzunehmen und zu versuchen, USA-Unterstützer (bspw. Mongolei, Singapur, Philip-

selber. Die KP hat einen unausgesprochenen Pakt mit dem Volk. Sie behält die politische Macht, aber treibt die Entwicklung des Landes voran, was die direkte Bereicherung des Volkes bedeuten sollte. Daher auch die extreme Priorität der Politik, Ruhe und Ordnung im Inland zu wahren. Der politischen Führung ist klar, dass, sollten die 1,3 Mrd. Menschen unruhig werden, sie unaufhaltsam sind, also riskiert sie es nicht, das Volk insgesamt zu beunruhigen. Die Partei ist nicht einmal an unkontrolliertem Nationalismus interessiert, denn auch hier werden die Emotionen des Volkes angeheizt, und wenn sie einmal angeheizt sind, ist es sehr schwierig, sie zu kontrollieren. Es gibt keine Garantien, dass ein nationaler Freudentaumel sich nicht gegen die Partei wendet.

Für die Volksrepublik käme ein Konflikt mit den USA zum derzeitigen Stand zu früh: China ist dafür sowohl qualitativ wie auch quantitativ militärisch zu rückständig. Dazu kommt die noch vorhandene Abhängigkeit Chinas von der Entwicklungsökonomik; ein Konflikt würde die Modernisierung des Landes behindern. Also bleiben der Volksrepublik zwei Leitideen in der konkreten Ausarbeitung der Sicherheitspolitik:

1. Zur Umsetzung langfristiger Interessen benötigt China konfrontative Potenziale, die es sowohl offensiv als auch defensiv einsetzen kann.
2. Um die ökonomische und militärische Lücke zu den USA zu verringern, benötigt China Zeit und damit ein kooperatives Umfeld.

Insofern kann es sich nicht um eine Spannung zwischen Diplomatie und Militär handeln, sondern beide müssen sich ergänzen. Wenn sich beide nicht gegenseitig zuspielden, werden peinliche Vorfälle wie der mit der *Kitty Hawk* öfters vorkommen. Diese Vorfälle sind höchstens geeignet, Chinas Willen zur Entwicklung wie auch die militärische Planung lächerlich zu machen und zu unterminieren. Damit erreicht die Volksrepublik das Gegenteil von dem, was sie will. *Kitty Hawk* war

exakt die Lektion, aus der China lernen muss, dass Diplomatie und Militär zusammenspielen.

Was bleibt für den Westen? Die Erkenntnis, die weder neu noch revolutionär, dafür wirksam ist: Konfliktpotenziale können auch ein Grund für Kooperation sein. ■

ANMERKUNG:

1) Hannah Edinger: In Hu's Agenda. In: The China Monitor, Issue 15, Februar 2007, S.4-9. Herman 2007: S.10-12.

### Dr. Henrique Schneider

Geb. 1977; Fachoffizier (OF-2); 1997-2004 Studium der Philosophie und Wirtschaftswissenschaften Hagen, St. Gallen, Konstanz und Boston; 2002-2006 Dozent für Volkswirtschaftslehre an diversen (FachHoch)-Schulen in der Schweiz, den USA und China; seit Mitte 2006 in der Unternehmensberatung in Österreich, Schweiz und China tätig; 2007 Militärische Auslandsverwendung Press and Information Officer, SWISSCOY 16; Publikationen und Forschungsobjekte: China (allzweimonatliche Artikel, die in China veröffentlicht werden), Corporate Performance Management, Interkulturelles Management.

## Bild nur im Heft verfügbar

Welchen Weg China in der Sicherheitspolitik künftig gehen wird, ist noch ungewiss. Es bedarf jedoch vermehrt des Zusammenspiels von Diplomatie und Militär (im Bild: Soldaten der chinesischen Armee sorgen während der Olympischen Spiele für die Sicherheit innerhalb des Landes).

pinen, Australien) als Partner zu gewinnen und sich als zweite Säule zu profilieren. Langfristig könnte sich China als Ablösung der USA positionieren wollen, ohne den direkten Konflikt zu wagen. Mehr noch, die amerikanischen Alliierten wären nun Alliierte beider.

Auf militärischer Ebene könnte sich China als Gegenmacht zu etablieren versuchen, was aber möglicherweise nicht gelingen würde, da die USA militärisch noch weit überlegen sind, mehr Partner haben und besser rüsten können. Die Volksrepublik scheint den Weg der unorthodoxen asymmetrischen Kriegsführung zu gehen, indem sie regelmäßig die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik testet (*Kitty Hawk*, Taiwan, Manöver). Letztlich scheint China jenen Weg mit einer strategischen Aufrüstung zu kombinieren.

Und dennoch ist die Volksrepublik nicht frei in ihrer Entwicklung, denn ebenso, wie sie wächst, wachsen vier bedeutende Mächte mit ihr: Japan, Indien, Russland und die USA. Taiwan und Nordkorea bleiben wichtige Felder, in denen die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik von diesen Mächten getestet werden, nicht immer mit Erfolg für China. Indien hat eine aggressive Zentralasien-Politik und eine neu entdeckte Liebe für Afrika. Japan entwickelt ein eigenes nationales Raketenabwehrsystem und die USA haben wichtige Verbündete in Zentralasien neu gewonnen.

Doch die stärksten Nebenbedingungen (und Hemmungen) einer militärischen Expansion Chinas liegen im Inneren der Volksrepublik

# Was habt Ihr Euch dabei gedacht?

## Europäische Sicherheit im Zeichen von Klimawandel und Wasserstress

Wilhelm Sager

Gerade einmal anderthalb Jahrzehnte ist es her, da trafen sich Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro zum „Erdgipfel“, von dem man sich versprach, dass von dort Visionen für eine friedliche und gerechte Zukunft ihren Ausgang nehmen würden.

Die Ernüchterung folgte jedoch schnell. Weder die Zusagen der Industrieländer, „sobald wie möglich“ 0,7% ihrer Bruttosozialprodukte für Entwicklungsprojekte bereitzustellen, wurden eingelöst, noch schränkte man sich beim Raubbau an der Umwelt wesentlich ein, geschweige denn, dass man den Ausstoß klimaschädlicher Gase weltweit verringert hätte. Im Gegenteil, die Emission steigt mit wachsendem Tempo.

Die Folgen sind kaum noch wegzudiskutieren. Anzeichen eines vor sich gehenden Klimawandels sind überall erkennbar. Die Polkappen und Gletscher schmelzen ab, Meere erwärmen sich und steigen an, Extremwetterlagen nehmen weltweit zu.

All das sind keine Horrorszenerarien irgendwelcher „Ökospieler“, sondern für jedermann erkennbare Realitäten.

### Planet im Fieber

Weitgehend unbestritten ist, dass es in vielen Weltregionen künftig vermehrt Dürren geben wird, Niederschläge sich verändern werden und zurückgehende Schmelzwasserabflüsse von Schneefall und Gletschern gravierenden Einfluss auf Flüsse, Seen und Grundwasserspeicher haben werden.

Schon im 20. Jahrhundert verzeichnete man einen Temperaturanstieg von durchschnittlich 0,6° Celsius. Für das 21. Jahrhundert gehen die Meinungen auseinander. Zwischen 1,5 und 5,8° Celsius könnte der Anstieg nach Meinung von Klimaforschern liegen.<sup>1)</sup>

Das aber dürfte für viele Regionen der Welt schwerwiegende klimatische Veränderungen mit sich bringen. Experten gehen davon aus, dass

- es in den nördlichen Regionen Europas und Nordamerikas zu einem Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen kommt,

- sich die Niederschlagsmengen vieler Weltregionen stark verändern werden, sie entweder ausbleiben oder auch vermehrt als Starkregen fallen,

- Polkappen und Gletscher weiter abschmelzen,

- sich die Meeresströmungen ändern könnten,

- extreme Wetterlagen zunehmen werden,

- sich die Meere erwärmen und die Meeresspiegel ansteigen könnten.

Insbesondere die zu erwartenden Veränderungen in der Niederschlagsverteilung mit Dürregefahren zum einen und wachsenden Hochwasserrisiken zum anderen könnten nachhaltige Folgen weltweit haben und u.a. dazu führen, dass

- weite Teile Nordamerikas als herausragendes Getreideanbaugebiet ausfallen,

- landwirtschaftlich genutzte Flächen u.a. in Südeuropa (Spanien, das südliche Frankreich, Italien, Griechenland) ebenso wie Regionen in Osteuropa wesentliche Ernteeinbußen verzeichnen werden,

- die gesamte MENA-Region noch weniger als bislang schon in der Lage sein wird, ihre Bewohner ausreichend zu ernähren,

- wichtige Getreideanbauflächen in China und Indien wegen massiver Wasserprobleme nicht mehr so ertragreich sein werden wie bisher und dass diese Länder ihre Getreidedefizite durch Importe werden ausgleichen müssen,

- sich in Süd- und Mittelamerika der Regenwald weiter zurückzieht und darüber hinaus auch landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren gehen könnten.

## Bild nur im Heft verfügbar

Die globale Erwärmung auf unserem Planeten wird von Experten als Sicherheitsrisiko der Zukunft bezeichnet (im Bild: ein riesiger Eisblock treibt auf die Küste Südamerikas zu).

Darüber hinaus sind zunehmend Extremwetterlagen wie Starkregen, Stürme, Hitzewellen und Überschwemmungen zu befürchten, die auch hoch zivilisierte, komplexe Gesellschaften vor erhebliche Probleme stellen werden. Das Beispiel des Hurrikans „Katrina“ im August 2005 hat gezeigt, dass selbst ein Land wie die USA durch solche Ereignisse mit sozialen Unruhen und Spannungen konfrontiert werden kann und sich schwer tut, die Probleme schnell

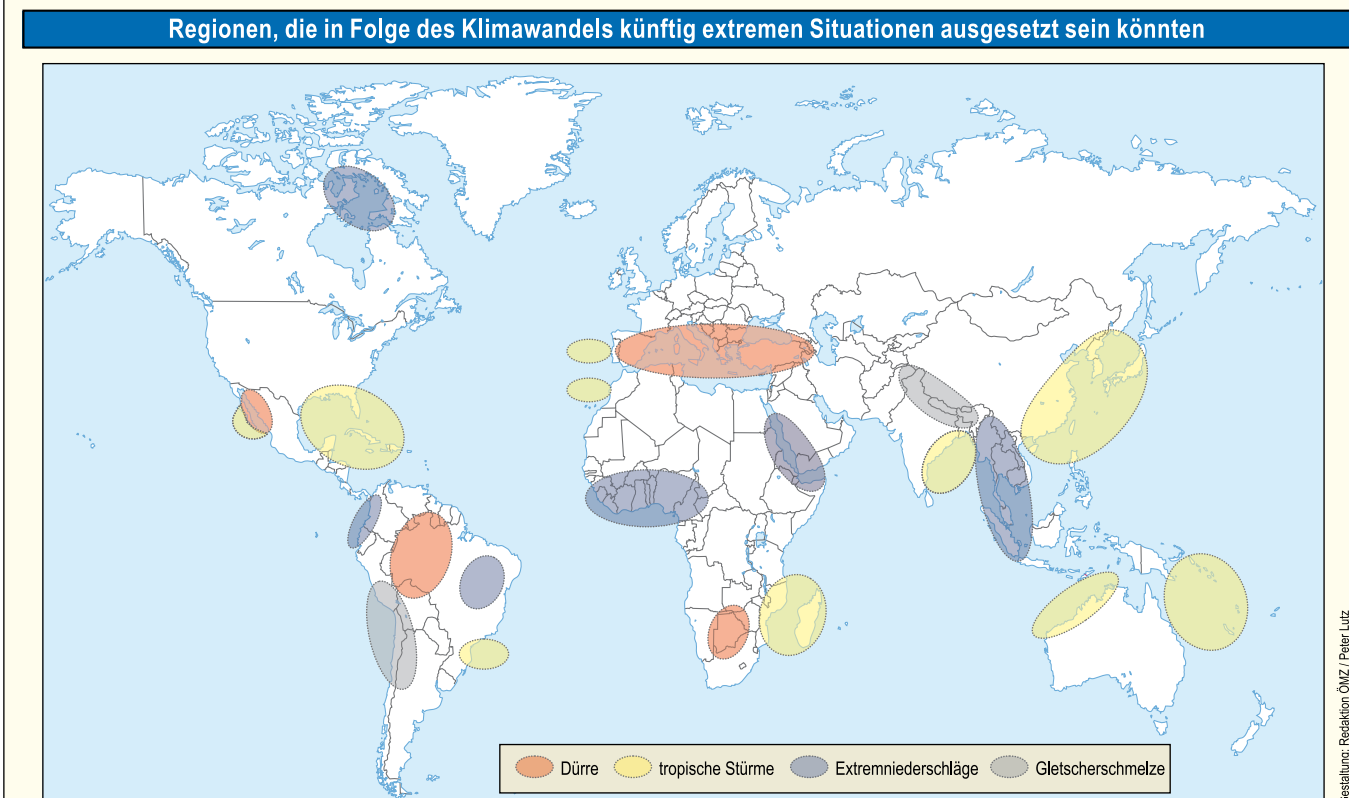
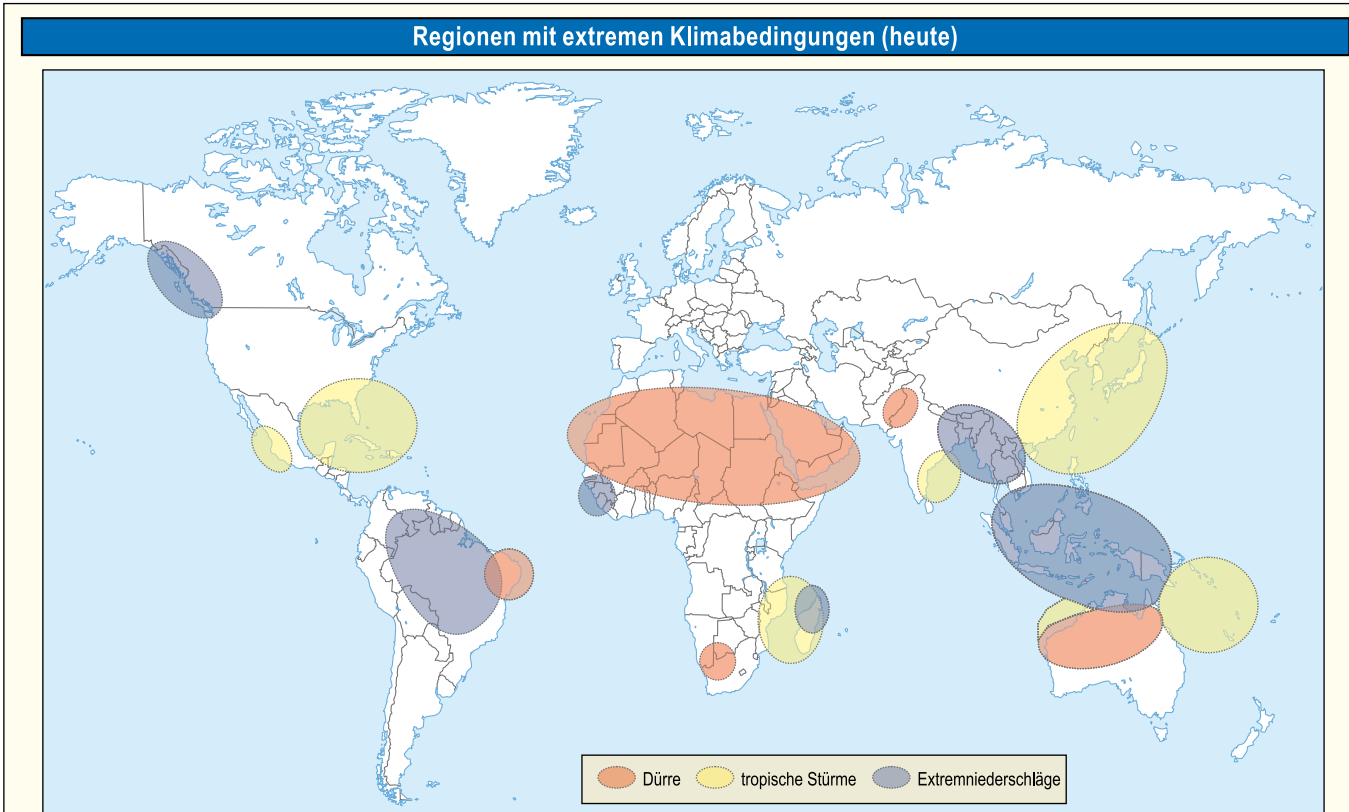
und effektiv in den Griff zu bekommen. Ein hochentwickeltes Land wie die USA war nach dem Hurrikan zwar in der Lage, die aus der Golfregion vertriebenen Menschen landeinwärts unterzubringen, ohne sich vor ernsthafte wirtschaftliche oder politische Probleme gestellt zu sehen, Unruhen allerdings konnten auch hier nicht gänzlich verhindert werden.

Nicht nur vergleichbare Einzelereignisse wie der Hurrikan „Katrina“, sondern die denkbaren Auswirkungen der Klimaän-

derung insgesamt lassen befürchten, dass in vielen Regionen der Welt noch mehr Menschen ihre Heimat verlassen werden auf der Suche nach akzeptablen Lebensbedingungen.

Schon heute schockieren uns immer wieder Meldungen über afrikanische Bootsflüchtlinge, die verzweifelt versuchen, die europäischen Küsten des Mittelmeers oder der Kanarischen Inseln zu erreichen.

Fast immer lässt sich bei ihnen nur schwer sagen, warum sie das lebensgefährliche Risiko der Flucht auf rostigen Schiffen ohne



Quelle: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, 2008, S. 174 ([http://www.wbgu.de/wbgu\\_jg2007.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.pdf)), Stand: September 2008



ausreichend Nahrung und Wasser über das Meer auf sich genommen haben. Selbst die Gewissheit, dass viele von ihnen die Flucht nicht überleben werden, kann sie offensichtlich nicht von diesem Unternehmen abhalten.

Etlliche afrikanische Länder, die unter Überbevölkerung, Wassermangel, Desertifikation und Überweidung leiden, bringen Flüchtlinge hervor, die entweder aus politischen, wirtschaftlichen oder auch ökologischen Gründen keinen anderen Ausweg sehen, als ihrer Heimat, in der sie wenig oder gar keine Lebensperspektiven mehr sehen, den Rücken zu kehren.

Sie versprechen sich eine bessere Zukunft in den Ballungszentren der Region oder sie entschließen sich gleich ganz zum Verlassen ihres Landes.

Noch ist die Zahl der Flüchtlinge überschaubar, aber die Zahlen könnten schnell in bislang ungeahnte Dimensionen anwachsen, nicht nur als Problem für Europa. Für Millionen von Menschen im nördlichen China, in Mexiko oder auf dem indischen Subkontinent könnten insbesondere Wassermangel und/oder zunehmende Desertifikation ebenso wie Überflutungen ganzer Regionen zum Auslöser einer „Völkerwanderung“ werden.

Was geschieht an den Küsten Bangladeschs oder im Nildelta, wenn der Meeresspiegel steigt? Was sind die Folgen, wenn die Reisernten in China und Indien aufgrund der globalen Erwärmung geringer ausfallen als bislang? Was, wenn Millionen Menschen schleichend oder schlagartig ihr Land verlassen und in Regionen abwandern, die sie für aussichtsreicher halten und die sie dann häufig schon als dicht besiedelt vorfinden? Sie exportieren ihre Probleme in andere Regionen, stoßen auf Ablehnung und Abschottung und in ihrer Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen sehen sie sich hier dann zumeist enttäuscht.

Mauern und Zäune, wie sie die USA im Grenzgebiet zu Mexiko errichtet haben, das Abriegeln der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika mit doppelten Stacheldrahtzäunen, der Zaun zwischen Indien und Bangladesch oder das Bemühen der australischen Regierung (Howard), mit Hilfe der Marine Flüchtlinge aus dem Meer zu fischen, um sie dann in Internierungslager zu bringen, all das sind hilflose Versuche, mit einem Problem fertig zu werden, das besser an der Wurzel angepackt würde.

### Sicherheitsrisiko Klimawandel

Es scheint sicher, dass die globale Erwärmung zu einem der dringlichsten Sicherheitsprobleme dieses Jahrhunderts werden dürfte. Wer Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert konzipiert, kommt an den Folgen des Klimawandels und seinem Einfluss auf die globale Sicherheit nicht länger vorbei.

In einem Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“, das der „Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) der Bundesregierung Anfang Juni 2007 übergeben hat, warnen die Verfasser vor einer Bedrohung der Lebensgrundlage von Milliarden Menschen. Gegenwärtig seien rund 1,1 Milliarden Menschen<sup>2)</sup> ohne sicheren Zugang zu Trinkwasser in ausreichender Qualität und Menge. Es stehe zu befürchten, dass diese Zahl mit

zunehmender Erderwärmung noch deutlich ansteigen dürfte. Abweichend von der bislang bei Wissenschaftlern vorherrschenden Meinung, allein um Wasser werde es Kriege nicht geben, kommt das Gutachten zu einer etwas anderen Einschätzung. Zwar wird auch hier die Auffassung vertreten, dass „klimareduzierte“ zwischenstaatliche Kriege eher unwahrscheinlich, dennoch, nationale und internationale Verteilungskonflikte infolge der Klimaänderung sehr wohl denkbar seien.

Zu befürchten sei auch, dass die zu erwartenden veränderten Niederschläge mit Ernteeinbußen, Dürren, Wasserknappheit, Hunger und Armut v.a. Entwicklungsländer treffen werden, die verwundbarer seien als Industrienationen.

Nicht auszuschließen sei schließlich, dass die klimabedingten künftigen Veränderungen die Handlungsfähigkeit mancher Regierungen überfordern und zum Teil sogar deren Zerfall fördern könnten.<sup>3)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Der Getreide- und Reisanbau (Bild) könnte künftig den extremen Wetterbedingungen zum Opfer fallen.

Im internationalen System erwartet der WBGU stärkere Konflikte zwischen reichen und armen Staaten über die Verantwortung für den Klimawandel. Auch zwischen den Schwellenländern wie Indien, Brasilien und China und Entwicklungsländern könnte es deswegen zu Spannungen und schließlich zu Verteilungskämpfen kommen.

Da die reichen Staaten zuallererst als Hauptverursacher des Klimawandels angesehen würden, sei ihre Legitimation, Entscheidungen globaler Reichweite zu treffen, in Gefahr. Um diese Risiken zu vermeiden, fordern die Experten: „Die Klimapolitik müsse bereits in den nächsten zehn bis 15 Jahren entschieden handeln, um mittelfristig sozioökonomische Verwerfungen und negative Folgen für die internationale Sicherheit zu vermeiden.“<sup>4)</sup>

Szenarien des zukünftigen Klimas weisen allerdings immer noch zahlreiche Unsicherheiten auf, insbesondere im Hinblick auf Veränderungen im Wasserkreislauf. Während die verschiedenen globalen Klimamodelle bezüglich der zukünftigen Temperaturentwicklungen weitgehend übereinstimmen, gibt es bei der Projektion der zu erwartenden Niederschlagsveränderungen erhebliche Unterschiede und teilweise gegensätzliche Auffassungen. Zukunftsinvestitionen in die Wassersicherheit, z.B. beim Bau von Stauseen, setzen aber voraus, dass man verlässliche Planungs-

grundlagen hat. Die aber fehlen, sodass man sich nach wie vor weitgehend auf historische Entwicklungslinien stützt. Bislang hat die weltweit zunehmende Wasserknappheit ihre Gründe v.a. in der Bevölkerungsexplosion, der Urbanisierung und der ökonomischen Entwicklung. Das waren und sind die Planungsgrundlagen. Künftig wird man aber gut beraten sein, trotz aller Unsicherheitsfaktoren auch die zu erwartenden Klimaveränderungen in alle Planungen mit einzubeziehen. Staudämme z.B. könnten schnell auf Sand gebaut sein, wenn Prognosen des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) der UNO zutreffen, dass in bestimmten wasserabhängigen Ländern und Regionen künftig mit länger andauernden Dürren zu rechnen ist. Diese Länder werden dann nicht nur mit Wasserknappheit zurechtkommen müssen, sie werden auch ihre Agrarproduktion und ihre Industrieproduktion zurückfahren müssen, da Wasser zur Bewässerung und/oder zur Produktion von Hydroelektrizität fehlen wird. Diese Staaten werden zunehmend gezwungen sein, virtuelles Wasser in Form von Energie und Nahrungsmitteln zu importieren.

Für die nördlichen Breiten und einige tropische Regionen einschließlich bevölkerungsreicher Länder in Ost- und Südostasien hält das IPCC auf den ersten Blick gute Nachrichten bereit. Hier geht man davon aus, dass die Wasserverfügbarkeit im Verlauf dieses Jahrhunderts steigen könnte, ohne dass das aber zwangsläufig eine Verbesserung der Wasserbilanz bedeuten muss. Niederschläge dürften künftig häufiger sintflutartig fallen, sodass das Wasser nicht in den Boden eindringen, sondern zu schnell abfließen wird.

Länder mittlerer Breiten und der ariden Tropen jedoch (einschließlich der Mittelmeerregion), die bereits heute unter „water stress“ leiden, könnten künftig noch weniger Wasser haben.<sup>5)</sup>

Klimawandel und Wasserverknappung, insbesondere in Kombination mit einer Veränderung in der Landnutzung, können die Desertifikation von Trockenregionen, z.B. in Subsahara-Afrika oder Asien, dann zusätzlich verstärken.

Alles in allem, so Schätzungen der UNO, könnten bis 2025 rund zwei Drittel der Menschheit in Ländern mit „water stress“ leben, wobei Nordafrika, der Nahe Osten und Westasien die am härtesten betroffenen Regionen sein dürften.

Treffen ferner Prognosen zu, nach denen der Meeresspiegel steigen wird, dann müssten die Landkarten in vielen Regionen neu gezeichnet werden, weil Inselstaaten und tief liegende Regionen überflutet werden könnten. Zudem werden viele Menschen die Küstenregionen verlassen müssen, wenn nachdrängendes Meerwasser das küstennahe Grundwasser versalzen wird.

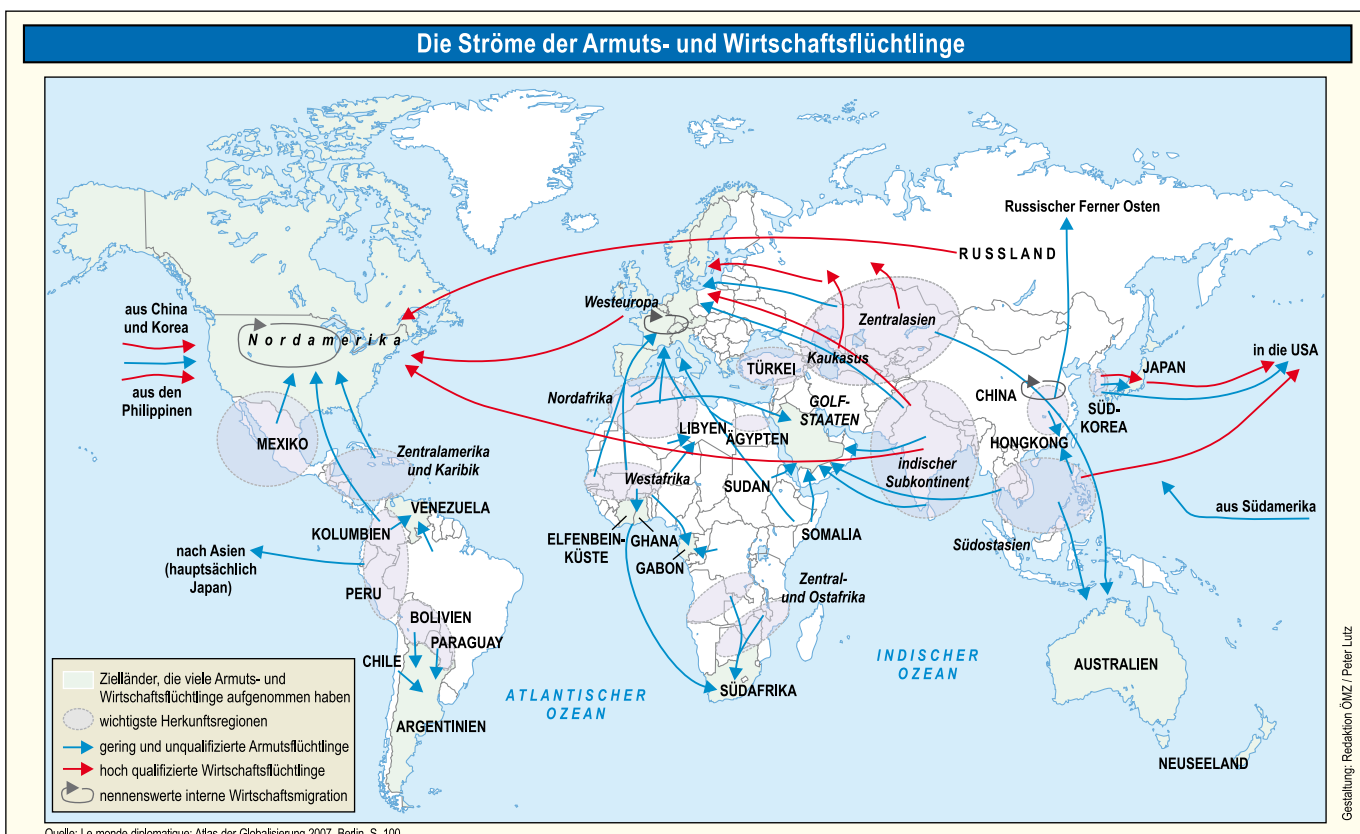
### Wie es kommen könnte

Es ist weitgehend unbestritten, dass die Zahl der Staaten, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten von Wassermangel bis hin zur absoluten Wasserknappheit bedroht sein werden, steigen wird, ohne dass heute bereits erkennbar wäre, wie die betroffenen Länder dieser Herausforderung begegnen können.

Damit aber nicht genug. Künftig häufiger zu erwartende Extremwetterlagen, bis hin zu Naturkatastrophen, könnten viele Regierungen besonders in Entwicklungsländern buchstäblich überrollen.

Der Anstieg des Meeresspiegels, in dessen Folge Hochwasser und Überschwemmungen zunehmen werden, ebenso wie die vermehrt auftretenden Stürme werden insbesondere die Küstenregionen betreffen, in denen rund zwei Drittel der Weltbevölkerung leben und in denen sich häufig wichtige, für die Überlebensfähigkeit eines Landes entscheidende Infrastruktur befindet. Allen voran werden Länder wie Bangladesch und flach aus dem Meer aufragende Inselregionen, aber auch wirtschaftlich bedeutende Flussdeltas wie die des Niger, Nil, Mekong, Jangtse, Ganges, Rhein und Mississippi die Folgen des Meeresspiegelanstiegs als erste zu spüren bekommen.

Mehrere zehn Millionen Menschen könnten so im Verlauf dieses Jahrhunderts zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen sein.<sup>6)</sup>



Nicht alle Länder werden in der Lage sein, auf solche Ereignisse angemessen zu reagieren. Kann aber eine Regierung weder die Versorgung ihrer Bevölkerung noch die öffentliche Sicherheit garantieren oder sieht sie sich gar außerstande, die eigenen Grenzen zu sichern, dann könnte die Lage schnell eskalieren, und neben Aufruhr, Extremismus und Terrorismus könnten zum Teil dramatische Migrationsbewegungen die Folge sein.

Einige dieser Wanderungs-/Flüchtlingsbewegungen werden sich innerhalb eines Landes abspielen und auf die eine oder andere Weise gelöst werden. Andere Migrationen aber werden grenzüberschreitende Ausmaße annehmen und internationale Spannungen und Konflikte auslösen, wie sie z.B. in den 1980er-Jahren zwischen Indien und Bangladesch ausbrachen, als Millionen von Umweltflüchtlingen aus Bangladesch nach Indien flohen.

Die dritte Form der Migration erstreckt sich nicht nur über Landesgrenzen, sondern über Kontinente, wie es Europa seit den 1960er-Jahren mit einer Süd-Nord-Migration mit Flüchtlingen/Zuwanderern aus Asien und Afrika bereits erlebt und was u.a. 2005 in Frankreich zu rassistischen und religiösen Spannungen geführt hat.

Schon heute, so Schätzungen der UNO, gibt es weltweit ca. 25 Millionen „Wasserflüchtlinge“, von denen allein in Afrika 18 Millionen umherirren, so der frühere Direktor des UNEP, Klaus Töpfer.

Der Migrationsdruck aber, so ist un schwer zu prognostizieren, wird wachsen. Dürren und sich ausdehnende Wüsten werden Hungerflüchtlinge hervorbringen, Wassermangel wird Seuchen nach sich ziehen, und die Schere zwischen Arm und Reich wird sich noch weiter öffnen.

Für Europa könnten die in der MENA-Region vor sich gehenden Veränderungen zu einer der vorrangigen sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft werden.

Vor dem Hintergrund der besonders für diese Region zu erwartenden negativen Folgen des Klimawandels, dem gleichzeitigen weiteren ungebremsten Anwachsen der Bevölkerung und der damit steigenden Perspektivlosigkeit der Jugend dürfte sich der Migrationsdruck aus den betroffenen Ländern auf Europa weiter verstärken.

### Nordafrika und die Sahelländer

Am schnellsten von kommenden Wasserproblemen betroffen dürften die Europa gegenüber liegenden Länder der Sahara (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten) und der Sahelzone (Mauretanien, Mali, Niger, Tschad und Sudan, Senegal, Nigeria und weite Teile von Burkina Faso) sein. Gerade diese Länder in einer ökologisch fragilen Zone verzeichnen ein extrem hohes Bevölkerungswachstum. In nur zwei Generationen ist der Anteil der Menschen im arbeitsfähigen Alter um den Faktor 3,5 gestiegen, wobei sich 70-90% der Bevölkerung der meisten Länder Nordafrikas in einem schmalen Küstenstreifen entlang des Mittelmeers zusammenballen.<sup>7)</sup> Die Bevölkerung der nordafrikanischen Länder, so Schätzungen, könnte zwischen 2025 und 2050 um rund

50 Mio. ansteigen. Für die Länder der Sahelzone wird erwartet, dass sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1960 vervierfachen könnte.<sup>8)</sup>

Die Grundlage jeder Entwicklung, Wasser, ist in dieser Region aber schon heute ein äußerst knappes Gut. Die Niederschlagsmengen von ca. 20 mm im Norden, über rund 100 mm in der Mitte und immerhin etwa 500 mm im Süden, sind seit den 1960er-Jahren ständig zurückgegangen. So standen für die nordafrikanischen Länder entlang der Mittelmeerküste z.B. im Jahr 2000 etwa 950 m<sup>3</sup> pro Kopf und Jahr an erneuerbarem Frischwasser zur Verfügung, ein Wert, der damit bereits unter der „water scarcity-Marke“ von 1.000 m<sup>3</sup> pro Kopf und Jahr lag.<sup>9)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Es sind vorrangig Entwicklungsländer, die nach Elementarereignissen auf internationale Hilfe angewiesen sind. Bei der Tsunamikatastrophe 2004 (Bild) versorgte das Rote Kreuz die Bevölkerung mit Trinkwasser, Medikamenten und Notunterkünften.

Schließt man in diese Betrachtung die gesamte Sahara einschließlich der Sahelzone<sup>10)</sup> mit ein, dann stehen den Menschen dieser Region nur etwa 390 m<sup>3</sup> erneuerbaren Wassers pro Kopf und Jahr zur Verfügung. Die Menge des gesamten erneuerbaren Wassers der Region macht in Bezug auf Afrika insgesamt lediglich 2,5% aus, die Wasserentnahme dieser Länder hingegen entspricht 46% der afrikanischen Gesamtwasserentnahme.<sup>11)</sup>

Wie schnell die Situation dramatische Ausmaße annehmen kann, zeigt sich insbesondere in den Ländern des Sahel, der im 20. Jahrhundert bereits wiederholt von Dürreperioden heimgesucht wurde.<sup>12)</sup> Insbesondere im Verlauf der Dürre von 1968-1974 spielte sich vor den Augen der Welt in dieser Region ein Drama ab, das einen Eindruck davon vermittelte, wie es kommen kann. Vom Beginn der 1950er- bis in die Mitte der 1960er-Jahre verzeichnete die Sahelzone Niederschlagsmengen, die immer mehr Menschen in diese Region zogen. Dann aber gingen die Niederschläge zurück, Dürren folgten und bis 1974 kamen rund 250.000 Menschen und nahezu der gesamte Viehbestand ums Leben. Rund sieben Millionen Menschen litten unter Hunger und Durst und waren auf internationale Hilfe angewiesen.

Gegenwärtig sieht es so aus, als könnten sich die Niederschlagsmengen wieder günstiger entwickeln, aber niemand kann sagen, ob

## Bild nur im Heft verfügbar

Bürgerkrieg, Wassermangel und das Fehlen von Grundnahrungsmitteln sind nur einige Gründe, weshalb immer mehr Afrikaner ihre Heimat verlassen (im Bild: Tausende Menschen aus der Region Darfur sind auf der Flucht).

das von Dauer sein wird. Das Drama könnte sich also wiederholen, zumal die Gesamtwassersituation in den Ländern des Sahel ohnehin angespannt ist.<sup>13)</sup>

Das Jahr 2007 allerdings steht für eine Entwicklung, die jeglichem Trend zuwiderläuft. Der so sehnlich erhoffte Regen wandelte sich zum Fluch. Der Regen kam in solchen Mengen, dass ganze Regionen wegen Überschwemmungen zum Katastrophengebiet erklärt werden mussten. In Ländern wie Uganda, Sudan, Äthiopien, aber auch Ghana und Burkina Faso wurden Teile der Ernte vernichtet, und aufgrund des stehenden Wassers und der Hitze breiteten sich Durchfallerkrankungen und andere Infektionen aus.<sup>14)</sup>

Die aktuellen Klimamodelle lassen erwarten, dass es im Sahel künftig noch wärmer werden dürfte, ohne dass es verlässliche Prognosen der zu erwartenden mittleren Niederschläge gäbe. Erwartet werden jedoch eine weiter zunehmende Trockenheit und damit eine Ausweitung der Dürregebiete. Schon heute sind alle Länder der Sahelzone, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt gehören, durch einen hohen Bevölkerungsanteil, der in absoluter Armut lebt, gekennzeichnet. Funktionierende flächendeckende staatliche Gewaltmonopole sind in diesen Staaten kaum vorhanden. Immer wieder kam und kommt es in dieser Region zu Gewalt (Tschad), Bürgerkrieg (Somalia, Darfur/Sudan) und Grenzkonflikten (Tschad/Sudan). Extreme Dürren bewirken ein Übriges, sodass Hunderttausende Menschen auf der Flucht sind. Noch handelt es sich hierbei hauptsächlich um Binnenmigration, aber auch aus dieser Region kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu internationaler Migration. Zum einen sind die nordafrikanischen Staaten selbst Ziel für Migranten. Gleichzeitig aber sind diese Länder auch Transitländer für Afrikaner aus dem Sahel, Subsahara-Afrika und zum Teil auch aus Asien auf ihrem Weg in die EU.

### **Magnet Europa**

Seit den frühen 1990er-Jahren haben Tausende Afrikaner versucht, über das Meer insbesondere spanisches oder italienisches Hoheitsgebiet zu erreichen. 2005/2006 registrierten die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika ein Ansteigen der Migration aus Subsahara-Afrika in die nordafrikanischen Länder. Die Schätzungen, wie viele Menschen es jährlich in den Maghreb zieht, variieren zwischen 65.000 und 120.000 Afrikanern aus Subsahara-Afrika.

Die Migration - insbesondere nach Marokko - stieg nach dem Sturz Mobutus in der Demokratischen Republik Kongo 1997 und dem nachfolgenden Krieg in der Region der großen Seen Zentralafrikas sprunghaft an. Es folgten Flüchtlingswellen, ausgelöst durch die Bürgerkriege in Sierra Leone (1991-2001), Liberia (1989-1996 und 1999-2003) und durch gewaltsame Auseinandersetzungen in Nigeria. Im Nordosten Afrikas haben die immer wieder aufflammenden kriegsgerischen Konflikte im Sudan und am Horn von Afrika besonders die Flüchtlingsströme nach Ägypten und Libyen ansteigen lassen.

Zusätzlich zu den afrikanischen gibt es noch Migranten aus China, Indien, Pakistan und Bangladesch, die meist auf dem Luftweg nach Westafrika (z.B. Accra, Bamako, N'djamena) kommen, um sich von dort über Niger, Algerien und Marokko auf den Weg nach Europa zu machen.

Südeuropäische Staaten versuchen u.a. durch Intensivierung der Grenzkontrollen das Problem in den Griff zu bekommen. Spanien hat seine Exklaven Ceuta und Melilla durch Zäune gesichert. 2005, als Hunderte Flüchtlinge die Zäune stürmen wollten, wurden zwei durch marokkanische Bewacher erschossen. Zusätzlich wurde ein Radar-Frühwarnsystem (*Integrated System of External Vigilance SIVE*) zur Überwachung der Straße von Gibraltar installiert, in das zwischenzeitlich auch die Kanarischen Inseln mit einbezogen wurden.

Andere EU-Länder versuchen Druck auf nordafrikanische Staaten auszuüben, um sie dazu zu bewegen, schärfere Maßnahmen gegen die „illegale“ Migration zu ergreifen.

Seit 2003 arbeiten Spanien und Marokko ebenso wie Italien und Libyen bei Grenzkontrollen zusammen. 2006 erhielt Spanien zusätzliche EU-Hilfe durch den Einsatz der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (FRONTEX), um die Flüchtlings-Routen zwischen Senegal, Mauretanien, den Kapverden und den Kanarischen Inseln aus der Luft und über See zu überwachen. Ähnliche Planungen gibt es für die Region der italienischen Insel Lampedusa, Malta sowie der tunesischen und libyschen Küste.

Das Flüchtlingsproblem, vor das sich die EU gestellt sieht, wird bleiben. Wird ein Loch gestopft, finden die Flüchtlinge andere Wege, um an ihr Ziel zu gelangen. Das, was den nordafrikanischen Staaten als „Ausgleich“ für ihre Maßnahmen zur Eindämmung der Migration durch die EU geboten wird, wird das Problem nicht lösen.

Alle Ansätze dürften letztlich zum Scheitern verurteilt sein, wenn sie nicht auf die Migrationsursachen wie Armut, fehlende Zukunftsperspektiven, Ressourcenknappheit, Verfolgung und Gewalt zielen. Solange es nicht gelingt, in den Ausgangsstaaten der Migration zu stabilen Verhältnissen zu kommen, solange es nicht gelingt, die weitere Einschränkung der Lebensgrundlagen der Menschen der betroffenen Regionen effektiv zu bekämpfen, solange wird Migration aus diesem Teil Afrikas ein Thema für die EU bleiben. Es könnte sich sogar noch weiter verschärfen, wenn die Prognosen über die Klimaänderungen, die gerade für diesen Teil Afrikas problematisch sind, zutreffen sollten.

Sollte der Klimawandel voranschreiten, dann ist zu befürchten, dass es infolge von Auseinandersetzungen um Ressourcen (Wasser; Nahrung) zu weiteren Destabilisierungen von Regierungen einschließlich der Gefahr gewaltsamer Konflikte kommen wird. Dass die Zahl der Migranten dann erheblich anschwellen könnte, ist unschwer zu prognostizieren. Das aber könnte zur Folge haben, dass die Bevölkerungsdichte und die Urbanisierung im schmalen nordafrikanischen Küstenstreifen noch weiter steigen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Zeitgleich dürfte sich die Ressourcenbasis weiter verschlechtern, und der darüber hinaus zu erwartende Mangel an Zukunftsperspektiven gerade junger Menschen könnte den Migrationsdruck auf die Länder Südeuropas noch erhöhen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Länder Nordafrikas die denkbaren Probleme nicht aus eigener Kraft in den Griff bekommen, lässt befürchten, dass sich in den Slums der Ballungszentren ein Nährboden für Radikalisierung und Extremismus entwickeln könnte und Europa sich dann wohl vermehrt mit einwandernden Anhängern extremistischer Organisationen konfrontiert sähe.<sup>15)</sup>

In der Folge der Migration könnte der islamische Anteil der Bevölkerung in den Ländern Europas weiter steigen und bis 2025 auf rund 20%, je nach Migrationsdruck aus der MENA-Region auch bis auf 30% ansteigen. Die Integrationsleistung, die die Staaten der EU dann zu leisten haben werden, könnte sie vor erhebliche Probleme stellen.

Aber auch von Entwicklungen in Ländern Subsahara-Afrikas, wo sich Regierungen zu ihren ohnehin schon vorhandenen Pro-

blemen im Gefolge des Klimawandels vor weitere, kaum lösbare Situationen gestellt sehen werden, wird Europa nicht unberührt bleiben.

Bislang sieht es weitgehend wieder einmal so aus, als meine man in Europa (ebenso wie in den USA oder Australien und selbst in Indien), dass die eigene Sicherheit vor wachsenden Migrationsströmen vorrangig dadurch gewährleistet werden könne, wenn man sich von dem „Elend dieser Welt“ abschottet und die Migranten als „illegal“ einstuft, sie zum Teil gar kriminalisiert. Die bislang getroffenen Maßnahmen der EU dürften nur eingeschränkt tauglich sein, das Problem für alle Seiten zufriedenstellend zu lösen.

Es bedarf zwar eines langen Atems, aber wenn wir mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen, dass in betroffenen Regionen stabile Verhältnisse geschaffen und die Lebensgrundlagen verbessert werden, dann könnte sich der Migrationsdruck langsam verringern. Das wäre nicht nur Hilfe aus humanitären Gründen, sondern vielmehr ein Beitrag zur Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit.

## Bild nur im Heft verfügbar

Das jährliche Bevölkerungswachstum liegt derzeit bei 1,2%. Der Kampf um die lebensnotwendigen Ressourcen beginnt bereits im Kindesalter (im Bild: Straßenkinder in Vietnam).

### Zeit zum Umdenken

„Je länger man das Notwendige unterlässt, desto teurer wird es später, das Unvermeidliche zu tun“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2007 zum Klimaschutz.<sup>16)</sup> Nur, Erkenntnis ist die eine Seite, Handeln die andere.

In den vergangenen Jahrzehnten lebte die Welt weitgehend in dem nahezu unerschütterlichen Glauben an den technischen Fortschritt, der in eine immer bessere Zukunft führen sollte, mit immer höherer Dividende.

Technologie und Erfindungskraft der Menschen machten es möglich, Grenzen der Endlichkeit von Ressourcen zeitlich oder räumlich zu strecken, doch das unumstößliche Gesetz, dass jeder Nutzen auch seine Kosten hat, lässt sich nun mal nicht außer Kraft setzen.

Von Grenzen des Wachstums wollte man nichts wissen, bis dann zum Ausgang des 20. Jahrhunderts immer deutlicher wurde, dass für den lang anhaltenden Raubbau an Mutter Erde ein Preis zu zahlen ist, von dem heute niemand zu sagen vermag, in welcher Höhe er von wem zu entrichten sein wird.

Wir lebten nach der Devise „Nach uns die Sintflut“; diese allerdings könnte schneller als erwartet auflaufen.

Tag für Tag wächst die Bevölkerung der Erde gegenwärtig um rund 222.000 Menschen, alljährlich um weitere ca. 81 Millionen<sup>17)</sup> Menschen, die von den Ressourcen dieser Erde ernährt werden wollen und die, um leben zu können, auf Zugang zu Wasser unabdingbar angewiesen sind.

Die Frage stellt sich, ob der Planet Erde dafür ausgelegt ist, die gegenwärtig auf ihm lebenden rund 6,6 Mrd. Menschen zu ertragen und morgen auch noch diejenigen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hinzukommen werden.

Diese Frage aber ist nicht neu. Menschen haben sie schon zu Zeiten eines Sokrates (470-399 v. Chr.) diskutiert, und viele Denker haben im Laufe der Weltgeschichte immer wieder warnend ihre Stimme erhoben und als Menetekel an die Wand gemalt, dass der Planet Erde schon bald unter der Last der Überbevölkerung an die Grenzen seiner Möglichkeiten stoßen müsse.

Vor gut 200 Jahren, 1798, als sich die Weltbevölkerung gerade der Marke von einer Milliarde näherte, veröffentlichte der britische Pfarrer Thomas Robert Malthus (27.2.1766-23.12.1834), der später als Sozialphilosoph und Nationalökonom in die Geschichte einging, seinen „Essay on the Principle of Population“. In ihm stellte Malthus das dar, was ihm damals als das größte Problem kommender Generationen erschien, nämlich, „dass die Kraft der Bevölkerung unendlich viel größer sei als die Kraft der Erde, Unterhalt für den Menschen hervorzubringen“. Malthus war z.B. der Auffassung, dass sich die Bevölkerung des damaligen Großbritannien innerhalb der kommenden 25 Jahre von sieben auf 14 Mio. verdoppeln würde und dann entsprechend weiter bis auf 112 Mio. anwachsen würde. Die Folge, so seine Ansicht, musste eine immer größere Lücke zwischen der Lebensmittelnachfrage der Menschen und der Fähigkeit des Landes sein, diese Nachfrage zu befriedigen.<sup>18)</sup>

Was die Prognosen von Malthus betrifft, so traten sie nicht ein.<sup>19)</sup> Ebenso haben sich alle anderen pessimistischen Prognosen über die Belastbarkeit der Erde bisher weitgehend als unzutreffend erwiesen.

Und dennoch: Die Diskussion um diese Problematik und den fortschreitenden Raubbau an der Erde ist uns in der einen oder anderen Form bis auf den heutigen Tag immer erhalten geblieben.

Im Bericht des Worldwatch Institute „Zur Lage der Welt 1998“ wird u.a. festgestellt: „Während Volkswirtschaftler die Beziehungen zwischen Weltwirtschaft und dem Ökosystem der Erde vielleicht nicht wahrnehmen, tun dies die Umweltwissenschaftler sehr wohl. Wo sie auch hinschauen, finden sie Beweise für wachsende Belastungen: Immer mehr Nachhaltigkeitsgrenzen werden überschritten (...) Wenn [aber] die nachhaltigen Ertragsgrenzen eines natürlichen Systems [einmal] überschritten wurden, kann der Verbrauch weiterhin nur gesteigert werden, indem die Grundlage selbst verbraucht wird.“<sup>20)</sup>

Die Probleme, die die weitgehend ungezügelter Ausbeutung der Ressourcen der Erde angenommen hat, stellen sich heute wohl mit

höherer Dringlichkeit als in vergangenen Jahrhunderten. Auch wenn die Denker vergangener Jahrhunderte, die die Gesamtproblematik wohl mit ähnlicher Unausweichlichkeit sahen, sich letztlich aber doch alle irrten, heißt das nicht, dass das immer so bleiben muss, zumal sich die Ausgangslage grundlegend geändert hat. Nie zuvor in der Geschichte sah sich der Mensch in die Lage versetzt, seine eigenen Lebensgrundlagen so extensiv auszubeuten, zu übernutzen und letztlich zu zerstören, wie es ihm heute möglich ist.

Immer wieder wird eben nicht nach den Prinzipien eines verantwortbaren Umgangs mit regenerierbaren und nichtregenerierbaren Ressourcen verfahren. Die Maxime, wie sie u.a. im „Brundtlandbericht“ aufgestellt wird, dass nämlich Entwicklung nur dann nachhaltig sei, wenn sie „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wahren“<sup>21)</sup> dieser Grundsatz wird nur zu häufig um des kurzfristigen Vorteils oder Gewinns willen missachtet. Aus ökologischer Sicht ist eine Wirtschaft aber nur dann auf Dauer tragfähig, wenn sie die Regeln der Nachhaltigkeit beachtet. In Bezug auf das Wasser heißt das, dass die entnommenen Wassermengen nicht größer sein dürfen als deren Fähigkeit zur Erneuerung.

## Bild nur im Heft verfügbar

Um der Bevölkerung in Entwicklungsländern die Angst ums Überleben zu nehmen, muss den Menschen in diesen Regionen der gesicherte Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln ermöglicht werden (im Bild: Kinder an einem Brunnen in Simbabwe).

Um in stabilen Verhältnissen zu leben, benötigen menschliche Gesellschaften Zugang zu Ressourcen. An erster Stelle steht dabei der Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln. Fehlt es an diesen lebenswichtigen Ressourcen, kann die Stabilität von Gesellschaften wanken - auf nationaler/regionaler oder internationaler Ebene. „Wenn da nichts passiert, wird im Jahr 2025 ein Drittel der Weltbevölkerung unter extremer Wasserknappheit leiden, vor allem in Afrika. Da drohen Konflikte um Leben und Tod. Wenn wir heute dazu beitragen, dass das Wasser-Management und der Zugang zu Trinkwasser verbessert werden, handeln wir nicht nur aus humanitären Motiven: Indem wir solche Kriege verhindern helfen, tun wir auch etwas für unsere eigene Sicherheit“, so die deutsche Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul.<sup>22)</sup>

Es liegt also in unserem eigenen Interesse, mit dazu beizutragen, den Ländern, die von der Klimaänderung am meisten betroffen sind und aus eigener Kraft nicht in der Lage sein werden, angemessen zu reagieren, bei der Bewältigung zu erwartender Probleme zu helfen.

Ohne Fortschritte bei der Lösung der Wasserprobleme wird es kaum gelingen, auch das darüber hinausgehende Millenniumsziel der Armutsbeseitigung für drei Mrd. Menschen, die täglich von weniger als zwei USD leben müssen, zu erreichen.

### Neue Strategien sind gefragt

Wie formulierte doch der amerikanische Präsident George W. Bush im Mai 2002 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag: „*Armut bringt keinen Terror hervor - aber Terror wurzelt in gescheiterten Nationen [...]. Unser Gewissen und unsere Interessen stimmen überein: Um eine sicherere Welt zu schaffen, müssen wir eine bessere Welt schaffen.*“ Und an anderer Stelle stellte er fest, dass wir „*die Pflicht*“ haben, „*unseren Wohlstand großzügig und klug mit anderen zu teilen*“, um den Entwicklungsländern - auch zu unserer eigenen Sicherheit - auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft zu helfen.

Und doch hat es den Anschein, als konzentrierten wir uns, wie schon in den 1990er-Jahren, im Streben nach einer besseren Welt, immer noch auf eine für unsere eigene Hemisphäre sicherere Welt. Um Sicherheit für uns zu erlangen, setzten wir dabei weitgehend auf die herkömmlichen Mittel und vertrauen nach wie vor zu schnell auf militärische Macht, ohne unsere Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe der betroffenen Regionen voll auszuschöpfen.

Immerhin, es gibt vorsichtige Ansätze zum Umdenken. Während die USA in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie nach wie vor weitestgehend militärische Akzente setzen und auch präemptive Schläge nicht ausschließen, ist die EU stärker am Ziel der Konfliktvermeidung orientiert, was aber als Ultima Ratio die „robuste“ militärische Intervention nicht ausschließt.

Im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands...“ heißt es u.a.: „*Sicherheit kann [...] weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.*“<sup>23)</sup>

Risiken für die nationale und internationale Sicherheit, wie sie sich infolge des Klimawandels ergeben könnten, spielen allerdings bislang in den Sicherheitskonzeptionen Europas oder der USA lediglich eine nachgeordnete Rolle. Spricht man in den Konzeptionen von „Ressourcensicherheit“, dann bezieht sich das auf die natürlichen, unmittelbar für die eigenen Versorgungsinteressen wichtigen natürlichen Rohstoffe, allen voran Rohöl.

2004 legte die UNO ein Papier mit dem Titel „A more secure world“ vor, in dem sechs Kategorien aktueller und künftiger globaler Sicherheitsbedrohungen aufgeführt wurden:

- Krieg zwischen Staaten,
- Gewalt innerhalb von Staaten einschließlich Bürgerkriege, Menschenrechtsverletzungen in großem Ausmaß und Völkermord,
- Armut, Seuchen und Umweltzerstörung,
- atomare, chemische und biologische Waffen,
- Terrorismus,
- internationales organisiertes Verbrechen.

Auch hier wird die Umweltzerstörung nur am Rande erwähnt.<sup>24)</sup> Im Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands wird immerhin erwähnt, dass Deutschland eine hohe Anziehungskraft für Migranten habe, die ihre Heimat u.a. aufgrund von Krieg, Bür-

gerkrieg, Vertreibung, Verfolgung, Umweltzerstörung, Armut und Hunger [...] verlassen.<sup>25)</sup>

Auch auf europäischer Ebene findet diese Problematik zunehmend Beachtung, und neben den Einzelorganisationen ist besonders die Organisationen übergreifende *Environment Security Initiative* (ENVSEC) von Bedeutung, in der UNDP, UNEP, OSZE, NATO, UNECE und REC<sup>26)</sup> zusammenarbeiten, um Umweltprobleme zu erkennen, die die Sicherheit, Stabilität und den sozialen Frieden innerhalb von Ländern oder auch grenzüberschreitend gefährden könnten.<sup>27)</sup>

Es sind Ansätze erkennbar, dass die Gefährdung der Umwelt in Regionen, die „weit entfernt“ erscheinen, als Gefährdungen angesehen werden, die schnell Auswirkungen auch auf unsere eigene Sicherheit haben können. Stärker als bisher sollte sich daher die Erkenntnis durchsetzen, dass Sicherheit eben nicht vorrangig nur militärisch zu gewährleisten ist.

Die Übel müssen dort bekämpft werden, wo sie entstehen. Immer wieder bekennen sich die Staaten auf internationalen Veranstaltungen zwar wortreich zu ihrer Verantwortung im Kampf gegen die Armut. Nur, zwischen Reden und Handeln besteht im Westen ein scharfer Kontrast. Hier existierten „*viel zu viele Fälle von Doppelmoral*“, so Bundespräsident Horst Köhler auf dem Katholikentag 2006. Einerseits predige der Westen stets Demokratie, Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Andererseits, so der Bundespräsident, lande man in Verhandlungen mit den Armutsstaaten aber schnell bei der Frage: „*Wo ist zuerst der Vorteil für uns selbst?*“ Nur zu oft richtet sich bei vielen Politikern der Blick nur auf das eigene Land.<sup>28)</sup>

Unsere häufig vorrangige Fixierung auf eigene nationale Probleme und Vorteile versperrt dann allerdings oftmals den Blick für Zukunftsfragen. Es gilt zu erkennen, dass ungerechte Ressourcenverteilung zwar kurzfristig Gewinn und Vorteil bedeuten kann, langfristig jedoch meist hohe Destabilisierungsrisiken in sich birgt, die nur zu schnell aus der betroffenen Region auf andere übergreifen können.

### Der Worte sind genug gewechselt...

Spätestens seit 1972 war die Weltgemeinschaft sensibilisiert, als die UNO zur Weltumweltkonferenz nach Stockholm rief und Dennis Meadows mit seinem Buch „Die Grenzen des Wachstums“ auch eine breite Öffentlichkeit erreichte. Seither kann niemand mehr sagen, er habe nichts gewusst.

Fünf Jahre später gab Jimmy Carter, damaliger US-Präsident, mit „Global 2000“ eine Grundlagenstudie über die Zukunftsaussichten der Menschheit in Auftrag. In dem im Juli 1980 vorgelegten Bericht kamen die Experten zu dem Ergebnis, dass durch das zunehmende Weltbevölkerungswachstum Nahrungsmittel knapper und die Umweltbelastungen weiter ansteigen würden. Selbst den Klimawandel durch CO<sub>2</sub>-Emission sahen die Autoren und vertraten die Ansicht, die Polkappen könnten schmelzen und der Meeresspiegel steigen.

Carter verlor die Wahl 1980 und Ronald Reagan sah andere Schwerpunkte. Die Studie verstaubte in den Schubladen.

Die Klimaprognosen dieser Studie sind bereits überholt. Aber immerhin haben 1992 auf dem Erdgipfel von Rio, dem eigentlichen Startpunkt, 189 Staaten die Klimarahmenkonvention beschlossen, und 166 Staaten stehen hinter dem „Kyoto-Protokoll“<sup>29)</sup> das 1997 beschlossen wurde und seit 2005 in Kraft ist. Dort wurden für die Industrieländer rechtlich verbindliche Emissionshöchstgrenzen vereinbart. Allerdings, das Protokoll lässt etliche Schlupflöcher

offen, und der Hauptklimasünder USA macht bis heute nicht mit. Auch Australien boykottierte das Abkommen jahrelang, bis nach einem Regierungswechsel die neue Regierung auf dem Klimagipfel von Bali im Dezember 2007 erklären ließ, den Vertrag ratifizieren zu wollen.

Das schlechte Beispiel USA macht es schwer, von aufstrebenden Nationen wie Indien und China zu verlangen, sie sollten Umweltauflagen einhalten, auch wenn sie sich damit der Gefahr aussetzen, ihren gerade beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden.

Das vorerst letzte Schreckensszenario liefern die Studien des IPCC der UNO, das nach langwierigen Diskussionen 2007 zustande kam. Man sollte meinen, dass die Zeit zum Handeln wirklich reif sei, aber immer noch gibt es Politiker, die abwarten wollen, weil sie meinen, die Wissenschaft müsse erst 100%ige Beweise vorlegen, bevor sie sich zum Handeln entschließen. Allen voran die Regierung Bush, die die Klimaverhandlungen systematisch boykottiert. Die USA aber wären es, die zusammen mit Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen könnten. Im November 2007 beriet der UNO-Weltklimarat in Valencia über den neuesten Weltklimabericht, in dessen Entwurf es heißt: „Selbst unter den striktesten Klimaschutzszenarien sind eine weitere Erwärmung und einige der damit verbundenen Auswirkungen im Laufe des 21. Jahrhunderts bereits unvermeidlich.“<sup>30)</sup>

„Wenn wir nicht handeln, werden die Folgen des Klimawandels zerstörerisch sein“, so UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon, „was wir nicht haben, ist Zeit.“<sup>31)</sup>

Die Verantwortlichen dieser Welt aber lassen sich immer noch Zeit. Auf der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 konnte man sich wieder nur auf einen schwachen Kompromiss verständigen, der der Situation, in der die Menschheit steckt, wohl nur unzureichend gerecht wird. Diejenigen, die heute nicht handeln, werden von den kommenden Problemen nur marginal berührt. Ihr Warten auf 100%ige Gewissheit aber dürfte bedeuten, dass unsere Kinder und Kindeskinde die Suppe unserer Untätigkeit und Uneinsichtigkeit auslöffeln müssen. Sie werden die Kosten zu tragen haben, die wir heute bei der Kalkulation unseres Lebensstandards sträflich außer Acht gelassen haben, denn wir haben nicht nach den Prinzipien eines verantwortbaren Umgangs mit regenerierbaren und nichtregenerierbaren Ressourcen gelebt. Unsere oberste Maxime galt und gilt unserem persönlichen Streben nach Wohlstand. Wir werden uns vorwerfen lassen müssen, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und billigend in Kauf genommen haben, dass wir die „Möglichkeiten künftiger Generationen gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wahren“<sup>32)</sup> Die nachfolgende Generation, so Al Gore in seiner Rede aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises, wird uns entweder fragen: „Was habt ihr euch dabei gedacht, warum habt ihr nicht gehandelt, oder sie werden fragen: Wie habt ihr die moralische Größe aufgebracht, erfolgreich gegen die Krise vorzugehen, von denen so viele meinten, sie sei nicht lösbar? Wir verfügen über alle Möglichkeiten, jetzt zu beginnen, vielleicht allerdings fehlt es noch an politischem Willen. Politischer Wille aber ist eine erneuerbare Ressource.“<sup>33)</sup> ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) IPCC Studien 1990, 1995, 2001.
- 2) Andere Schätzungen gehen von bis zu 1,4 Mrd. Menschen aus.
- 3) WBGU, Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Stand 21. Mai 2007.

4) WBGU, a.a.O., S.7.

5) Allgemein übliche Definition der schwedischen Hydrologin Falkenmark: - Länder, in denen pro Kopf und Jahr mehr als 1.700 m<sup>3</sup> erneuerbares Trinkwasser zur Verfügung stehen, gelten als ausreichend versorgt. Probleme treten nur selten und lokal begrenzt auf; - zwischen 1.000-1.700 m<sup>3</sup> wird von „water stress“ (Wasserarmut) gesprochen, was bedeutet, dass Wassermangel chronisch und weit verbreitet ist; - fällt die jährlich pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehende Menge an Trinkwasser unter die Grenze von 1.000 m<sup>3</sup>, besteht Wasserknappheit („water scarcity“) d.h. es herrscht chronischer Wassermangel; - fällt diese Grenze gar unter 500 m<sup>3</sup> besteht „absolute Wasserknappheit“.

6) Vgl. National Security and the Threat of Climate change, CNA Corporation, 2007.

7) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2003, Bonn 2003, S71.

8) Vgl. Wissenschaftl. Beirat der Bundesreg. Globale Umweltveränderungen, Berlin 2007, Abschn. 6.5.3.2.

9) Vgl. UNEP, Vulnerability of Water Resources to Environmental Change in Africa, 2003.

10) Sahel/Sahelzone: arabisch Küste oder Ufer; eine semiaride Übergangszone, die sich etwa 6.000 km quer durch Afrika vom Senegal bis zum Roten Meer erstreckt.

11) Vgl. www.unep.org.

12) Dürren 1912-15, 1941-42, 1968-74, 1983-85; vgl. Diercke Länderlexikon, Braunschweig 1999, S.499.

13) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2003, Bonn 2003, S.76.

14) www.entwicklung-hilft.de/nachrichten+M50a5217fb9e.html.

15) Vgl. auch: www.migrationinformation.org.

16) Zitiert nach Beilage „Die Zeit“ 6.12.2007.

17) Zuwachs der Weltbevölkerung: pro Jahr: 81.267.634 Menschen, pro Tag: 222.651 Menschen, pro Stunde: 9.277 Menschen, pro Minute: 155 Menschen, pro Sekunde: 2,6 Menschen. Quelle: www.weltbevölkerung.de/info-service/weltbevölkerungsuhr, 2007.

18) Vgl. Kennedy: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt 1993, S.17ff.

19) Allein in den hundert Jahren zwischen 1815 und 1914 wanderten ca. 20 Mio. Briten auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen aus. Um 1900 betrug die Gesamtbevölkerung Großbritanniens ca. 41 Mio., ohne die Auswanderung wären es ca. 70 Mio. gewesen. Darüber hinaus erzielte man in dieser Zeit z.B. durch Düngung, Rationalisierung und durch den Einsatz von Maschinen erhebliche Fortschritte in der Landwirtschaft.

20) Worldwatch Institute, „Zur Lage der Welt 98“, Frankfurt 1998; S.15.

21) Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission), 1987.

22) Tagesspiegel, 22.6.2003.

23) Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands... 2006, Berlin 2006, S.29.

24) www.un.org/secureworld/.

25) Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands... 2006, Berlin 2006, S.27.

26) UNDP=UN Development Programme; UNEP=UN Environment Programme; OSZE=Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; NATO=North Atlantic Treaty Organisation; UNECE=UNEconomic Commission Europe; REC=Regional Environment Center for Central and Eastern Europe.

27) www.envsec.org/about.php.

28) „Die Welt“ 27.5.2006.

29) Das Kyoto-Protokoll ist am 16.2.2005 in Kraft getreten und läuft 2012 aus. Es schreibt erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen fest, die als hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung gelten.

30) www.n-tv.de/879368.html, 14.11.2007.

31) Zitiert nach Beilage „Die Zeit“ vom 6.12.2007.

32) Vgl. Brundtlandbericht.

33) In freier Übersetzung nach: nobelprize.org/nobel\_prizes/peace/laureates/2007/gore-lecture\_en.html.

## Wilhelm Sager

Geb. 1943; Major a.D.; 1964-1993 Bundeswehr, Berufsoffizier; 1984-1993 zuständig für den Bereich Innere Führung und Politische Bildung einer Division; 1993-1994 Leitung der im Aufbau befindlichen europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern, Waren/Müritz; seit 1990 freiberufliche Tätigkeit in der politischen Erwachsenenbildung sowie seit 1997 freie journalistische Tätigkeit; Schwerpunkte: Sicherheitspolitik, weltweite Trinkwasserproblematik; zahlreiche Veröffentlichungen.



# Dem Armenhaus Europas entsprang der „Keltische Tiger“

Irlands Weg von 1916 bis zur Gegenwart

Martin Prieschl

„[...] *The rising of 1916 was the fruit. It appeared at the time of the surrender to have failed, but that valiant effort and the martyrdoms which followed it finally awoke the sleeping spirit of Ireland.* [...]“ (Michael Collins, „*The proof of success - What the rising of 1916 did.*“) <sup>1)</sup>

Die Eroberung und Besiedlung der „Grünen Insel“ durch Normannen und Engländer begann bereits in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Doch erst unter Heinrich VIII. (1509-1547), seit 1541 auch irischer König, gelang es, ein dauerhaftes Herrschaftssystem auf der Nachbarinsel zu etablieren.<sup>2)</sup> Konnten die gälischen Iren im Spätmittelalter den fremden Machteinfluss noch begrenzen, setzte sich die englische Herrschaft trotz zahlreicher Aufstände im 16. und 17. Jahrhundert durch. Um der Gefahr eines französischen Eingreifens wirksam zu begegnen, wurden schließlich 1801 die beiden Königreiche England und Irland zu einer Union vereinigt (*United Kingdom of Great Britain and Ireland*).<sup>3)</sup>

Von nationalistischen Gruppen angezettelte Aufstände scheiterten jedes Mal an der britischen Übermacht und der Desorganisation der Rebellen. Selbst wenn sie politischen Druck erzeugen konnten und die britische Regierung vermehrt Gesetze zugunsten der katholischen irischen Bevölkerung erließ, blieb das eigentliche Grundproblem bestehen: Irland wurde weiterhin von London aus regiert, die Masse der katholischen Iren blieb weitgehend ohne politischen Einfluss.

Die beschränkte Selbstverwaltung Irlands („Home-Rule“) konnte 1914 gegen den Willen der Konservativen durchgepeitscht werden, doch sollte sie erst nach dem Ende des ausgebrochenen Ersten Weltkriegs mit speziellen Klauseln für Nordirland (Ulster) umgesetzt werden. Somit bewirkte das Gesetz keine Veränderung der bestehenden politischen Situation.<sup>6)</sup>

Im April 1916 erschütterte ein weitgehend auf die Stadt Dublin beschränkter Aufstand irischer Nationalisten mit einem Teil der organisierten Arbeiterschaft („Easter Rising“) das Land. Die Rebellen riefen die Irische Republik aus, unterlagen jedoch nach kurzem Widerstand der britischen Armee. Anders als bei früheren erfolglosen Erhebungen veränderte sich nun das bisherige gleich bleibende Schema von „Verschwörung - Aufstand - Niederschlagung“, ausgeführt von einer radikalen Minderheit gegenüber einer unbeteiligten Masse der Bevölkerung. „*Der Republikanismus einer Minderheit war zum beherrschenden politischen Credo der Menge geworden.*“ <sup>7)</sup>

## Der Bruch

Die harten britischen Reaktionen auf den Osteraufstand erwiesen sich als eine Fehleinschätzung der irischen Mentalität. Nur eine Minderheit hatte sich an der Rebellion beteiligt, die Sanktionen (Zensur, Zerstörung Dublins, Massenverhaftungen, Vorwurf des Verrats) trafen aber die gesamte Bevölkerung.

Die Erklärung dafür liegt darin, dass das kriegführende Empire den Aufstand während des tobenden Weltkriegs als „Dolchstoß in den Rücken“ empfand und damit ein hartes Vorgehen als legitimiert ansah. Die britischen Behörden zeigten gegenüber der irischen Bevölkerung genau das Verhalten als brutale Unterdrücker, das die nationalistischen Gruppen ihnen vorwarfen. Dazu kamen noch die bis zum 12. Mai hinausgezögerten Hinrichtungen von 15 Anführern des Aufstands.<sup>8)</sup> Die öffentliche Meinung schwenkte

Bild nur im  
Heft verfügbar

Im April 1916 versuchten irische Nationalisten, die Unabhängigkeit von Großbritannien gewaltsam zu erzwingen. Obwohl der Aufruhr ein militärisches Desaster wurde, gilt der Osteraufstand als Wendepunkt in der Geschichte Irlands (im Bild: Soldaten der britischen Armee in Dublin).

Damit war jedoch das irische Problem keineswegs gelöst. Im 19. Jahrhundert bildeten sich zahlreiche politische Initiativen und Parteien, die eine Besserstellung der katholischen Iren, aber auch beschränkte Selbstverwaltung zu erreichen suchten. Daneben etablierten sich bewaffnete Verschwörergruppen, die eine gewaltsame Abtrennung von Großbritannien und eine Republik nach US-Vorbild anstrebten.<sup>4)</sup> Eiserne Verfechter der Union blieben aber stets die protestantischen Nordiren.<sup>5)</sup>

zugunsten der Rebellen um, und das „Home Rule“-Gesetz, das vor 1914 von den Iren durchaus positiv gesehen wurde, lehnte nun die Mehrheit ab.

Die gemäßigten Parteien Irlands verloren gegenüber den radikaleren Strömungen erdrutschartig an politischem Einfluss. John Redmonds gemäßigte nationalistische Partei (*Parliamentary Party*) versank nach den Unterhauswahlen 1918 in der Bedeutungslosigkeit und machte den Weg frei für die von Arthur Griffith 1905 gegründete Partei *Sinn Fein* („Wir selbst“). Sie erreichte nach einem neuen Wahlrecht (1,9 Mio. Wahlberechtigte statt 700.000) in den südlichen Landesteilen fast alle Parlamentssitze, wobei auch Kandidaten gewählt wurden, die noch im Gefängnis saßen (Wahlslogan: „*Put him in to get him out!*“).<sup>9)</sup>

Ein entscheidender Grund für den überwältigenden Wahlsieg *Sinn Feins* war auch die Ankündigung, die allgemeine Wehrpflicht auf Irland auszudehnen. Gegen diese Forderung bildete sich außer in Ulster eine breite Ablehnungsfront über die Grenzen der politischen Weltanschauungen hinaus. Die neu gewählten Abgeordneten nahmen ihre Plätze im Parlament in London nicht ein, sondern versammelten sich am 21. Jänner 1919 in Dublin als „Versammlung von Irland“ („*Dáil Eireann*“) und erneuerten die von Patrick Pearse am 24. April 1916 auf den Stufen des General Post Office verlesenen Unabhängigkeitserklärung („*Irish Declaration of Independence*“).<sup>10)</sup>

Der *Dáil* sah sich als rechtmäßige Legislative Irlands und wählte Eamon de Valera zum Vorsitzenden.<sup>11)</sup> Die „Autorität“ der Volksver-

sammlung wurde in den katholischen Landesteilen anerkannt. Ein Steuerstreik lähmte die königliche Finanzverwaltung, und lokale Schiedsgerichte („*parish courts*“) ersetzten die reguläre Justiz.

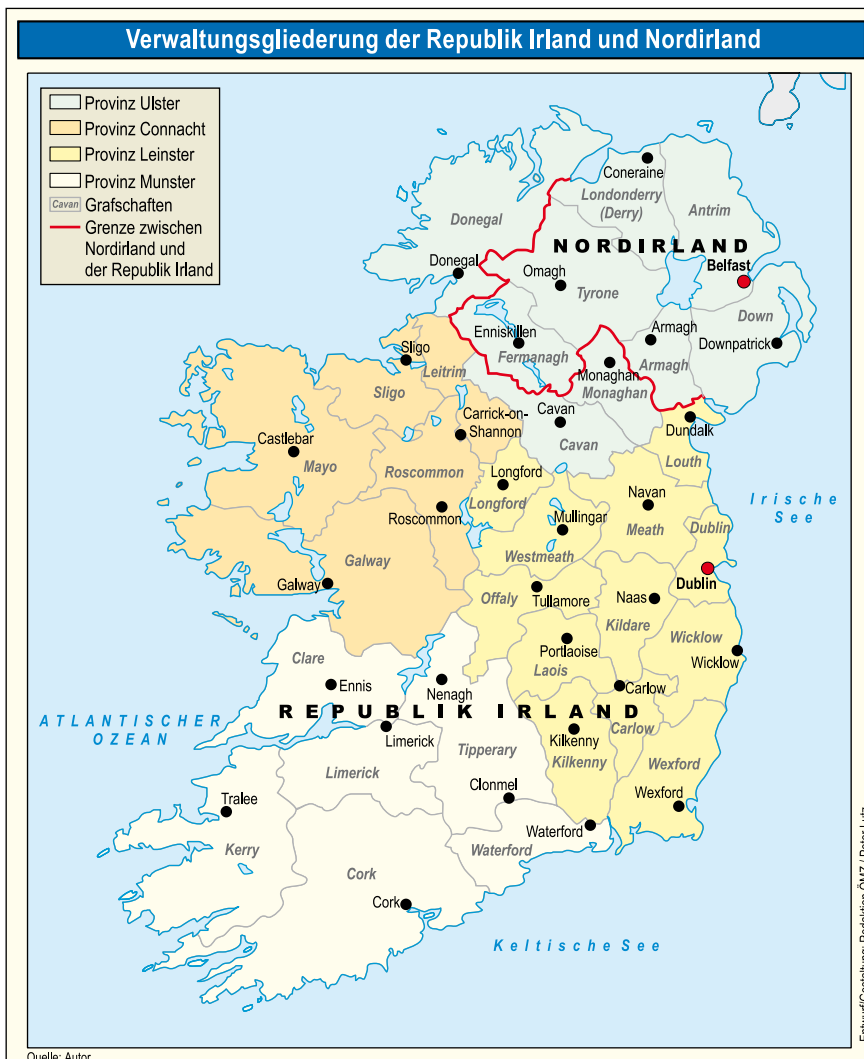
### Der „Unabhängigkeitskrieg“ („Anglo-Irish War“)

Neben dem zivilen Ungehorsam lebte der bewaffnete Widerstand wieder auf. Die Lager, in die die Aufständischen des Jahres 1916 deportiert wurden, fungierten als Kadernschmieden für künftige militärische Eliten Irlands, die nach ihrer Entlassung wieder in das politische Leben eingriffen.<sup>12)</sup> Aus den *Irish Volunteers* entwickelte sich die *Irish Republican Army I.R.A.* Sie begann ab dem Frühjahr 1919 den Kampf in Form eines Guerillakriegs gegen die britische Herrschaft.<sup>13)</sup> Überfälle und Mordanschläge auf Polizisten (*Royal Irish Constabulary*), Paramilitärs (*Black and Tans*, *Auxiliaries*) und Verwaltungsträger von irischer Seite standen Razzien, Brandschatzungen und ausufernde Racheaktionen von britischer Seite gegenüber. Der IRA, die neben einer ihr wohlgesonnenen Bevölkerung vermutlich nie mehr als 3.000 aktive Kämpfer aufbieten konnte, gelang es, weit überlegene britische Militär- und Polizeiaufgebote zu beschäftigen. Neben Eamon de Valera, der erfolgreich in den USA für eine irische Unabhängigkeit warb, trat v.a. der Finanzminister der nicht anerkannten irischen Regierung und Chef des IRA-Geheimdienstes Michael Collins hervor.<sup>14)</sup> Hätte Großbritannien seine gesamte Macht ausgespielt und das Land mit einer straffen Militärherrschaft überzogen, wäre der irische Wider-

stand binnen kurzem zusammengebrochen. Jedoch stand die britische Öffentlichkeit einem solchen Vorgehen in Irland nach dem Ersten Weltkrieg mit den rund 800.000 Toten Großbritanniens äußerst kritisch gegenüber.<sup>15)</sup>

Für die Regierung in London hatte die Lösung der Irlandfrage höchste Priorität. Doch musste sie neben der öffentlichen Meinung und den Interessen der USA auch Rücksicht auf die nordirischen Protestanten nehmen. Im Dezember 1920 beschloss das Unterhaus den *Government of Ireland Act*, der eine Zweiteilung des Landes in Nordirland (Ulster) und Südirland vorsah, den *Dáil* als Volksvertretung aber ignorierte. In Ulster gelangte das Verfassungsgesetz zur Ausführung, im Süden verweigerten die *Sinn Fein*-Abgeordneten die Umsetzung.<sup>16)</sup>

1921 machten sich innerhalb der IRA der Mangel an Waffen und Ausrüstung sowie die abnehmende „Truppenstärke“ so deutlich bemerkbar, dass für Collins und seine Kommandanten ein Fortführen der Kämpfe immer riskanter erschien.<sup>17)</sup> Der *Dáil* nahm das Verhandlungsangebot der britischen Regierung an, und nach schwierigen Verhandlungen kam ein Kompromiss zustande (*Irish Free State Act*). Dem Norden (Ulster) gewährte man eine Option zum Verbleib bei Großbritannien, die dieser auch annahm. Die restlichen 26 Grafschaften bildeten den „Freistaat Irland“ („*Saorstát*“) und blieben als „Dominion“ wie Kanada beim Empire. Der britische Monarch blieb als Oberhaupt des Commonwealth die Spitze der Exekutive, und der *Royal Navy*



Entwurf/Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

mussten in Irland Flottenstützpunkte eingeräumt werden.<sup>18)</sup> Nach Unterzeichnung des Vertrages prophezeite Michael Collins, er habe vermutlich sein eigenes Todesurteil damit unterzeichnet.<sup>19)</sup> Eine Kommission zur Grenzziehung bestätigte 1925 die bis heute geltende Linie zwischen Nordirland und dem Süden.<sup>20)</sup>

## Bürgerkrieg im irischen Freistaat

Bis heute gehört der irische Bürgerkrieg zu den Tabuthemen der irischen Geschichte, gingen doch die „Gewinner“ des Unabhängigkeitskrieges aufeinander los. Michael Collins hatte den Vertrag „die Freiheit, die Freiheit zu erlangen“ („[...] *the freedom to achieve freedom* [...]“) beschrieben, doch teilten keineswegs alle seine Meinung. Ein Teil von *Sinn Féin* und der IRA verweigerte unter der Führung von Eamon de Valera die Anerkennung des Vertrages, obwohl der Dáil ihn mit Mehrheit angenommen hatte und die Vertragsbefürworter bei den Wahlen 1922 die Mehrheit erlangten. Die Kritiker verlangten weiterhin die volle Unabhängigkeit von Großbritannien und lehnten den verlangten Eid auf den König ab. Im April 1922 rebellierte ein Teil der Armee gegen die Regierung und besetzte öffentliche Gebäude in Dublin (u.a. das Gerichtsgebäude „Four Courts“). Die Führung des Freistaates verharnte zunächst passiv, ging aber dann mit aller Entschiedenheit gegen die Rebellen vor. Die Armee (*National Army*) eroberte mithilfe geborgter britischer Artillerie die besetzten Dubliner Gebäude zurück und kämpfte den Widerstand in den Rebellenhochburgen Tipperary und Cork nieder. Michael Collins' Seite konnte dabei auf wichtige Kommandanten der *Midlands*, Michael Brennan aus Clare und Seán MacEoin aus Longford, samt ihren personalstarken Einheiten zählen (Foster: „[...] *whose personal effectiveness had not blinded them to military feebleness elsewhere* [...]“.<sup>21)</sup>

Die Rebellen wandten gegenüber den irischen Streitkräften dieselbe Taktik an, wie einst unter Collins' Führung gegen die Briten. Sie mussten jedoch erkennen, dass der Großteil der Zivilbevölkerung des Krieges längst überdrüssig war und auch den politischen Zielen der IRA ablehnend gegenüberstand. Anstelle der IRA hatte die Regierung eine reguläre Armee, die *Civic Guard*, und eine neue Polizei (*Garda Síochána*) aufgestellt, wobei sie nicht nur auf britische Waffen, sondern neben den regierungstreuen IRA-Kommandanten auch vermehrt auf ehemalige ausgebildete irischstämmige Offiziere der britischen Armee sowie ehemalige Polizisten der *Royal Irish Constabulary* zurückgriff.<sup>22)</sup>

An die Stelle von Arthur Griffith, der 1922 gestorben war, und Michael Collins, der einem Attentat zum Opfer fiel, traten nun Ministerpräsident William T. Cosgrave und Justizminister Kevin O'Higgins, der durch seine harte Haltung gegenüber den Rebellen zu einer Symbolfigur des neuen Staates wurde. Sie ließen Aufständische hinrichten (1922/23 allein 77) und überließen Hungerstreikende ihrem Schicksal. Im Mai 1923 verkündete de Valera das Ende des Widerstandes.<sup>23)</sup>

## Langsamer Aufbruch

Durch den Bürgerkrieg und seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen sah sich der irische Freistaat großen innerstaatlichen Problemen gegenüber. Der neu gewählten Regierung musste es gelingen, alle Bevölkerungsteile in dem neuen demokratischen Staat zu integrieren. Während de Valera und seine Anhänger die Mitarbeit am neuen Staat verweigerten und ihre gewählten Sitze im Dáil nicht einnahmen, gelang es Premier Cosgrave und seiner Partei *Cumann na nGhaeideal* (später: *Fine Gael*), das Staatsschiff in ruhigere Bahnen zu lenken. Erst 1926 gab de Valera seine ablehnende Haltung auf und hob als Oppositionspartei *Fianna Fáil* aus der Taufe. Unter Cosgraves Führung ging Irland durch energische Schritte in der Energiepolitik und durch Agrarsubventionen in Richtung eines modernen Industriestaates, bevor das Land durch die Weltwirtschaftskrise zurückgeworfen wurde. Wie in anderen Ländern Europas sank die Wirtschaftsleistung, und dazu stieg die Arbeitslosigkeit. 1932 wurde Cosgrave abgewählt und Eamon de Valera trat an seine Stelle.<sup>24)</sup>

Bild nur im  
Heft verfügbar

Der Leiter des IRA Geheimdienstes und Politiker Michael Collins (1860-1922) war maßgeblich am Aufbau der IRA beteiligt. Er war der führende Kopf im Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien und stellte mit der Unterzeichnung des anglo-irischen Vertrags die Weichen für die Zukunft der „Grünen Insel“.

## „Long Shadow: De Valera and Ireland“

Mit Eamon de Valera gelangte ein Mann an die Macht, der die Politik Irlands auf Jahrzehnte hinaus mitbestimmen sollte. Anders als Cosgrave engagierte er sich im Völkerbund und lockerte die Bindung an Großbritannien weiter. Im Rahmen der Abdankungskrise um Edward VIII. 1936 ließ er eine neue Verfassung ausarbeiten, die 1937 in Kraft trat. Sie sah ein Präsidentenamt vor, und der Freistaat wandelte sich zur Republik „Éire“. Gleichzeitig bildeten die katholische Religion und ihre Dogmen einen integralen Bestandteil der Verfassung. Gegenüber der IRA wie auch gegen die protofaschistischen „Blueshirts“, die später an Francos Seite im Spanischen Bürgerkrieg kämpften, ging der neue Premier mit

# Bild nur im Heft verfügbar

Eamon de Valera (1882-1975), Begründer der Oppositionspartei *Fianna Fáil*, wurde 1932 mit seiner Fraktion zur stärksten Kraft im Land und forcierte daraufhin die Loslösung des Freistaats von Großbritannien (im Bild: De Valera im Mittelpunkt seiner Kabinettsmitglieder).

aller Entschlossenheit vor. Wirtschaftlich riss er jedoch das Land durch einen unbedachten Handelskrieg mit Großbritannien in eine tiefe Krise, die erst 1938 beendet wurde. So ließ Eamon de Valera die Rückzahlungen für Grundstücke an ehemalige britische Grundherren, die noch aus der Zeit der Landablösung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts stammten, einstellen. Als Reaktion ließ die britische Regierung die Importzölle für irische Produkte anheben. Dies traf die irische Landwirtschaft, die zum Großteil nach Großbritannien exportierte, empfindlich. Mit dem Ende des Handelskrieges gelangten die Marinestützpunkte der *Royal Navy* in irischen Gewässern zurück.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs blieb Irland als einziges Land des Commonwealth neutral, und diese Politik bewahrte den Süden Irlands mit seiner schwachen Wirtschaft vor dem Massensterben. Von deutscher Seite dachte man zwar an eine Invasion Irlands („Fall Grün“), doch blieb der Plan wie auch das „Unternehmen Seelöwe“ (Invasion Englands) unausgeführt. Deutschen oder folgenden britischen Invasionstruppen hätte die winzige irische Armee mit ihrer heillos veralteten Ausrüstung keinen dauerhaften Widerstand entgegensetzen können. Die IRA jedoch begann eine Terrorwelle in Nordirland, wobei auch Kontakte zu Nazideutschland geknüpft wurden. Irische Polizei und Armee gingen gegen die Nationalisten energisch vor. Die aus dem „nationalen Notfall“ (*National Emergency*) hervorgehende Neutralität bewahrte die irische Hauptstadt jedoch nicht vor einem Angriff der deutschen Luftwaffe im Mai 1941.<sup>25)</sup>

Als Großbritannien nach 1945 als Großmacht gegenüber den USA in die zweite Reihe trat, kappte Irland die letzten staatsrechtlichen Verbindungen zu seinem Nachbarn (*Republic of Ireland Act*).

Damit hatte die europäische Staatenfamilie ein neues, vollwertiges Mitglied.

## Nordirland bleibt britisch

Die Teilung Irlands in zwei selbstständige irische Staaten erfolgte durch den *Government of Ireland Act* von 1920.<sup>26)</sup> Sechs Grafschaften der historischen Provinz Ulster (Antrim, Armagh, Down, Fermanagh, Londonderry und Tyrone) bildeten nun „Nordirland“, das bei Großbritannien verblieb („United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland“). Im neuen Landesteil blieb eine große katholische Minderheit gegenüber der dominierenden protestantischen Mehrheit zurück; - v.a. die Einführung von Minderheitenrechten, wie sie etwa der Vertrag von St. Germain-en-Laye 1919 beispielsweise für Österreichs Slowenen und Kroaten vorsah, unterblieb. Im Sommer 1922 brachen schwere Unruhen aus, die Hunderte Todesopfer forderten. Tausende Katholiken verloren ihre Arbeit in der Industrie und somit ihre Lebensgrundlage. Eine Fluchtbewegung in den Freistaat setzte ein, die der neue irische Freistaat nur schwer bewältigen konnte. Diese Konflikte innerhalb der Bevölkerung blieben jedoch ohne Auswirkung auf den nordirischen Staatsaufbau. Nordirland erhielt eine großzügige Autonomie innerhalb Großbritanniens. Es besaß ein eigenes Parlament (ab 1932 im heute noch benutzten Gebäude Stormont in Belfast), das außer der Verteidigungs- und Außenpolitik sowie den Kronangelegenheiten unabhängig von Westminster handeln konnte.<sup>27)</sup>

Nordirland empfand sich als „protestantischer Staat“. Das öffentliche Leben dominierten die von den schottischen Einwohnern abstammenden presbyterianischen Iren, die streng darauf achteten, die katholischen Iren davon auszuschließen. Arbeit im öffentlichen

Dienst (Verwaltung, öffentliche Sicherheit) blieb Protestanten vorbehalten. Katholiken wurden pauschal verurteilt, Nationalisten zu sein, die die Sicherheit und die Existenz Nordirlands gefährdeten. Bei jeder von der öffentlichen Hand initiierten Maßnahme (öffentlicher Wohnbau, Schulwesen, Verkehr, Gesundheitswesen) galt es zu prüfen, ob daraus nicht Katholiken Nutzen zogen. Dazu kam noch die Diskriminierung im privaten Bereich (Privatmiete, Arbeit, Nahversorgung), gegen die allzu oft weder die Polizei (*Royal Ulster Constabulary*, RUC), Verwaltung noch die (protestantisch dominierten) Gerichte einschritten.<sup>28)</sup>

Um auch parlamentarisch weder großen Einfluss noch Mitbestimmung der Katholiken zulassen zu müssen, erfolgte durch das in Nordirland geltende Mehrheitswahlrecht die Beschneidung der Rechte bei der Wahl. Dies gelang durch die Einführung von Mehrfachvoten, einer Besitzqualifikation und die Veränderung von Wahlkreisen (*gerrymandering*). Regelmäßig entstanden in Gegenden mit katholischer Mehrheit große Wahlkreise, d.h. ein katholischer Abgeordneter benötigte eine viel größere Menge an Wählern als ein protestantischer mit einem viel kleineren Wahlkreis. Dies führte nicht nur zu einer überproportionalen Vertretung von Protestanten im Bereich der Gemeindevertretungen und des Parlamentes von Stormont, sondern auch zu einer im House of Parliament in London; von 16 Abgeordneten aus Nordirland waren 15 Protestanten!

Hauptbezugspunkt für die katholische Minderheit blieb der irische Freistaat. Gegenüber dem nordirischen Staat praktizierte die katholische Minderheit Verweigerung und Absonderung. Wurden trotz des diskriminierenden Wahlrechts katholische Kandidaten gewählt, nahmen sie nach historischem Vorbild ihre Sitze weder in London noch in Stormont ein und hielten hartnäckig an der Fiktion einer ganz Irland umfassenden Republik fest. Dieses Verhalten unterstützte die Machthaber Nordirlands, an dem System der dauerhaften Ausgrenzung festzuhalten. Verschärfend für die Katholiken in Nordirland kam hinzu, dass, um die Existenz des irischen Freistaates nicht zu gefährden, die Regierung in Dublin sich mit Unterstützung zurückhielt und gegen die IRA vorging.

Nordirland stand in der Zwischenkriegszeit in starkem wirtschaftlichen und politischen Konnex zu Großbritannien, das quasi als Schutzmacht diente. Die Regierung in Belfast kopierte nur die in Westminster gefassten Beschlüsse und setzte sie sektiererisch in Nordirland um. Diese „Versteinigung des politischen Systems (Maurer)“ wurde noch unterstrichen durch die Premierminister mit langer Regierungsdauer, die bereits führende Funktionen unter ihren Vorgängern besessen hatten [Sir James Craig (1921-1940), John Miller Andrews (1940-1943) und Basil Stanlake Brook (1943-1963)].<sup>29)</sup>

Die Wirtschaftskrise nach 1928 traf dagegen ganz Irland mit voller Härte. Im Norden sank die Bedeutung des einst so übertragenden Schiffsbaus und der Leinenindustrie stark herab, die Arbeitslosigkeit stieg rapide an. Nur noch die Flugzeugproduktion sowie die durch den Handelskrieg herabgeminderte Konkurrenz aus dem Süden ragten hervor. Die ökonomischen Probleme rissen

Teile der Bevölkerung ins Elend und verwandelten Teile Nordirlands in ein Armenhaus. Gegenmaßnahmen aus Belfast selbst blieben aus, man verließ sich lieber auf die rettende und schützende Hand Londons.

Mit dem Abklingen der Wirtschaftskrise begann anders als im Süden eine Erholung des Wirtschaftssystems. Durch die deutsche Wiederaufrüstung erlangte die Eisenindustrie Nordirlands neue wirtschaftliche Bedeutung für Großbritannien und mit dem Sieg Deutschlands über Frankreich auch die Häfen Ulsters für den überlebenswichtigen Nachschub aus den *Dominions* und den USA. Ulster stellte auch ein Reservoir an Soldaten für die *Royal Army* zur Verfügung. Damit rückten aber die Schiffe, die Ulster ansteuerten, ins Visier der deutschen U-Boote, und die deutsche Luftwaffe flog Angriffe auf die Industrieanlagen. Im Mai 1941 erlebte Belfast den schwersten Luftangriff des Kriegs mit über 700 Toten. Als Hilfe entsandte Eamon de Valera auch Mannschaften und Feuerwehren aus der Republik Irland. Wirtschaftlich gesehen ging Ulster, wenn es auch eine hohe Anzahl Gefallener zu beklagen hatte, gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor.

## Bild nur im Heft verfügbar

Absatzschwierigkeiten im Bereich der Landwirtschaft, der Schiffs- und Leinenindustrie (Bild) führten Irland zu Beginn der 1930er-Jahre in eine aussichtslose Wirtschaftslage.

Die Terrorangriffe, die die illegale IRA aus dem Süden gegen Nordirland startete, blieben trotz Kontakten zu Deutschland ohne Bedeutung. Für sie kam erschwerend hinzu, dass die Regierung de Valera zur Sicherung der irischen Neutralität mit allen Mitteln gegen die Freischärler vorging.

### Éires Weg in die Moderne

Anders als Nordirland, das mit Großbritannien den Weg zum sozialen Wohlfahrtsstaat beschritt, hinkte die Republik Irland weit hinterher. Weiterhin hatte sie mit hoher Armut und Arbeitslosigkeit sowie Epidemien (Tuberkulose) und hoher Kindersterblichkeit zu kämpfen. Die Industrialisierung blieb weit hinter der Nordirlands zurück. Sozialpolitisch hing man an längst veralteten Mustern aus der katholischen Soziallehre, gepaart mit einer Art liberalem Wirtschaftsdenken, fest. Selbst eine Pensionsversicherung steckte in Irland noch in den Kinderschuhen.

Die Rationierung der Lebensmittel dauerte in Irland bis 1954 an. Kunst und v.a. die Schriftstellerei standen unter einer katholisch beeinflussten Zensur, die alles Freizügige und Kritische aus dem Verkehr zu ziehen versuchte, und sei es selbst von so gefeierten irischen Autoren wie James Joyce. Dieser hatte 1939 die Einladung der irischen Regierung, aus der Schweiz zurückzukommen, abgelehnt.<sup>30)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Mit dem Beitritt zur EG 1973 wurden der Republik umfangreiche Finanzmittel zur Verfügung gestellt; das „Armenhaus Europas“ entwickelte sich zu einem wirtschaftlichen Vorzeigestaat.

Wenn auch rund 50.000 Iren mit Einverständnis der Regierung in Dublin in der britischen Armee gedient hatten, die kleine Industrie im Süden profitierte (anders als etwa die Schweiz von Deutschland) kaum von Rüstungsaufträgen aus Großbritannien und den USA. Taoiseach (gälisch: „Ministerpräsident“) Eamon de Valeras Weigerung, an alliierter Seite in den Krieg einzutreten, obwohl der britische Premier Winston Churchill eine Wiedervereinigung als Gegenleistung für den Kriegseintritt in Aussicht stellte, dürfte dies mitverhindert haben. Doch vermutlich zog Eamon de Valera eine Parallele zu den *Home Rule*-Verhandlungen von 1914, die dann doch keine Veränderungen der gegebenen Situation gebracht hatten. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn der Ära des Kalten Kriegs verlor Irland endgültig seine bis dahin bedeutungsvolle strategische Position an der Westflanke Großbritanniens, gehörten doch alle Länder, die das Meer von der „Grünen Insel“ trennten, bald zum Einflussfeld der NATO, selbst die faschistischen Länder der iberischen Halbinsel. Éire selbst behielt seine Neutralität.

Als im Jahr 1948 de Valeras Partei *Fianna Fáil* die Wahlen verlor, gelang es seinem Nachfolger von *Fine Gael*, John Costel-

lo, einen zaghaften Schritt in Richtung moderner Sozialstaat zu machen. Gesundheitsminister Noel Browne gelang es, durch ein erfolgreiches Impfprogramm die Tuberkulose zurückzudrängen, er scheiterte jedoch am Modell einer staatlich garantierten Gesundheitsvorsorge für Mütter und Kinder bis zum 16. Lebensjahr (*Mother and Child Scheme*), das dem britischen *National Health Service* nachgebildet war. Ein Sturm der Entrüstung war nach seiner Ankündigung über Irland hinweggefegt, der von der katholischen Kirche, liberalen Gruppierungen und der Ärzteschaft getragen wurde. Browne wurde beschuldigt, sozialistische Maßnahmen einführen zu wollen. Sein Rücktritt und daraufhin der der Regierung Costello war die logische Folge.

In Éire entwickelte sich allmählich ein Zweiparteiensystem auf der Basis des Mehrheitswahlrechtes heraus. Dominierend sind bis heute die zwei in der Zwischenkriegszeit gegründeten Parteien *Fianna Fáil* und *Fine Gael*. Beide sind klassisch konservative Volksparteien, deren Ziele und Werte einander ähneln. Die irische *Labour Party* konnte sich anders als die sozialdemokratischen Parteien in Europa nie dauerhaft als Großpartei etablieren. Eine dafür nötige tragkräftige einheitliche Gewerkschaftsbewegung konnte sich aufgrund einer fehlenden Industrie nicht ausbilden. Ebenso blieben die Liberalen eine Kleinpartei, die nur aufgrund von Koalitionen mit der einen oder anderen Großpartei Regierungsverantwortung übernehmen konnte.<sup>31)</sup>

Auf Costello folgte erneut der schon in die Jahre gekommene Eamon de Valera, der jedoch acht Jahre später in das Präsidentenamt wechselte (1959-1973). In seiner zweiten Periode als Taoiseach ging er Costellos Weg der zurückhaltenden Schritte in Richtung eines modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaates weiter und sicherte der Regierung durch staatliche Unternehmungen wichtigen wirtschaftlichen Einfluss. Der Tourismus, der heute zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Irland überhaupt zählt, begann sich zu etablieren (Tourismusbehörde: *Bord Fáilte*). Zwei Jahre nach dem Beitritt zur UNO 1956 beschloss das irische Parlament mit einer aktiven Industrieansiedlungspolitik (Steuerfreiheit in der Gründungsphase des Unternehmens) einen wichtigen Schritt für Irlands Zukunft (*Economic Development*).

Ab dem Jahr 1956 rückte erneut das Problem der radikalen Nationalisten in den Mittelpunkt. Mit der Lösung Éires aus dem Commonwealth hatte die Regierung den Anspruch, ganz Irland zu repräsentieren, erneut hervorgehoben und durch Propagandamaßnahmen unterstützt. Ab 1956 begann die IRA erneut eine Terrorwelle gegen Ziele in Nordirland, um Nordirland aus dem britischen Staatsverband herauszulösen. Die IRA hatte Éire nie als Ersatz für die nie verwirklichte Republik von 1916 anerkannt.

Die Regierung de Valera sah sich genötigt, wie in den 30er-Jahren mit drakonischen Mitteln gegen die IRA vorzugehen. Dazu zeigte gerade die südirische Bevölkerung kaum noch Verständnis für gewaltsame Handlungen in Nordirland. Großbritannien blieb der wichtigste Handelspartner der Republik. Damit verbunden war die Existenz Hunderttausender Iren, die die meist landwirtschaftlichen Güter herstellten, die in das Vereinigte Königreich exportiert wurden. Dazu kam der langsame wirtschaftliche Aufschwung, verbunden mit dem Absinken der Arbeitslosigkeit und dem Rückgang der drückenden Armut. Hatte einst James Joyce in seinen Romanen Bettler als zum normalen Straßenbild gehörig charakterisiert, schienen sie nun langsam zu verschwinden.<sup>32)</sup>

Ein eindeutiger Indikator dafür ist das langsame Ansteigen der Bevölkerung seit dem Tiefstand von 1961 (2,8 Millionen). Die große Auswanderung in die USA, nach Australien oder Neu-

seeland ging zurück. Der zunehmende Wohlstand schuf auch den Absatzmarkt für Industrieprodukte innerhalb des eigenen Landes und trug zu einem Strukturwandel innerhalb der Wirtschaft bei: Zwischen 1961 und 1984 halbierte sich der Anteil der Landwirtschaft zugunsten von Industrie und Dienstleistungen.

Als ein ernster Einschnitt in die irische Prosperität erwies sich der Ölschock von 1973. Die Arbeitslosigkeit schnellte wieder in die Höhe, die Auswanderung nahm deutlich zu. Die Regierung intensivierte die Anstrengungen im Bereich der Industrie und führte die allgemeine Krankenversicherung ein. Der Beitritt zur EG 1973 verschaffte dem Land einen zusätzlichen Schub. Als weitgehend noch agrarisch ausgerichtetes Land blieb es bis in die jüngste Vergangenheit Empfänger von Agrartransferleistungen. Irland entwickelte sich seit dem Beitritt zur EG zu einem wirtschaftlichen Musterland. Der Dienstleistungssektor expandierte weiter, dazu kam ein stetiger Anstieg der Umsätze in der Tourismusbranche wie auch in der Industrie. Neben landwirtschaftlichen Gütern stieg auch der Export von Elektroerzeugnissen und von Computersoftware seit 1990 stark an. Als Wermutstropfen erwiesen sich für das Land die damit verbundenen Probleme im Bereich der Umweltverschmutzung und die zunehmenden Privatisierungen einstiger Staatsbetriebe. Auch die Einwanderung - bis vor kurzem in Irland als untergeordnet angesehen - und die damit verbundenen Probleme der Integration von Zuwanderern traten hervor. V.a. die Einwanderer aus den ehemaligen Ostblockstaaten treffen in Irland immer öfter auf offene Ablehnung.

Hatten auch der wirtschaftliche Wandel und die Integration der Republik Irland in Europa einen energischen Schritt in Richtung Moderne bedeutet, im sozialen und gesellschaftlichen Bereich hinkte sie den meisten Ländern der EG/EU hinterher. Dies ist zum einen im Verhältnis des Landes und seiner Verfassung zur römisch-katholischen Kirche zu sehen. Seit der Einführung der Verfassung 1937 erhielt sie eine Sonderstellung in Irland. Dies wurde damit begründet, dass die katholische Kirche entscheidend zum Kampf um die irische Unabhängigkeit beigetragen hatte. Wenn auch der Passus in der Verfassung 1972 geändert worden war, blieb die Kirche eine machtvolle moralische Autorität, die sich wie etwa in Italien nicht scheute, in das politische Tagesgeschehen einzugreifen, v.a. in Bereichen der Sexualmoral (Verhütung, AIDS), der Unauflöslichkeit der Ehe oder auch in Fragen der Abtreibung. Erschwerend für die Kirche waren die bekannt gewordenen Fälle von Fehlverhalten einzelner Mitglieder des Klerus. Wie in Europa generell sank/sinkt die Zahl derer, die regelmäßig die Heilige Messe besuch(t)en. Lange Jahre blieb Irland der einzige Staat in Europa, wo es keine Ehescheidung gab. Erst 1995 veränderte sich die Gesetzeslage, wenngleich mit einer sehr dünnen Mehrheit. Heftig umstritten ist immer noch die Frage der Abtreibung. Die kleine protestantische Kirche im Süden blieb seit der Ausrufung des Freistaates praktisch ohne Einfluss.<sup>33)</sup>

Als Stachel im Fleisch des aufgrund seiner rasanten Entwicklung als „keltischer Tiger“ bezeichneten Éire blieb die Nordirlandfrage. Die Sympathien für die IRA in Nordirland nahmen ständig ab, die Iren wurden des Kleinkriegs und der damit verbundenen Spannungen mit Großbritannien überdrüssig. Die Vermittlung in Nordirland stand für die jeweilige Regierung im Mittelpunkt der politischen Aufgaben. Der Friedensvertrag von 1998 beendete den Konflikt um Nordirland, und die Republik Irland gab den Anspruch auf alle 32 Grafschaften der „Grünen Insel“ auf. Das irische Wahlvolk bestätigte in einer Volksabstimmung durch eine überwältigende Mehrheit von 94% die Abänderung. Bemerkens-

wert ist der Wandel im Geschichtsbild der Iren. Tabuthemen wie der Bürgerkrieg 1922/23 rückten vermehrt in das Geschichtsbewusstsein, während die „heldenhafte Vergangenheit“ vom Osteraufstand 1916 sowie der „Unabhängigkeitskrieg“ zunehmend kritischer betrachtet werden.

## Bild nur im Heft verfügbar

Mit dem „Nein“ zum Reformvertrag von Lissabon (Bild) am 16. Juni 2008 zeigte die Bevölkerung Irlands ihre ablehnende Haltung gegenüber dem fortschreitenden Integrationsprozess der EU.

Als am 16. Juni 2008 eine Volksabstimmung über den Reformvertrag von Lissabon in Irland durchgeführt wurde, hatten die EU-Gremien und auch die eigene Regierung das irische Wahlvolk und seine ihm eigene Mentalität verkannt. Trotz massiver Wahlwerbung zugunsten des Vertrages löste das „Nein“ dazu aus Éire in den Gremien der EU, aber auch in vielen Mitgliedsländern Ratlosigkeit aus. In Interviews wurden irische Staatsbürger zur Ablehnung befragt. Grund sei gewesen, gaben die Befragten zur Antwort, dass die Masse der irischen Bevölkerung die anstehenden Veränderungen nicht nachvollziehen hätte können. Dazu kam noch die Angst, „die Iren könnten nicht mehr Herren im eigenen Land sein“. Eine Erinnerung an „Home-Rule“?

### „Troubles“ in Northern Ireland

Anders als der Süden der Insel folgte Ulster dem Weg Großbritanniens zum modernen Wohlfahrtsstaat. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen im Sozial- und Schulbereich einschneidende Reformen, um auch den unteren Bevölkerungsschichten die Chance zum Aufstieg zu ermöglichen. Doch führte dies nicht zur Auflösung des vorherrschenden Systems (*Orange system*, benannt nach dem „Oranier-Orden“, einer radikalen Vereinigung, die die Vorherrschaft der Protestanten in Nordirland zum Ziel hat).

Die heftige Propaganda rund um die endgültige Herauslösung Irlands aus dem Commonwealth 1949 (*Republic of Ireland Act*) und die Bestätigung der Teilung durch Großbritannien im gleichen Jahr bildeten einen Mitgrund für die Auslösung der „Grenzkampagnen“ der IRA der 1950er-Jahre. Blutige Anschläge auf Exekutivbeamte der RUC und Grenzstationen schockierten die irische wie auch die britische Öffentlichkeit. Die Unruhen griffen auch auf die nordirischen Großstädte über. Bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten in den gemischten Armenvierteln von Londonderry und Belfast. Die nordirische Regierung ging mit großer Härte gegen die IRA und ihre Anhänger vor. Zahlreiche Festnahmen von Verdächtigen und Durchsuchungen von Wohnungen vergifteten das Klima weiter, waren zumeist katholische Nordiren davon betroffen, kaum jedoch Protestanten. Erneut kam es zu keiner Verbesserung zugunsten der Minderheit im Land; die soziale und politische Diskriminierung der Katholiken wie auch deren politische Abstinenz und Ablehnung gegenüber dem nordirischen Staat blieben bestehen.<sup>34)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Am 30. Januar 1972 („Bloody Sunday“) wurden 13 Demonstranten einer Bürgerrechtsgruppe von britischen Fallschirmjägern getötet. Dieses Massaker ließ den Konflikt in Nordirland weiter eskalieren (im Bild: das Vorgehen britischer Truppen in Londonderry).

Mit dem Beginn der 60er-Jahre zeigte die Bildungsreform erste nachhaltige Wirkung. Die heranwachsenden, besser gebildeten katholischen jungen Erwachsenen in Ulster zeigten sich immer weniger dazu geneigt, die soziale und politische Diskriminierung zu akzeptieren. Auch von Seiten der gemäßigten Protestanten unter Nordirlands Premier Terence O’Neill kamen immer mehr Signale, dass sie die in einem aufgeklärten Europa anachronistisch anmutende Politik für nicht mehr zeitgemäß hielten. Als Provokation empfanden die radikalen Protestanten das Treffen 1965 zwischen dem irischen Taoiseach Sean Lemass, dem Nachfolger Eamon de Valeras, und Premier O’Neill. Erstmals seit dem Jahr 1921 nahmen die katholischen Abgeordneten ihre Plätze im nordirischen Parlament ein und zeigten sich zu einer Zusammenarbeit bereit. 1963 war an der Frage eines langsamen Abgehens von der Diskriminierungspolitik das unionistische

Lager zerbrochen. Die radikalen protestantischen Unionisten, die jegliches Entgegenkommen ablehnten, sammelten sich unter der Führung des Predigers Ian Paisley in der *Democratic Unionist Party* (DUP).

Die Menschenrechtsbewegung gegen die Diskriminierung der Afroamerikaner strahlte aus den USA nach Europa aus. Sie fand breites Echo auch in Nordirland. Ab 1967 machte die NICRA (*Northern Ireland Civil Right Association*) auf die Situation der katholischen Iren in Ulster aufmerksam. Wie in den USA kam es zu friedlichen Protestmärschen - der erste fand am 24. August des folgenden Jahres in Dungannon statt. Durch das ab 1961 in Irland ausgestrahlte landesweite Fernsehen hatte die Aktion ein enormes Medienecho. Doch der friedliche Charakter der Aktionen blieb nicht lange erhalten. Bereits bei der am 5. Oktober in Londonderry abgehaltenen, zunächst noch friedlichen Demonstration, trat die IRA auf den Plan und provozierte die Polizei, sodass diese gewaltsam gegen die Demonstranten vorging.

Damit begann die Zeit der andauernden Unruhen in Nordirland zwischen der Polizei, der britischen Armee und den protestantischen Terrorgruppen [UDA (*Ulster Defence Association*), UVF (*Ulster Volunteer Force*)] einerseits und der IRA andererseits. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen weiteten sich aus, sodass die nordirische Regierung sich außerstande sah, die öffentliche Ordnung weiterhin zu garantieren. Neuwahlen führten zwar zu einer Bestätigung O’Neills, aber die Unruhen dauerten an. Besonderen Widerstand erregten die jährlichen Märsche des Oranier-Ordens, die an den Sieg der Protestanten in der Schlacht am Boyne 1690 über James II. erinnerten. Immer öfter musste auch die britische Armee eingreifen. Doch konnten die Streitkräfte die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Hatte die katholische Bevölkerung in ihnen zuerst noch einen Beschützer gegen die sektiererischen Angriffe protestantischer Fanatiker gesehen, veränderte dies der 30. Januar 1972 nachhaltig. An diesem Sonntag („Bloody Sunday“) richteten britische Fallschirmjäger ein Massaker

unter friedlichen Demonstranten in Londonderry an. Neben einer großen Anzahl Verletzter gab es unter den Demonstranten 13 Tote. Warum die Fallschirmjäger in die Menge schossen, ist bis heute umstritten. Eine angebliche Provokation durch die IRA steht als Vorwurf im Raum. Der Versuch der Behörden, die genaueren Umstände zu vertuschen, intensivierte nur die Gewalt („Bloody Friday“ 21. Juli 1972). Die Gewalttätigkeiten griffen auch nach Großbritannien und in die Republik Irland über. In Dublin wurde die britische Botschaft gestürmt und verwüstet.<sup>35)</sup>

Die durch den *Government of Ireland Act* 1920 eingerichtete Selbstverwaltung Ulsters („Home Rule“) schien am Ende. Als Reaktion kam die Unterstellung der Unruheprovinz unter die Direktverwaltung Londons. Die Behauptung, die Direktverwaltung sei bloß eine Fortführung der sektiererischen Politik der Unionisten gewesen, entspricht nicht der Wahrheit. Bereits 1973 versuchte



die Regierung in London eine von oben verordnete Einbindung der katholischen Bevölkerungsschichten in die Verwaltung und Regierung. Sie scheiterte jedoch an einem von den Unionisten angezettelten Generalstreik. Doch London trieb die Reformen voran (u.a. Einstellung des „gerrymandering“ durch die Neuumschreibung der Wahlkreise). Selbst von katholischer Seite brachte man den Bemühungen Westminsters wenig Zuneigung und Verständnis entgegen, versuchte ja auch der britische Geheimdienst, die IRA zu unterwandern und von innen her auszuhöhlen. Die IRA hatte sich 1970 in einen offiziellen und verhandlungsbereiten und einen terroristischen Flügel („Provisional IRA“, „provos“) geteilt. Während ersterer zu Verhandlungen bereit war, setzten die provos auf Gewalt. Als Vorbilder dienten die Revolutionäre rund um Patrick Pearse und James Connolly aus dem Jahr 1916 samt ihrer Ausrufung der Republik und der hasserfüllten Ablehnung des Empire. Allein zwischen 1972 und 1976 forderten die Unruhen („troubles“) in Nordirland 1.412 Tote und Hunderte Verletzte. Zahlreiche Personen wurden festgenommen, wobei zahlreiche Unschuldige ins Gefängnis geworfen wurden und es dort zu zahlreichen Übergriffen bis hin zur Folter kam. 1980/81 kam es zu aufsehenerregenden Hungerstreiks unter den verurteilten IRA-Anhängern, an denen zehn Menschen verstarben (u.a. Bobby Sands, der nach dem historischen Vorbild von 1917 ins britische Unterhaus gewählt wurde). Auf Seite der Protestanten kam es zu Anschlägen und Attentaten der UDA und UVF gegen Katholiken, die oft mit den protestantischen Behörden abgestimmt worden waren, wenngleich es nicht an Verurteilungen protestantischer Gewalttäter von UDA und UVF fehlte (Beispiel: Gusty Spence).

Es fehlte nicht an Versuchen, durch Initiativen einen Frieden hervorzubringen. 1976 engagierte sich die *Women's Peace Movement*, die einen Friedenswillen auf beiden Seiten jenseits der Gewalt thematisierten (Friedensnobelpreis 1977 für Mairéad Corrigan und Betty Williams). Zwei Jahre vorher war der nordirische Premier William Craig an einer Verhandlungslösung gescheitert.

Doch die IRA setzte den Weg der Gewalt fort. 1979 fiel Lord Mountbatten, ein Mitglied des Königshauses, einem Mordanschlag zum Opfer, 1984 entging die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher auf dem Parteitag der Konservativen in Brighton nur knapp einem Anschlag. Auf politischer Seite ging der Versuch weiter, die Streitparteien zu einem Gewaltverzicht zu bringen. Ab 1981 trafen sich die Regierungen von London und Dublin regelmäßig zu Konferenzen (*Council of Ireland*). Mit dem *Hillsborough Agreement* vier Jahre später räumte die britische Regierung der irischen ein Vorschlagsrecht bei nordirischen Angelegenheiten ein, während Dublin energischer gegen Basen der IRA vorgehen sollte. Beim Versuch radikaler nordirischer Protestanten, das Abkommen zu torpedieren, bissen sie sich an der „Eisernen Lady“ die Zähne aus, die zwar die Zugehörigkeit Ulsters zu Großbritannien garantierte, doch gegen die Streikenden mit unnachgiebiger

Härte einschritt. Doch auch dies trug nicht dazu bei, den Konflikt zu entschärfen.<sup>36)</sup>

Erst im Jahr 1994 kam Bewegung in die Friedensbemühungen. Während in Irland und Großbritannien den radikalen Streitparteien immer weniger bis gar kein Verständnis mehr entgegengebracht wurde, stieg die Friedenssehnsucht im geplagten Nordirland. Im Dezember 1993 unterzeichneten die Regierungen in Dublin und London ein Abkommen, dass jede Veränderung der völkerrechtlichen Stellung von Nordirland nur durch ein Mehrheitsvotum der Bevölkerung zustandekommen dürfe. Allen Konfliktparteien bot man nun Gespräche an, selbst dem bisher geächteten politischen Arm der IRA, der Partei *Sinn Féin* unter der Führung von Gerry Adams. Hauptbedingung dafür war jedoch der Verzicht auf Gewalt.<sup>37)</sup>

Erst neun Monate später erklärte die IRA sich zu einem vorläufigen Gewaltverzicht bereit, kurze Zeit später folgten auch die radikalen Protestanten. Doch die Verhandlungen scheiterten an der Weigerung der IRA, die Waffen abzugeben und damit den Friedensprozess unumkehrbar zu machen. Die Gewalt lebte kurze Zeit wieder auf, während die Verhandlungen ohne *Sinn Féin* weitergeführt wurden. 1997 gelang es endlich, Protestanten und Nationalisten an einen Tisch zu bringen. Das Problem der Waffen der IRA wurde unter amerikanischer Vermittlung (Senator George Mitchell) zurückgestellt und später nach zähen Verhandlungen durch ein Unbrauchbarmachen des IRA-Arsenals gelöst.

## Bild nur im Heft verfügbar

Bobby Sands (1954-1981) ist einer der bekanntesten nordirischen Widerstandskämpfer, der nach 66 Tagen an den Folgen eines Hungerstreiks starb (im Bild: Mitglieder seiner Bewegung begleiten ihn zu seiner letzten Ruhestätte).

Am 10. April 1998 hoben die Verhandlungsparteien ein Friedensabkommen aus der Taufe („Karfreitagsabkommen“), das einen entscheidenden Schritt zur Lösung des Nordirlandkonfliktes bot. In Nordirland entstand eine parlamentarische Demokratie mit Mehrheitswahlrecht und aufgrund von Wahlen ein Nord-Süd-Gremium, das über die gemeinsame Zukunft Irlands entscheiden sollte. Eine Volksabstimmung segnete das Friedenswerk im Norden mit 71% Zustimmung ab. Aus der Verfassung der Republik Irland wurden die Artikel gestrichen, die den Anspruch Éires auf alle 32 Grafschaften anmeldeten. Mit dem „Karfreitagsabkommen“ schien einer friedlichen Entwicklung Nordirlands der Weg gebahnt zu sein.<sup>38)</sup>

Doch das engagierte Abkommen musste sich auch im politischen Alltag bewähren. Weiterhin verweigerten die radikalen Protestanten rund um Ian Paisleys DUP die Mitarbeit, während die gemäßigten Protestanten der *Ulster Unionist Party* (UUP) versuchten, eine tragfähige Regierung mit *Sinn Fein* und den gemäßigten Katholiken der *Social Democratic and Labour Party* (SDLP) auf die Beine zu stellen. IRA-Splittergruppen (u.a. die „Real IRA“) verübten erneut Gewalttaten, ohne jedoch den Friedensprozess beenden zu können. Im „Karfreitagsabkommen“ mit enthalten waren auch eine Amnestie für inhaftierte Guerilleros und die Öffnung der *Royal Ulster Constabulary* (RUC) auch für Katholiken. Aus der RUC entstand 2001 der *Police Service of Northern Ireland* (PSNI), der neben dem Personal der alten Polizei auch vermehrt Katholiken aufnahm/aufnimmt. Wenngleich die IRA und ihre ehemaligen protestantischen Gegner als politische Terrorgruppe nicht mehr auftreten, wurde der Verdacht immer lauter, sie hätten sich ein anderes Betätigungsfeld im Bereich der organisierten Kriminalität (Alkohol- und Drogenschmuggel) gesucht und würden innerhalb der jeweiligen Bevölkerungsgruppe eine illegale „Justiz“ ausüben. Weiterhin schätzt der britische Geheimdienst die IRA als gefährlich ein.

Die zunehmenden Streitigkeiten zwischen den Regierungsparteien, v.a. aber zwischen der UUP und *Sinn Fein*, führten erneut zu einer Polarisierung. Immer öfter kam von der britischen Regierung die Drohung, Nordirland erneut von London aus regieren zu lassen. Bei der Wahl 2007 verloren die gemäßigten Protestanten der UUP zugunsten der radikalen DUP von Pfarrer Paisley, während auch Gerry Adams *Sinn Fein* stark zulegte. In der Allparteienregierung sind nun auch die radikalen Protestanten unter Paisley und die Nationalisten vertreten. Trotz aller beteuerten Feindschaft und Ablehnung konnte die nordirische Regierung mit einigen Mühen ihre Arbeit fortsetzen. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) Michael Collins: „The path to freedom“, Boulder 1996 (Reprint), S.53.
- 2) Zusammengefasst bei: Steven G. Ellis: „Tudor Ireland: Crown, Community and the Conflict of Cultures 1470-1603“, London-New York 1985.
- 3) „The Act of Union of 1800“. In: Edmund Curtis, R.B. McDowell, „Irish Historical Documents 1172-1922“, London 1943, S.208ff.
- 4) Beispielstudien: Richard Davis: „The Young Ireland Movement“, Dublin 1987; Tom Garvin: „Nationalist Revolutionaries in Ireland 1858-1928“, Oxford 1987.
- 5) Zusammenfassend z.B. bei T.W. Moody: „The Ulster Question 1603-1973“, Dublin-Cork 1974.
- 6) „Government of Ireland Act 1914“. In: Curtis: Documents, S.292ff.
- 7) James C. Beckett: „Geschichte Irlands“, Stuttgart 1974, S.222.
- 8) „Executions of Republican rebels by British and Free State Governments between May 1916 and May 1923“. In: Alan O'Day, John Stevenson: „Irish Historical Documents since 1800“, Dublin 1992, S.182ff.
- 9) Slogan auf einem Sinn Fein-Wahlplakat 1917; Allgemeine Wehrpflicht: David Fitzpatrick: „Militarism in Ireland 1900-1922“. In: Thomas Bartlett, Keith Jeffrey (Hrsg.), „A military history of Ireland“, Cambridge 1996, S.396ff.
- 10) „Irish declaration of independence 21. January 1919“. In: Curtis: Documents, S.318f.
- 11) Eamon de Valera befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im Gefängnis.
- 12) Zusammenfassend: Seán O'Mahoney: „Frongoch: University of Revolution“, Dublin 1987.
- 13) Als auslösendes Gefecht gilt der Überfall auf einen Sprengstofftransport in Soloheadbeg am 21. Januar 1919.
- 14) „Black and Tans“ bezeichnet eine britische paramilitärische Einheit aus ehemaligen Offizieren der britischen Armee. Der Name selbst kommt von ihrer Uniform: dunkelgrüne Uniformröcke und khakifarbene Hosen.
- 15) Michael Maurer: „Kleine Geschichte Englands“, Stuttgart 2002, S.425.
- 16) „Government of Ireland Act of 1920“. In: Curtis: Documents, S.297ff.
- 17) David Fitzpatrick: „Militarism in Ireland 1900-1922“. In: Bartlett, Jeffrey: A military history of Ireland, S.405f.

- 18) „Articles of agreement for a treaty between Great Britain and Ireland 6. December 1921“. In: Curtis: Documents, S.322ff.
- 19) T. Ryle Dwyer: „Michael Collins“, Münster 1997, S.215.
- 20) Grenzproblematik: David Fitzpatrick: „Ireland since 1870“. In: Robert Fitzroy Foster (Hrsg.): „The Oxford History of Ireland“, Oxford-New York 1992, S.216f.
- 21) David Fitzpatrick: „Ireland since 1870“. In: Robert F. Foster (Hrsg.): „The Oxford History of Ireland“, New York 1923, S.213.
- 22) Carlton Younger: „Ireland's Civil War“, New York 1968; immer noch ein Standardwerk.
- 23) Tim P. Coogan: „De Valera - Long fellow, long shadow“, London 1995, S.352.
- 24) „Fianna Fáil manifesto, 9 February 1932“. In: Alan O'Day, John Stevenson: „Irish Historical Documents since 1800“, Dublin 1992, S.188f.
- 25) Abgeleitet vom Titel: Tim P. Coogan: „De Valera - Long fellow, long shadow“, London 1995.
- 26) „Government of Ireland Act of 1920“. In: Curtis: Documents, S.297ff.
- 27) Immer noch lesenswert sind hier die gewundenen Formulierungen des verstorbenen protestantischen Historikers James Clavin Beckett aus Ulster Beckett: „Geschichte Irlands“, S.225f.
- 28) Maurer: Geschichte Irlands, S.288f.
- 29) Maurer: Geschichte Irlands, S.290.
- 30) Jean Paris: „James Joyce“, Hamburg 2002, S.160.
- 31) Maurer: Geschichte Irlands, S.301.
- 32) Die Bettler Dublins findet man in seiner Kurzgeschichtensammlung „Dubliner“ (1914) wie auch in seinem epochalen Werk Ulysses 1922 immer wieder.
- 33) Eine gute, wenn auch etwas ältere Zusammenfassung: Kurt Bowen: „Protestants in a catholic state: Ireland's privileged minority“, Dublin 1983.
- 34) J. Bowyer Bell: „The secret army - The IRA 1916-1979“, Cambridge 1979, S.248ff.
- 35) Bowyer Bell: The secret army, S.393ff.
- 36) „The Anglo-Irish agreement 1985“, Broschüre der irischen Regierung aus 1989; Dem Autor von der Irischen Botschaft zur Verfügung gestellt.
- 37) „Joint declaration by an taoiseach Mr. Albert Reynolds, T.D. and the British Prime Minister the Rt. Hon. John Major, M.P.“, 15. December 1993; wie Anmerkung 36.
- 38) The Stationary office limited, „The Belfast Agreement: An agreement at the Multi-Party talks on Northern Ireland“, Dd 50680 4/98 76368 Job No. J0045637; wie Anmerkung 36.

**Mag. Martin Prieschl**

Geb. 1976; GfrdRes; ET 1/2004 beim PzGrenB 13; Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte an der Universität Salzburg, Abschluss in Geschichte 2003 mit Auszeichnung (Diplomarbeit: Irlands langer Weg zur Freiheit); Auszeichnung des BMUK für die besten Studierenden 2003/2004; derzeit am Ausbildungskurs am Institut für Österreichische Geschichtsforschung (Institutarbeit: Edition der Belohnungsanträge aus dem Krieg 1859) und der FH-Potsdam ABD (Archiv, Dokumentation, Bibliothekswesen); Dissertation an der Universität Wien über die Personaldokumente der k. u. k. Armee als historische Quellen anhand der Bestände des Kriegsarchivs; nach dem Studium im Verlagswesen tätig, dann freischaffender Historiker; Hospitant am Kriegsarchiv und dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, freiwilliger Mitarbeiter am Parlamentsarchiv Wien, Koordinator und Mitgestalter der Ausstellung „Liberaler Politik in Österreich“ 2006 im Parlament; ab März 2007 Archivbeauftragter der Evangelischen Kirche A. und HB., Aufbau der Archive der Ev.Diö. NÖ, Tirol-Salzburg und der Militärsuperintendentur beim ÖBH; Forschungsschwerpunkte: Lebensbeschreibungen und Editionen von Egodokumenten von k. u. k. Armeeeingehörigen, Quellenkundliche Arbeiten zu Personaldokumenten der kaiserlichen Armeen ab 1648, Edition spätmittelalterliche Urkunden des nÖ. Mostviertels (Ybbstal), der Amerikanische Bürgerkrieg sowie Militärhistorische Studien zur Geschichte Irlands.